Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens $^1/_2$10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 47. | Dresden, Montag den 26. Februar 1912. | 23. Jahrg.

Die Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Bei der Bedeutung, den die Kohlengewinnung des Ruhrgebietes für das deutsche Wirtschaftsleben, ja für den gesamten Weltmarkt hat, ist die Frage ob es zum Streik kommen wird oder nicht, von allgemeinem, großem Interesse. Im Jahre 1910 wurden in Deutschland gefördert: 152 881 509 Tonnen Steinkohlen; davon allein im Ruhrgebiet 86 865 000 Tonnen im Werte von 849 204 000 M. Diese Zahlen lassen die Bedeutung des Ruhrgebietes auf dem Kohlenmarkte erkennen. Niemand wird wünschen, daß hier eine Störung des Erwerbslebens vorkommt, wenn sie aber dennoch vorkommt, dann ist es nicht die Schuld der „aufgehetzten" Arbeitermassen oder der „hetzerischen Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten". Die Gründe hierfür liegen tiefer. Seit Jahren hat sich hier schon ein unerbittlicher Groll angehäuft.

Während des großen Bergarbeiterstreiks im Jahre 1905 wurden gesetzliche Maßnahmen in Vorschlag gebracht, die das Bergarbeiterlos mildern sollten. Doch es geschah nicht viel. Wohl kamen 29 Landtagsabgeordnete, also 29 „Auserwählte des preußischen Volkes", ins Ruhrgebiet, um die Beschwerden der Bergarbeiter an Ort und Stelle zu prüfen. Nach zwei Tagen, mit einem Bild „Zur Erinnerung an ihr Bergmannsleben" beladen, dampften die Volksvertreter wieder ab. Sie hatten die Erkenntnis gewonnen, daß es ein Landarbeiter schwerer habe als ein westfälischer Bergmann. Diesen Leuten war die Regierungsvorlage zur Abänderung des preußischen Berggesetzes anvertraut. Das wenige Gute, das die Regierungsvorlage bot, wurde von ihnen vernichtet. Die Regierung unterwarf sich dem Machtwort der hohen Herren. Die Scharfmacher höhnten in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung:

„Ob jetzt die Regierung die Vorlage noch als die ihre anerkennt? Oder der Vogel ihr nicht allzusehr gerupft ist?"

O nein, die Regierung nahm den gerupften Vogel hin. Ueber dieses verhunzte Berggesetz fällte selbst Der Bergknappe (das Organ der „nationalen" Bergleute) das Urteil, daß man den Bergleuten „Steine statt Brot" gegeben. Aber doch wurde etwas beseitigt. Das berüchtigte „Nullen" wurde verboten. Es darf seit 1905 nicht mehr „genullt" sondern nur noch bestraft werden.

Im Jahre 1906 trat die preußische „Volksvertretung" wieder in Aktion für die Bergarbeiter. Sie änderte die gesetzlichen Bestimmungen, die das Knappschaftswesen regeln. Hierbei wurde den Berginvaliden die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit zum Knappschaftsältesten genommen! Früher wurde an die Berginvaliden, sofern sie noch Kinder unter 14 Jahren hatten, ein Kindergeld (Erziehungsbeihilfe) von je 3,20 M. gezahlt. Auch das wurde bei der Aenderung des Knappschaftsgesetzes beseitigt!

Durch die Aenderung des Knappschaftsgesetzes mußte für den Bochumer Knappschaftsverein, dem sämtliche Bergarbeiter des Oberbergamtsbezirks Dortmund angehören, ein neues Statut geschaffen werden. Die Bergarbeiter stellten zum Statutenentwurf durch ihre Knappschaftsältesten eine Anzahl Abänderungsanträge. Die Unternehmer im Knappschaftsverein ließen sich auf nichts ein. Als der 1. Januar 1908 herankam, war kein neues Knappschaftsstatut geschaffen. Das Oberbergamt erließ ein Zwangsstatut; erst im Sommer 1908 kam durch langwierige Verhandlungen, wobei die Bergarbeiter der nachgebende Teil waren, ein ordnungsgemäß angenommenes Statut zustande.

Mittlerweile war auch die Hochkonjunktur des Jahres 1906/07 vorüber. Auf den Werken wurde mit Lohnreduzierungen über Lohnreduzierungen vorgegangen. Im 4. Quartal 1907 stand der Durchschnittslohn aller Bergarbeiter auf 4,99 M. pro Schicht, im 4. Quartal 1909 auf 4,48 M. Ein Lohnrückgang von 51 Pf. täglich innerhalb zwei Jahren. Noch drastischer kommt der Lohnrückgang bei den eigentlichen Bergarbeitern (Hauer und Lehrhauer) zum Ausdruck. Bei dieser Arbeiterkategorie stand der Durchschnittslohn im 4. Quartal 1907 auf 6,14 M. und wurde im 4. Quartal 1909 bis auf 5,30 M. heruntergeregelt". Von dieser Zeit an zeigt sich wieder eine Aufwärtsbewegung in der Lohnkurve, die aber nicht einmal auf die alte Höhe anstieg. Der Durchschnittslohn aller Arbeiter stand im 3. Vierteljahr 1911 (letzte amtliche Lohnstatistik) auf 4,72 M., der der Hauer und Lehrhauer auf 5,58 M. Das ist eine in keiner Weise befriedigende Steigerung. Hierbei muß besonders auf die inzwischen eingetretene Verteuerung der Lebensmittel und sonstigen Bedürfnisartikel hingewiesen werden. Der Lohnverlust der Bergarbeiter, der durch direkte Lohnreduzierungen entstanden ist, berechnet sich von Anfang 1908 bis Ende des 3. Vierteljahres 1911 auf 139 369 115 M.! Und bei diesen starken Lohnverlusten ist der Wert der Leistungen pro Mann und Schicht gestiegen. Der Wert der Leistung pro Mann und Schicht betrug im Hochkonjunkturjahre 1907 7,84 M., 1908 8,01 M., 1909 8,03 M. und 1910 8,09 M. Für 1911 ist eine Berechnung noch nicht möglich, weil die hierzu notwendigen Zahlen noch fehlen.

Müssen schon diese Zustände starke Unzufriedenheit unter den Bergarbeitern erregen, so kommen dazu noch andere, die außerhalb der Lohnfrage liegen. Radbod! Schon der Name allein treibt dem Bergmann die Zornesröte ins Gesicht! Nicht nur, daß er dabei derer gedenkt, die dort unten den Flammentod starben, sondern auch der späteren Vorkommnisse entsinnt sich der Bergmann dabei. Mit dem Namen Radbod ist jene Scheinkonstitution von Arbeiterkontrolle, die der Scharfmacher Hilger mit den Worten „weiße Salbe" belegte, unlöslich verknüpft. Kontrolleure zum Schutze des Lebens und der Gesundheit verlangten die Bergarbeiter. Die Unternehmer schrien Zeter und Mordio als die Regierung es nur wagte, einen vollständig unzulänglichen Gesetzentwurf vorzulegen, in dem das jetzt gültige System der Sicherheitsmänner zugesagt war. Unauslöschbar stehen die Worte des Herrn Generaldirektors Uthemann im Gedächtnis der Bergarbeiter die er in der Palasthotelkonferenz am 5. Januar 1909 seinen anwesenden Scharfmacherkollegen zurief:

„Wir sind Herr im Hause, und wir lassen die Arbeiter nicht hineinreden. Drücken Sie dem Minister da den Herrenstandpunkt ins Auge. Das ist nach meiner Ueberzeugung die einzige Möglichkeit, das unheilvolle Gesetz zum Scheitern zu bringen, daß wir dem Herrenhaus sagen können: Wir haben unseren Herrenstandpunkt vertreten, nun, Herrenhaus, zeige, daß Du Deinen Namen verdienst und hilf uns."

Die Vorlage, gegen die Herr Uthemann seine Kollegen zum Kampfe aufrief, ist zwar Gesetz geworden. Die Herren wurden belehrt, daß ihr Widerstand unklug sei. Sie setzten dem Gesetzentwurf keinen Widerstand mehr entgegen, um für später schlimmeres zu verhüten. Namentlich war es der Generaldirektor Hilger, der in diesem Sinne wirkte: Wir kommen um die Arbeiterkontrolleure nicht herum, darum gilt es, die Institution so wenig gefährlich wie möglich zu machen. — Das war der Standpunkt dieses Herrn. Die Institution ist für die Herren ungefährlich geworden. An Händen und Füßen gefesselt sind die Sicherheitsmänner. Welche Schikanen die Sicherheitsmänner auf einer Reihe Zechen ertragen müssen, das ist nachzulesen in einer Petition des Bergarbeiterverbandes an den preußischen Landtag.

Den letzten Ring in der Kette der Vergewaltigung bilden dann das System der schwarzen Listen und der Zwangsarbeitsnachweis. Im Jahre 1909 standen annähernd 6000 Bergarbeiter auf den schwarzen Listen. Die Listen wurden von Monat zu Monat erneuert und den einzelnen Grubenverwaltungen zugesandt. Wessen Name auf der alphabetisch registrierten Liste stand, der konnte vergeblich Arbeit suchend von Grube zu Grube wandern! Er mußte ½ Jahr als Ausgesperrter Buße tun. Alles das genügte den Herrenmenschen nicht. Enger noch mußten die Fesseln gezogen werden. So kam denn im Spätherbst 1908 der Gedanke des einseitigen Zwangsarbeitsnachweises der Verwirklichung näher. Als dieser Plan in der Oeffentlichkeit bekannt wurde, wehrten sich die Bergarbeiter mit aller Kraft dagegen, wohl wissend, um was es sich bei dem Plan der Unternehmer handelte. Die Unternehmer hatten aber den rechten Zeitpunkt zur Verwirklichung ihrer Idee ausgesucht. Mitten in der Krise konnten sie es wagen. Die Bergarbeiter beugten sich. Nicht aber haben sie vergessen, was man ihnen mit dem Arbeitsnachweis angetan hat.

Wenn auch dieser einseitige Unternehmer-Arbeitsnachweis seine Krallen noch nicht recht zum Vorschein gebracht hat, so ist jedoch schon das Bestehen desselben eine Gefahr für die Bergarbeiter.

Wir haben schon angedeutet, daß das Berggesetz vom Jahre 1905 eine „Verbesserung" für die Bergarbeiter brachte. Diese besteht, wie schon gesagt, im Verbot des Nullens. Es dürfen keine mit Mindermaß beladenen oder unreinen Kohlenwagen genullt, sondern es darf für diese „Vergehen" nur eine Geldstrafe verhängt werden. Wie diese Verbesserung wirkt, dafür einige Beispiele: Wegen Förderung unreiner oder mit Mindermaß beladener Kohlenwagen wurden vom 1. Oktober 1910 bis 1. Oktober 1911 Geldstrafen verhängt: Auf Zeche Karolinenglück bei Bochum: 6778 M., auf Zeche Holland, Schacht 3 und 4 bei Wattenscheid: 10824,50 M., auf Zeche Shamrock, Schacht 3 und 4, bei Eickel: 10647,25 M., und auf Zeche Moltke, Schacht 3 und 4, bei Gladbeck: 21185,55 M. Für unreine Kohle und ungenügende Füllung werden nur die bei der Kohlengewinnung beschäftigten Arbeiter (Hauer und Lehrhauer) mit Strafen belegt. Auf den angegebenen Werken sind etwa über 10 000 Arbeiter beschäftigt. 48 bis 50 Prozent, also ungefähr die Hälfte davon, sind Hauer oder Lehrhauer. Wir können also die Tatsache feststellen, daß 5000 Bergarbeitern durch Verhängung von Strafen wegen unreiner oder ungenügend beladener Kohlenwagen 49462 M. vom Lohne abgezogen wurden. Dabei ist es unmöglich, gänzlich reine Kohle oder hoch aufgefüllte Kohlenwagen zutage zu bringen. Die Gebirgsverhältnisse und die Beschaffenheit der Förderstrecken spielen dabei die größte Rolle.

So häuft sich Unrecht auf Unrecht, der die augenblickliche Bewegung und den Groll der Bergarbeiter erst verständlich erscheinen läßt.

*

Essen (Ruhr), 25. Februar. Im Ruhrkohlengebiet wurden gestern etwa 20 Bergarbeiterversammlungen abgehalten, die vom sogenannten Dreibund, dem Alten (sozialdemokratischen) Verband, dem Hirsch-Dunckerschen und dem Polnischen Bergarbeiterverband einberufen waren um die Lage der Bergarbeiter zu erörtern. Der Christliche Gewerkverein, der sich von der Lohnbewegung fernhält, hatte Flugblätter im ganzen Bezirk verbreitet, worin vor Putschen gewarnt und zur Bewahrung der Ruhe sowie zum Vertrauen auf die Verbandsleitungen aufgefordert wird. In der Versammlung in Oberhausen betonte der Reichstagsabgeordnete Sachse die Notwendigkeit der Lohnerhöhungen. Er wies es zurück, daß die im Gange befindliche Bewegung den englischen Bergarbeitern die Kastanien aus dem Feuer holen solle. Niemals hätten die Engländer von den Deutschen einen Sympathiestreik verlangt, doch sei keine Zeit geeigneter wie die jetzige die Lohnforderungen der Bergarbeiter durchzudrücken. Ein Vertreter des Hirsch-Dunckerschen Verbandes begründete die zehn Forderungen der Bergarbeiter. In einer großen Versammlung, die in Bochum stattfand, wurde namentlich dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß der Christliche Gewerkverein sich von der Lohnbewegung ausgeschlossen und dadurch die Einigkeit der Bergarbeiter gefährdet habe. So schmerzlich auch ein Kampf sei für die Arbeiter, für die Nation und für das Wirtschaftsleben, so müsse doch diese Eventualität in den Kauf genommen werden, falls die Unternehmer nicht auf der Basis des Verhandelns den Frieden erhalten wollten. In allen Versammlungen wurden gleichlautende Resolutionen angenommen, in denen sich die Bergarbeiter mit dem Vorgehen der Verbandsvorstände zum Zweck der Herbeiführung einer Lohnerhöhung einverstanden erklären, die längst notwendig geworden und bei der günstigen Lage der Industrie auch zweifellos möglich sei. Die bisher eingetretenen Lohnaufbesserungen reichten nicht aus um die starke Lebensmittelverteuerung auszugleichen. Der gewählte Zeitpunkt für die Verwirklichung der wohlberechtigten Forderungen sei durchaus günstig. Für den Fall, daß die Erwartungen der Bergleute getäuscht werden sollten, beauftragen die Versammelten die Vorstände des Dreibundes geeignete Schritte für die Durchsetzung der Forderungen im Interesse der Bergarbeiter zu tun und versprechen, die Organisationsleitungen mit allem Nachdruck zu unterstützen. Die Versammlungen verliefen ruhig.

Der italienisch-türkische Krieg.

Ein Bombardement vor Beirut.

Während am Sonnabend nach dem nationalistischen Spektakelstück der Kammer auch der Senat unter dem gleichen Hurrajubel von der Annahme des Tripolis-Dekrets Kenntnis nahm, haben ein paar italienische Kriegsschiffe vor Beirut eine Schießerei aufgeführt, die dem Annexionsgesetz offenbar Nachdruck verleihen und darüber hinwegtäuschen soll, daß auf tripolitanischem Boden die von den Mächten geforderte entscheidende Waffentat bis heute ausgeblieben ist. Ob aber die am Beiruter Handel beteiligten Mächte die Kanonade im Beiruter Hafen ohne Einspruch hinnehmen werden, ist eine andere Frage. Frankreich, das Beirut als sein spezielles Interessengebiet betrachtet, hat bereits ein Kriegsschiff dorthin abdampfen lassen, und die französische Imperialistenpresse schlägt gegen Italien scharfe Töne an. In der Türkei aber wird der italienische Streich die Leidenschaften zur Siedehitze steigern und die Türkei gedenkt den letzten Abwehrschritt zu tun: Ausweisung aller Italiener. So geht das Gewurstel eines Krieges weiter, den Italien vom Zaune gebrochen hat, um bis heute seine Ohnmacht und imperialistische Verranntheit zu beweisen.

Ueber die Entwicklung des Beiruter Bombardements wird gemeldet:

Konstantinopel, 24. Februar. Das Ministerium des Innern veröffentlicht über das Bombardement von Beirut folgende Mitteilung: Heute früh 7 Uhr erschienen zwei italienische Panzer vom Typ Vittorio Emanuele und zwei Transportschiffe vor Beirut und verlangten die Uebergabe des Kanonenbootes Avn-Illah und des Torpedobootes Angora. Die türkischen Schiffe machten sich unverzüglich kampffertig, während die Behörden über die von dem italienischen Konteradmiral gesandte Note beratschlagten. Noch bevor die von den Italienern gesetzte Frist abgelaufen war, begannen die italienischen Schiffe mit dem Bombardement. Die türkischen Schiffe verteidigten sich tapfer. Das Kanonenboot wurde von mehreren Kugeln getroffen und fing Feuer, ein Kessel explodierte und die Mannschaft wurde mit den Waffen so schnell wie möglich ausgeschifft. Nachdem sowohl die Avn-Illah wie die Angora zum Sinken gebracht worden waren, entfernten sich die feindlichen Schiffe und kehrten zwei Stunden später wieder zurück; sie bombardierten die treibenden Schiffe von neuem. Ein Geschoß schlug in das Gebäude der Banque Ottomane ein und beschädigte es. Sodann entfernten sich die italienischen Schiffe. Die Bevölkerung wurde im ersten Augenblick von großer Erregung ergriffen, doch wurde dank schnell getroffener Maßnahmen die Ordnung wiederhergestellt. Der Wali machte einen Rundgang durch die Stadt und veröffentlichte eine Proklamation. Es gelang ihm auf diese Weise die Bevölkerung zu beruhigen.

Rom, 25. Februar. Von dem Admiral Faravelli, dem Kommandanten des italienischen Geschwaders, zu dem die Kriegsschiffe Garibaldi und Ferruccio gehören, ist folgendes Telegramm hier eingelaufen: Bei Tagesanbruch überraschte ich im Hafen von Beirut das türkische Kanonenboot Avn-Illah und ein türkisches Torpedoboot. Wir forderten sie zur Uebergabe auf und gewährten ihnen eine Frist bis 9 Uhr vormittags. Dies wurde dem Gouverneur und den Konsularbehörden durch Vermittlung eines an Bord gekommenen türkischen Offiziers mitgeteilt. Um 9 Uhr forderten wir die beiden türkischen Schiffe durch Signal abermals zur Uebergabe auf. Da keine Antwort erfolgte, eröffneten wir das Feuer gegen das Kanonenboot, das dieses lebhaft erwiderte. Um 9 Uhr 20 Min. war das Kanonenboot zum Schweigen gebracht; an Bord brach Feuer aus. Ich ließ unser Artilleriefeuer einstellen und fuhr mit dem Garibaldi allein zur Hafeneinfahrt, von wo aus das Torpedoboot zerstört wurde. Das Geschwader entfernte sich darauf.

Von einer Beschießung der Stadt Beirut selbst kann demnach nicht die Rede sein.

30 Tote — 150 Verwundete!

Konstantinopel, 25. Februar. Nach einer Depesche des Wali von Beirut haben während des Bombardements 5 Kugeln die Ottomanische Bank, 3 eine deutsche Bank, 5 die Kallagerhausgesellschaft getroffen. Die Kugeln trafen auch die Bank von Saloniki, das Paßbureau, eine Privatbank sowie das Zollamt. Etwa 50 Mann der Besatzung des Kanonenbootes Avn-Illah werden vermißt. Es heißt, daß die Italiener auch zwei Torpedos gegen die Avn-Illah abgeschossen haben.

Nach einem ergänzenden Telegramm des Wali von Beirut sind nur die Leute, die sich auf dem Kai befanden und ein Teil der Mannschaften des Kanonenbootes Avn-Illah und des Torpedobootes Angora dem Bombardement zum Opfer gefallen. Die Zahl der Verwundeten wird amtlich auf 89 angegeben. Auf dem Hafenkai sind nur das Zollamt und die Filialen der Banque Ottomane und der Bank von Saloniki sowie zwei Privatgebäude beschädigt worden. Die meisten Geschosse fielen außerhalb der Stadt nieder. Als der Wali gerade in der Hafenpräfektur weilte, um über die Note des italienischen Konteradmirals zu beraten, fielen die Granaten so zahlreich nieder, daß der Wali wie durch ein Wunder unversehrt blieb.

Wie nachträglich berichtet wird, sind die Lokale der Ottomanbank nicht beschossen worden, sondern nur von einer verirrten Granate getroffen worden. Bei den Unruhen, die durch die Beschießung entstand, sollen 30 Personen getötet worden sein, darunter zwei Russen. Ein Konsulardepesche aus Beirut dagegen bestätigt, daß bis gestern abend kein Fremder getötet oder verwundet worden ist. Die Ausländer seien außer Gefahr. Das Telegraphenamt in Beirut wurde außerhalb des Bereiches der italienischen Geschütze eingerichtet.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120226/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Zahl der Getöteten wird auf über 50 und die der Verletzten auf 150 veranschlagt.

*

Der türkische Protest.

Konstantinopel, 25. Februar. Die Nachrichten aus Beirut rufen hier lebhafte Erregung hervor, vor allem in Handelskreisen. Da Beirut nur einige alte Geschütze besitzt, die längs der Küste vor der Stadt aufgestellt sind, wird es als offene Stadt betrachtet. Das Ministerium des Aeußeren erhob gegen das Vorgehen Italiens bei den Großmächten Protest.

Konstantinopel, 25. Februar. Die Blätter greifen Italien wegen des Bombardements von Beirut heftig an. Tanin meint, die Beschießung Beiruts werde den Mut der Ottomanen nicht wankend machen. Im Gegenteil, es werde den Patriotismus der ottomanischen Nation noch mehr anfeuern. Es gebe keinen Grund mehr, den in der Türkei lebenden Italienern Gastfreundschaft zu gewähren. Durch die Verletzung des Annexionsdekrets schwinde jede Möglichkeit, Frieden zu schließen und sich wieder zu versöhnen. Die Mächte, insbesondere Deutschland, werden keinen Boden mehr für eine Verständigung finden. Wir werden solange keinen Frieden schließen, bis nicht Tripolis geräumt ist. Die Aktion der Flotte werde zu nichts führen. Alle anderen Blätter führen dieselbe Sprache. — Sabah veröffentlicht eine Aeußerung eines türkischen Ministers, welcher meinte, das Bombardement von Beirut werde den ottomanischen Standpunkt in keiner Weise ändern. Die Kriegserklärung sei ein Fehler der Italiener gewesen. Die Verletzung des Annexionsdekrets sei ein zweiter, das Bombardement von Beirut ein dritter Fehler. Der Krieg werde jetzt durch das Erscheinen des Scheichs der Senussi in eine schwierigere Phase treten.

Konstantinopel, 25. Februar. Der Ministerrat hat die **Ausweisung der in den Wilajets Aleppo, Beirut und Syrien ansässigen Italiener, mit Ausnahme der Ordensgeistlichen, beschlossen.** Den Ausgewiesenen wird eine Frist von vierzehn Tagen gewährt, innerhalb deren sie das Land verlassen müssen. In Beirut ist der Belagerungszustand erklärt worden.

Frankreichs Haltung.

Paris, 25. Februar. Die Regierung verfügte die Entsendung eines Kreuzers in die Levante, um, wenn nötig, die französischen Interessen zu schützen.

Das Bombardement wird von der gesamten Presse lebhaft erörtert. Nebenbei wird hervorgehoben, das Vorgehen der Italiener könne auf Grund des Wortlautes der Haager Konvention zwar berechtigt erscheinen, sei aber bedenklich mit Rücksicht auf die beträchtlichen Interessen, welche fast alle Mächte in Beirut haben und noch mehr wegen der den Christen aller Nationen drohenden Gefahren, falls der religiöse Fanatismus der Muselmanen durch derartige Vorkommnisse aufgestachelt würde. Siecle sagt, Italien hoffe offenbar, durch ein derartiges Vorgehen die Mächte zur Vermittlung zu zwingen. Einige Blätter führen eine sehr scharfe Sprache und meinen, der Umstand, daß die Italiener für ihre neueste Aktion gerade Beirut ausersehen haben, lasse beinahe annehmen, daß es sich um einen neuen Ausbruch von Franzosenhaß handele.

Schießerei bei Milos.

Konstantinopel, 25. Februar. Halbamtlichen Meldungen zufolge ist in der Nacht vom 21. d. M. in einem kleinen Hafen bei Milos an der Küste des Wilajets Smyrna ein italienisches Kriegsschiff erschienen. Nachdem es auf ein Floß mehrere Kanonenschüsse abgefeuert hatte, dampfte es in der Richtung von Samos ab.

*

Aus Tripolis.

Paris, 24. Februar. Der Temps erhielt von seinem im türkischen Lager befindlichen Korrespondenten aus Azizie vom 22. d. M. die Meldung, daß eine aus zwei Reiterschwadronen, vier Bataillonen Infanterie und drei Artilleriebatterien bestehende italienische Truppenabteilung einen Vorstoß gegen Zanzur unternahm, um dasselbe zu besetzen. Die türkischen und arabischen Truppen zwangen die Italiener nach fünfstündigem Kampfe, sich zurückzuziehen. Auf türkischer Seite wurden zwei Leute leicht verwundet. Die Verluste der Italiener sind unbekannt.

Rom, 25. Februar. Aus Tobruk wird gemeldet: Zwei feindliche Kolonnen, die aus Infanterie und Kavallerie bestanden, unternahmen eine Erkundung in der Richtung auf das Südwestfort. In einer Entfernung von 500 Meter wurden sie durch Infanterie- und Artilleriefeuer der Italiener, die keine Verluste erlitten, zum Rückzuge gezwungen.

*

Tripoliskredite.

Rom, 25. Februar. Finanzminister Tedesco hat der Deputiertenkammer einen Gesetzentwurf vorgelegt, durch den für das Kriegsministerium ein außerordentlicher Kredit von 140 Millionen und für das Marineministerium ein solcher von 90 Millionen verlangt wird. Von den 140 Millionen sind 98 Millionen für das Expeditionskorps und Reservemannschaften einschließlich bis Februar und 42 Millionen für die Ersetzung des nach Libyen transportierten Kriegsmaterials bestimmt. Die Vorlage sieht ferner einen Kredit von 35 Millionen vor, von denen 20 Millionen für weiteren Ersatz des Kriegsmaterials und 15 Millionen für den Truppenunterhalt bestimmt sind. Die Gesamtausgaben von **265 Millionen** werden gedeckt aus den Ueberschüssen der Budgets bis 1913. Endlich sieht die Vorlage einen Kredit von 10 000 000 Lire vor für die dringenden Straßenarbeiten in Tripolis, Benghasi, Derna und Homs, sowie für den Funkdienst, für sanitäre Maßnahmen und für den Telegramm- und Telephonbetrieb in Libyen, darunter der Kabel Syrakus-Tripolis und Tobruk-Benghasi, sowie für das Telephonnetz in Tripolis.

Deutsches Reich.

Bassermann über die Präsidentenwahl.

Der Abgeordnete Bassermann sprach am Sonntag in seinem Wahlkreise Saarbrücken. Er behandelte hauptsächlich die Präsidiumsfrage, ohne erheblich Neues zu sagen. Seine Fraktion habe weder ein „Großblock“-Präsidium noch ein schwarzblaues Präsidium mit nationalliberalem Feigenblatt gewollt, sondern ein Arbeitspräsidium, an dem auch die Sozialdemokratie als stärkste Fraktion beteiligt werden sollte. Daß dann auch für Bebel als Präsidenten Stimmen aus seiner Fraktion abgegeben seien, halte auch er für einen Fehler. Ein Beschluß der Fraktion habe hierüber nicht vorgelegen. „Uebrigens“, sagte Bassermann, „werde die Sache übertrieben, denn nach seiner Schätzung hätten **höchstens fünfzehn nationalliberale Abgeordnete** für den Sozialdemokraten gestimmt.“ Als seine Fraktion beschlossen habe, für Scheidemann als Vizepräsidenten zu stimmen, sei dessen Rede gegen die Hohenzollern nicht in Erinnerung gewesen.

In der Debatte kritisierte der rechtsnationalliberale Landtagsabgeordnete Dr. Röchling die Haltung der Reichstagsfraktion, die auch nicht für Scheidemann hätte stimmen dürfen. **Als Röchling die Besetzung des Präsidiums gemeinsam mit Konservativen und Zentrum befürwortete, wurde aus der Versammlung lauter Protest erhoben.** Schließlich sprach man Herrn Bassermann volles Vertrauen aus.

Der Vorgang scheint zu bestätigen, daß in erster Reihe die Industriellen und Bureaukraten unter den Nationalliberalen den Widerstand gegen die nationalliberale Fraktion in der Präsidiumsfrage organisieren. Die Menge der Anhänger denkt darüber anders, aber — sie hat in dieser Partei herzlich wenig zu sagen.

Wie sich die Nationalliberalen aber bei der endgültigen Wahl des Präsidiums verhalten wollen, hat Herr Bassermann durch keine Andeutung verraten. Er weiß es selbst noch nicht! Ein trauriges Schauspiel!

* * *

Dr. Julius Bachem-Köln, einer der Drahtzieher der Kölner Richtung im Zentrum, beschäftigt sich im Scherlschen Tag mit der neuen Präsidentenwahl. Er schlägt — für seine Person — vor, **einen nationalliberalen Präsidenten zu wählen und den ersten Vizepräsidenten dem Zentrum und den zweiten den Konservativen zu geben.** Aus parteitaktischen Gründen, um den antiklerikalen Widerspruch nicht zu reizen, meint er, würde auch Windthorst die Uebernahme des Präsidiums durch das Zentrum abgelehnt haben. Es sei klüger, sich mit dem ersten Vizepräsidentenposten zu begnügen.

Kaisers Rock.

Ein in Heidelberg erscheinendes Zentrumsblättchen, der Pfälzer Bote, berichtet, daß **Professor Dr. Czerny, Generalarzt mit dem Range als Generalmajor, auf sein Ersuchen aus dem Verhältnis** à la suite **des Sanitätskorps ausgeschieden** ist. Das klerikale Blättchen bemerkt dazu:

„Herr Czerny hat also aufgehört, Generalarzt à la suite zu sein. Das kommt davon, wenn man des Kaisers Rock trägt und es mit dieser Ehre vereinbar hält, für die Unterstützung der Sozialdemokratie Propaganda zu machen. Hoffentlich lassen sich die übrigen badischen Sozenschwärmer den Fall Czerny zur Warnung dienen.“

Professor Dr. Czerny hat vor den Reichstagswahlen im Berliner Tageblatt in der Serie „Die Front gegen rechts!“ einen offenen Artikel gegen die Schwarzblauen veröffentlicht. Dieses Bekenntnis ist den schwarzblauen Politikern naturgemäß unangenehm gewesen, und Bedientenseelen und Denunzianten haben zu weiterer Verhetzung gewiß das ihrige getan. Mit Recht schreibt die Frankfurter Zeitung: „Czerny verliert von seinem Rufe infolge des Ausscheidens aus seinem militärischen Verhältnis sicher nichts. Er bleibt was er war. Als Mensch aber wird er in den Augen aller derer, denen die persönliche Ueberzeugung etwas gilt, nur noch gewinnen.“

Der Fall zeigt wieder, daß kein Wort unwahrer ist als jenes vom sogenannten „Volksheer“. Vielmehr wird jeder freie Mann, der mit dem Volke ist, aus diesem „kaiserlichen“ Heere ausgemerzt!

Der neue Landtag in Bayern.

Aus München wird uns geschrieben:

Am Dienstag wird der Prinzregent Luitpold in höfischem Zeremoniell den neuen Landtag eröffnen, auf dessen Ministerbank sein Sohn Ludwig, der tatsächlich die Regierung bereits übernommen hat, lauter neue Männer entsandt hat.

Die Aera eines ausgesprochen klerikalen Ministeriums erregt über die bayrischen Landesgrenzen hinaus ein lebhaftes Interesse. Ihre Einflüsse auf die Reichspolitik sind nicht unbeträchtlich. Man braucht nur daran zu denken, daß die beiden leitenden Männer Bayerns, die Zentrumsherren von Hertling und Soden, die entschiedensten Gegner einer Reichserbschaftssteuer und direkter Reichssteuern überhaupt gewesen sind. Wie wird sich diese Tatsache im Bundesrat und in seinen Entschließungen über die Reichsfinanzen äußern?

Die Regierungsfähigkeit des Zentrums wird sich nunmehr zu beweisen haben. In dem Konflikt einer klerikalen Nebenregierung mit der höfisch-bureaukratischen verantwortlichen Regierung ist der alte Landtag zusammengebrochen und das Ministerium erledigt worden. Die alten Regierungs„ziel“ des Zentrums sind aufs Gnadenbrot gesetzt worden, und Männer erscheinen jetzt vor dem Landtag, die zwar nicht die Erbschaft ihrer Vorgänger in den Ministerien, aber die schwerere Bürde der Zentrumspolitik zu übernehmen haben.

Das Zentrum ist geschwächt, die ihm versippten Konservativen fast aufgerieben aus dem Wahlkampf zurückgekehrt. Sie haben zwar noch die Mehrheit, aber zusammen nicht mehr wie vordem, die Zweidrittelmehrheit; damit können sie allein keine Verfassungsänderungen mehr beschließen, beispielsweise nicht die Uebertragung der Königswürde an den Prinzen Ludwig zu Lebzeiten des Königs Otto. Gerade Verfassungsfragen aber dürften in der nächsten Zeit den Landtag vielfach beschäftigen. Die Demokratisierung Bayerns ist durch keine Zentrumsmehrheit, noch weniger durch ein schwarzes Ministerium mehr aufzuhalten. Niemand zweifelt daran, daß die Selbständigkeit der Südstaaten und die Erhaltung ihrer Dynastien ausschließlich auf der Volkstümlichkeit ihrer Politik beruht. Wer heute davon träumen würde, in Bayern eine reaktionäre Gewaltpolitik zu beginnen, wäre verdächtig, die bayrische Selbständigkeit an Preußen, an seine Dynastie und an sein Junkertum auszuliefern. Die endliche Wirkung solcher Politik wäre das Ende der Wittelsbacher. Demokratischer Ausbau — das ist die staatliche Lebensbedingung bayrischer Selbständigkeit.

So betrachtet, ist auch die Parteienkoalition gegen Zentrum und Konservative eine Erscheinung, die über den ursprünglichen Zweck des wahltaktischen Abkommens hinaus ihre Bedeutung behält. Gerade weil das Wahlziel, der Sturz der Zentrumsmehrheit, nicht ganz erreicht wurde, ist die innere Geschlossenheit dieses Bundes um so sicherer verbürgt. Der politische Freiheitsdrang, die Leidenschaft demokratischer Entwicklung, die danach strebt, Arbeitern, Bauern, Bürgern die volle geschichtliche Mündigkeit der Selbstbestimmung — gegen klerikal-bureaukratische Entmündigungsversuche — zu erkämpfen, ist die innerliche Gemeinschaft, die die Zentrumsgegner zusammenhält, bei aller Verschiedenheit und Unabhängigkeit der besonderen Parteiziele. In dem Kampf um den Proporz wird sich das gemeinsame Interesse zunächst äußern.

Ist sonach das Zentrumsministerium, unter dem unentrinnbaren Zwang der Verhältnisse, unfähig, reaktionäre Gewaltpolitik zu treiben, es müßte denn die Selbstzerstörung wollen und Katastrophen mutwillig herbeizuführen wagen, so kann es eine andere geschichtliche Aufgabe in der Tat leisten: die volkstümliche Verlarvung des Zentrums für immer zerstören und den feudalen Grundzug dieser Partei vor aller Welt entblößen. Das Ministerium der Zentrums-Reichsräte ist das Ende der Zentrumslegende. Der Bauerndoktor Heim ist tot, und der Bauernleger Soden lebt als Minister. Die Zentrumspichler können nun nicht mehr oppositionelle Maulpolitik gegen die Regierung treiben, und die Kulissenwirtschaft der kleinen schwarzen Intriganten von der Art der Frank und Coban gegen die Minister ist zu Ende. **Das schwarze Ministerium zerstört die schwarze Nebenregierung. Die bayrische Staatsgewalt hat zur Strafe für die Zentrumsausschweifungen subalternen Uebermuts die Partei an die Kette der ministeriellen Zentrumsbarone gelegt. Die plumpe und illegitime Herrschaft der Pichler, Held und Frank ist vorbei. Es handelt sich nur noch um die Auseinandersetzung des demokratischen Fortschritts mit der feudalen Reaktion!** Und in diesem **Kampfe stehen alle freien Bayern, Arbeiter, Bürger,** Bauern zusammen.

Der gestrichene Gnadenfonds.

Aus der Budgetkommission **des elsaß-lothringischen** Landtages wird ein Vorgang gemeldet, der — leider — nicht alltäglich ist: **Die Kommission hat von ihrem Rechte, Etatsstreichungen vorzunehmen, Gebrauch gemacht und u. a. den Gnadenfonds des Kaisers um 100 000 M. gekürzt.** Konservative Blätter wie die **Dresdner Nachrichten zetern bereits von „Brüskierung des Kaisers“ und „Dank für Gewährung der Verfassung“, nur weil sich in den Reichslanden einmal** eine Kommissionsmehrheit **gefunden hat, die den Etat volkstümlich zu gestalten sucht. — Offiziös wird über die Budgetberatung gemeldet:**

In der Budgetkommission **des Landtages** beantragten die Sozialdemokraten beim Etat der Finanzen, den **Gnadenfonds des Kaisers** in Höhe von 100 000 M. und **den Dispositionsfonds des Statthalters** in Höhe von 150 000 M. zu streichen und die dadurch gewonnenen 250 000 M. **zu einer Teuerungszulage** für die Unterbeamten und etatsmäßigen **Hilfsbeamten, sowie zur Unterstützung** hilfsbedürftiger Hinterbliebenen **solcher Beamten im Einvernehmen** mit einer **fünfgliedrigen Kammerkommission zu verwenden.** Bezüglich des Gnadenfonds **entspann sich eine längere Debatte,** weil die Mehrheit **ein Kontrollrecht des Parlaments auch für diesen** Fonds in Anspruch **nahm und forderte, daß eine Unterkommission** von vier Mitgliedern **die Belege im einzelnen nachprüfen solle.** Die Regierung erklärte, **diesem Verlangen nicht stattgeben zu können,** da der Fonds als Gnadenfonds **nicht auch gleichzeitig der parlamentarischen** Kontrolle **unterliegen könne.** Die Liberalen nahmen das Kontrollrecht **im Prinzip in Anspruch, erklärten aber mit Rücksicht auf die Zweckbestimmung des Fonds, aus Gründen des parlamentarischen Taktes auf seine Ausführung zu verzichten,** und wiesen darauf hin, **daß auch der aus demokratischen Wahlen hervorgegangene** Reichstag **für den entsprechenden Fonds in Höhe von 3 Mill. M.** das Kontrollrecht nie **beansprucht habe. Es müsse diese Forderung** vom Kaiser als eine Brüskierung **empfunden werden, zu der die Liberalen** nie die Hand reichen könnten. **Gegen die Stimmen der Liberalen wurde hierauf der Fonds gestrichen.** Der Dispositionsfonds wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten **bewilligt.** Die Belege über die Ausgaben werden der Rechnungsprüfungskommission mitgeteilt werden. Ueber die Verwendung des Gnadenfonds wurde ein Beschluß nicht gefaßt.

Von dem Repräsentationsfonds des Statthalters in Höhe von 200 000 M. wurden auf Antrag des dem Zentrum angehörigen Vorsitzenden der Budgetkommission 100 000 M. als künftig wegfallend bezeichnet.

Die entsprechende Kürzung der Gehälter des Staatssekretärs und der Unterstaatssekretäre wurde für die Beratung der Besoldungsvorlage vorbehalten. Gestrichen wurde auch von der gleichen Mehrheit wie oben der geheime Fonds der politischen Polizei (44 000 M.), weil auch darüber die Regierung die Vorlage der Belege verweigerte, was in keinem Parlamente geschehen dürfe.

Die Situation im Rudolstädter Landtag.

Bei der Präsidentenwahl, die, wie bekannt, ein rein sozialdemokratisches Präsidium ergab, beschwerten sich die bürgerlichen Abgeordneten darüber, daß man sie nicht zu den Vorberatungen über die Präsidentenwahl zugezogen habe. Unsere Genossen erklärten, daß dies nur die Konsequenz des Verhaltens der bürgerlichen Landtagsmajorität in den letzten Legislaturperioden sei, die damals unsere Genossen systematisch vom Präsidium ausschlossen. Nach der Wahl gab der Staatsminister die bereits bekannten Gesetzentwürfe und Eingaben bekannt, die an den Landtag gelangt sind. Der Staatsminister empfahl, zuerst den Etat und die damit zusammenhängenden Vorlagen zu beraten. Dann gab Genosse Hartmann namens der sozialdemokratischen Fraktion eine Erklärung ab, in der vorgeschlagen wird, sofort folgende Forderungen unserer Partei zu beraten: 1. eine gründliche Revision des Einkommensteuergesetzes, 2. statt der Kapitalrentensteuer eine Vermögenssteuer einzuführen, deren Ertrag zum Abbau der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern zu verwenden ist, 3. die Besoldung der Volksschullehrer ist vollständig auf die Staatskasse zu übernehmen, 4. Trennung von Staat und Kirche, 5. Kürzung der Kameralrente um 32 000 M. jährlich, 6. Einführung einer neuen Gemeindeordnung, 7. Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind Sonntags vorzunehmen, 8. Einführung des Proportionalwahlsystems für die Landtagswahl. Die von der Regierung vorgeschlagene Wahlrechtsverschlechterung zugunsten der Höchstbesteuerten sei eine Brüskierung des ganzen Volkes, das eine zeitgemäßere freiere Politik wünsche. Kommt die Regierung und der Landtag diesen gerechten Wünschen der sozialdemokratischen Landtagsmajorität nicht entgegen, so sei die sozialdemokratische Fraktion gezwungen, den Etat abzulehnen. Der Staatsminister, dem diese Anträge noch nicht bekannt waren, protestierte schwach. Gesetzgebungs- und Finanzausschuß werden nunmehr in den nächsten Tagen zusammentreten und über die Geschäftslage beraten. Es ist zweifellos, daß die Regierung gegen unsere Anträge ist und damit die Auflösung des Landtags in einer der nächsten Sitzungen wahrscheinlich ist.

*

Etwas Staatsstreich gefällig?

In einer Betrachtung über die Situation im Fürstentum Schwarzburg-Rudolstadt kommt die Tägliche Rundschau zu dem Schluß:

„Die Regierung ist deshalb offenbar bereits entschlossen, den Landtag aufzulösen und eine Wahlreform durchzudrücken, die die sozialistische Mehrheit wieder beseitigen soll.“

Im Landtag, der eine sozialdemokratische Mehrheit hat, kann die Regierung natürlich keine „Wahlreform“ durchdrücken. Wenn Worte einen Sinn haben sollen, dann kann die Bemerkung des alldeutschen Blattes nur dahin gedeutet werden, daß die Regierung des Kleinstaates nach preußischem Muster ein schlechteres Wahlrecht oktroyiren will. Man nennt eine solche Revolution von oben den Staatsstreich.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120226/2
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Der Ausweg aus den Steuerängsten.

Die Berliner Volkszeitung will authentisch folgendes erfahren haben:

„Die Regierung willigt in eine Aenderung des Artikels 4 des Etatsgesetzes, der die Verwendung der Ueberschüsse bestimmt, dahin, daß diese Ueberschüsse für Deckung jener Ausgaben (Wehrvorlagen) herangezogen werden dürfen. Dagegen verpflichtet sich der Reichstag, nach zwei Jahren in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob die Ueberschüsse weiterhin in der bisherigen Höhe zu erwarten sind. Wird diese Frage erneut und erfüllt sich damit die Voraussage des Reichsschatzsekretärs, daß die Höhe der Ueberschüsse bald nachlassen werde, so hat der Reichstag so viel an neuen Steuern zu bewilligen, als zum Ausgleich erforderlich sind.

Durch eine derartige Bestimmung werde, so meint man, die Erklärung des Reichsschatzsekretärs: Keine Ausgabe ohne Deckung! grundsätzlich anerkannt, und das könne ihm einstweilen genügen. Daß man im Zentrum und auf der Rechten geneigt sein wird, einer derartigen Lösung zuzustimmen, daran ist nicht zu zweifeln."

Diese Kombination hat manches für sich, denn der erste Etatsredner des Zentrums, Abg. Speck, hat sich bereits so ähnlich ausgelassen. Von einer Tilgung der Reichsschulden würde man dann allerdings absehen müssen.

Beckers Revision verworfen.

In dem Beleidigungsprozeß des Rittergutsbesitzers Becker, der seinerzeit wegen Beleidigung pommerscher Landräte und Regierungspräsidenten zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt wurde, welche Strafe dann in einem zweiten Prozeß auf 3 Monate herabgemindert wurde, stand Sonnabend Termin vor dem Reichsgericht an. Becker hatte auch gegen das zweite Urteil Revision angemeldet. Die Revision wurde verworfen. Es bleibt also bei der letzten Strafe.

Schutzmannsmaßregelung. Das Verfahren gegen den Schutzmann in Dessau, der anläßlich der Reichstagswahlen den sozialdemokratischen Abgeordneten Heine zu seinem Siege beglückwünscht hatte, ist wieder eingestellt worden. Der Schutzmann wird künftighin als städtischer Bote beschäftigt und der Staat ist wieder einmal gerettet.

Kleine politische Nachrichten. Die gestrigen militärischen Zapfenstreiche in Paris gaben wieder zu Sympathiekundgebungen für die Armee Anlaß. Einige Syndikalisten, die eine antimilitaristische Demonstration versuchten, wurden verhaftet. — Aus Buenos Aires wird gemeldet: Der Eisenbahnbetrieb funktioniert immer noch mangelhaft. Die Klagen des Handels sind allgemein. Eine Abordnung aus den Hauptgetreidegebieten des Landes wird sich am Montag zum Präsidenten der Republik begeben und ihn auf den Schaden aufmerksam machen, den die Landwirtschaft infolge der Unmöglichkeit, die Ernten nach den Häfen zu schaffen, erleidet. — Die Neue Freie Presse meldet aus Harrar in Abessinien die Ermordung eines Ungarn namens Thorma und einer österreichischen Dame namens Tuschka, die sich auf der Jagd im Gebiete Mogadens befanden. Die Nachricht traf bereits vor 14 Tagen in Harrar ein und findet jetzt ihre Bestätigung dadurch, daß die abessinischen Behörden die Habseligkeiten der Ermordeten öffentlich versteigern lassen.

Die nationalliberale Bettel.

Vor der Wahl in rotem Schal
Durch das rauchige Lokal
Tänzelte die dürre Bettel
Wochenlang auf Stimmenbettel.

Nach der Wahl sie sich besann:
„Tut mir leid, Herr Scheidemann!
Doch was sagte man bei Hofe,
Würd' ich Ihre Kammerzofe?

Sie verstehn mich nicht? Ei, ei!
Hoflakai bleibt Hoflakai.
Durch ein jahrelanges Bücken
Krümmt von selber sich der Rücken.

Kaum gewählt mit Ach und Krach,
Wird man schon gedächtnisschwach.
Bassermannische Gestalten
Pflegen niemals Wort zu halten.

Tadelt uns auch der und der,
Reichstag hin und Reichstag her!
Wer nicht schiebt, der wird geschoben,
Und der Segen kommt von oben.

Singen wir die Wacht am Rhein!
Heute ja und morgen nein,
Heute schwarz und morgen rot
Leuchtet uns zu frühem Tod."

Edgar Steiger.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Einigung.

Budapest, 25. Februar. Die Kossuthpartei hat nach mehrstündiger Konferenz und nach einer die Obstruktion verurteilenden Rede des Grafen Apponyi den Frieden mit der Regierung endgültig mit allen gegen 2 Stimmen geschlossen. Sie will die Wehrvorlage nur mit normalen Mitteln bekämpfen. Die Justhpartei wirft der Kossuthpartei einen Treubruch vor und ist entschlossen, gegen den Verrat in den Wahlbezirken der Kossuthpartei eine Agitation zu entfalten. Infolge dieses Umstandes und da auch das Präsidium des Abgeordnetenhauses eine etwas strammere Handhabung gegen die Ausspielung der Hausordnung beabsichtigt, ist man auf Zusammenstöße in der nächsten Sitzung des Abgeordnetenhauses gefaßt.

Italien.

Der Krieg als Hochkonjunktur.

ld. **Rom**, 24. Februar. Wenn der Krieg mit seinen Folgen für Tausende von Familien, die er zeitweilig oder dauernd des Ernährers beraubt, ein furchtbares Unglück ist, so ist er für eine Handvoll schlauer Spekulanten eine Gelegenheit zu großartigen Geschäften. Mit jedem Tage kommen neue Handstreiche der Spekulanten gegen die Staatskasse zum Vorschein. So teilt der Avanti mit, daß gleich nach dem Ausbruch des Krieges sich ein Mangel an den Päckchen mit Verbandszeug herausstellte, die jedem Soldaten in seinem Tornister mitgegeben werden. Die Zentralapotheke der Militärverwaltung war nicht imstande, in kurzer Zeit eine Million dieser Päckchen zu beschaffen, weshalb die Lieferung an zwei lombardische Firmen vergeben wurde. Jedes Päckchen kostete in der Apotheke der Militärverwaltung 30 Centimes, und wurde von den beiden privaten Firmen für 1,10 und 1,20 Lire geliefert. Was bei Herstellung durch den Staat 300 000 Lire gekostet hätte, ist somit den patriotischen Privatunternehmern mit 1 180 000 Lire bezahlt worden! Geschäft ist Geschäft, sagen sich die Patrioten und freuen sich von Herzen, daß der Krieg ein so vorzügliches Geschäft ist.

Amerika.

Das neue Revolutiönchen in Mexiko.

Newyork, 25. Februar. Eine in El Paso erschienene Proklamation der Insurgenten erklärt Geronimo Trevino zum provisorischen Präsidenten von Mexiko. Die Proklamation, die von General Orozco mitunterzeichnet ist, erklärt insbesondere, Madero habe durch Verbindungen mit amerikanischem Kapital und die Abhängigkeit von den Yankees die mexikanische Flagge befleckt. Da Orozco bisher als zuverlässiger Anhänger Maderos galt, schwächt sein Abfall die Regierung außerordentlich.

Newyork, 25. Februar. Präsident Taft hat den Befehl gegeben, eventuell weitere Truppen nach El Paso zu senden. Es wird dies als Warnung an die mexikanischen Insurgenten angesehen, daß dieselben die amerikanische Grenze nicht überschreiten dürfen. Die amerikanischen Truppen sind angewiesen worden, die mexikanische Grenze zu überschreiten, sobald es notwendig ist, um eine Beschießung nordamerikanischen Gebiets zu verhüten. Die Frage einer allgemeinen Mobilmachung an der Grenze wird erörtert.

Asien.

Chinesenunruhen auf Java.

Amsterdam, 24. Februar. Die chinesische Revolution hat zu Ruhestörungen in Holländisch-Indien geführt. Ein Regierungstelegramm aus Surabaja auf Java meldet, daß dort Unruhen unter den Chinesen ausgebrochen sind, weil die Hissung der chinesisch-republikanischen Flagge, solange die Republik nicht offiziell anerkannt ist, von den indischen Behörden untersagt worden war. Die republikanischen Chinesen in Surabaja, die eine geheime Genossenschaft bilden, stürmten die Wohnung des „Kapitän-China" (des von der holländischen Regierung eingesetzten Hauptes der chinesischen Kolonie) und schlugen alles kurz und klein. Die Polizei schritt ein und verhaftete fünfzig Rädelsführer. Die Ruhe ist wieder hergestellt, doch sind alle chinesischen Geschäfte geschlossen. Man fürchtet weitere Ruhestörungen. Auch in Batavia sind der Flaggenfrage wegen Unruhen vorgekommen.

Neues aus aller Welt.

Mädchenräuber.

Im Deutschen Reichstag waren sich am Freitag bei der Beratung des internationalen Uebereinkommens über den Mädchenhandel alle Parteien darin einig, daß mit den schärfsten gesetzlichen Mitteln gegen diese infame Kuppelei vorgegangen werden müsse. Einen furchtbaren Beitrag zu diesem Kapitel liefert ein Mädchenraub an der sächsisch-böhmischen Grenze, dessen entsetzliche Einzelheiten erst jetzt bekannt werden.

Vor einigen Wochen machte ein kaum den Kinderschuhen entwachsenes 15 Jahre altes Mädchen an der Elbe bei Tetschen unmittelbar an der sächsisch-böhmischen Grenze einen Spaziergang. Plötzlich gesellte sich zu der Ahnungslosen ein elegant gekleideter Mann, redete das Mädchen an und stellte einige Fragen an dasselbe. Als der Fremde erfahren hatte, daß das Mädchen die Tochter angesehener Eltern war und in einem Kontor eine Stellung inne hat, machte er den Vorschlag, das Mädchen solle zu ihm nach Saaz in eine wesentlich bessere Stellung kommen. Hocherfreut willigte es ein und nach wenigen Tagen reiste es ab, um die neue Stelle als „Privatsekretärin" anzutreten. Am Bahnhofe in Saaz wurde das Mädchen von dem neuen Chef in Empfang genommen und in einer Droschke nach dessen Hause geleitet. Es erhielt zunächst ein elegantes Zimmer angewiesen und bekam dann den Besuch der Frau des Hauses, um an den gemeinsamen Mittagstisch geführt zu werden. Eine furchtbare Ahnung stieg aber in dem fünfzehnjährigen Mädchen auf, als es sich plötzlich im Kreise von mehreren geschminkten Mädchen erblickte. Das Kind war in ein Freudenhaus geraten. Alle verzweifelten Anstrengungen, das Haus, das sich den stolzen Namen „Zur goldenen Nuß" beigelegt hatte, wieder zu verlassen, waren erfolglos. Das Mädchen war eine Gefangene, es durfte weder die Straße betreten noch ein Fenster öffnen. Der Mädchenräuber samt seiner Ehefrau zwangen das Kind, Männer zu empfangen, andernfalls wurden ihm Prügel in Aussicht gestellt. So vergingen mehrere Wochen der Gefangenschaft. Zuletzt packte es die Verzweiflung und in einem unbewachten Augenblick ergriff es fast unbekleidet die Flucht. Nur wenige Kleidungsstücke raffte es noch schnell zusammen, die es in ein Bettuch packte. Das Mädchen gelangte auch auf den Bahnhof und sprang ohne Fahrkarte in einen bereitstehenden Zug. In diesem Augenblicke erschien auf dem Bahnsteige laut schreiend die Inhaberin des Freudenhauses und als sie die Flüchtige erblickte, holte sie einen Polizisten herbei, beschuldigte das Mädchen des Diebstahls und ließ es verhaften. Die Unglückliche mußte den Zug wieder verlassen und wurde dem Gefängnis zugeführt, um sich wenige Tage später wegen Diebstahls zu verantworten. Die Gerichtsverhandlung brachte nun die furchtbaren Leiden des 15jährigen Kindes an das Licht. Das Gericht sprach natürlich die Unglückliche frei, beschloß aber, gegen den ehrenwerten Besitzer des Hauses „Zur goldenen Nuß", Joseph Wengeneck, und dessen Frau die Untersuchung wegen Kuppelei usw. einzuleiten.

Mordanschlag auf einen Sozialisten.

Rom, 24. Februar. Der Sozialist Bernardino Verro, der seiner Zeit nach dem sizilianischen Aufstand zu 16 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, um bei der allgemeinen Amnestie in Freiheit gesetzt zu werden, ist am 19. Februar in Messina von einem Unternehmer mit dem Revolver bedroht und leicht verwundet worden. Grund der Tat soll die Weigerung Verros gewesen sein, als Direktor einer Kooperative unredliche Zugeständnisse zu machen. Der Angreifer gab fünf Schüsse auf Verro ab.

Explosionen.

Berlin, 25. Februar. In einem Fabrikgebäude der Sauerstoff-Industrie-Aktiengesellschaft Hildegardstraße 29 zu Wilmersdorf erfolgte heute früh gegen 2 Uhr 30 Minuten aus noch nicht aufgeklärter Ursache eine Explosion. Der Arbeiter Freund wurde getötet, ein anderer Arbeiter leicht verletzt. Das Fabrikgebäude und die inneren Einrichtungen wurden vollständig zerstört.

Berlin, 26. Februar. Als die Feuerwehrmannschaften in das Innere der gestern früh in Wilmersdorf explodierten Sauerstoff-Fabrik vordrangen, fanden sie den Maschinisten Freund als Leiche vor. Die Beine waren ihm abgerissen und der Kopf auseinandergespalten. Sein Genosse Ruhland entging dem Tode. Er wurde durch den gewaltigen Luftdruck mit der Decke in die Höhe geschleudert und blieb mehrere Meter neben dem Gebäude liegen. Die ungeheure Gewalt des Luftdrucks, der in der Umgebung beträchtlichen Schaden verursachte, wird darauf zurückgeführt, daß ausströmendes Leuchtgas mit der in dem großen Raume vorhandenen Luft ein leicht explodierbares Gasgemenge bildete, das durch eine Lötlampe zur Explosion gebracht wurde.

Gestern nachmittag ereignete sich in dem südlich von Berlin gelegenen Dorfe Kablow eine schwere Explosion. Als die undicht gewordenen Azetylenapparate von einem Arbeiter abgeleuchtet wurden, erfolgte eine donnerähnliche Explosion, die im ganzen Dorfe gehört wurde. Der Arbeiter erlitt so schwere Brandwunden, daß er kaum mit dem Leben davon kommen dürfte.

Beseitigte Schiffahrtshindernisse.

Halle, den 25. Februar. Einer Meldung aus Aken zufolge, ist gestern mittag nach langer Pause die Elbeschiffahrt in vollem Umfange wieder aufgenommen worden. Auch die Schiffahrt auf der Saale hat wieder begonnen.

Arbeiter verschüttet.

Dortmund, den 25. Februar. Auf der Zeche Viktoria bei Lünen gerieten drei Arbeiter unter hereinbrechende Gesteinsmassen. Einer wurde als Leiche geborgen, die beiden andern schwer verletzt.

Saargemünd, 25. Februar. In Oberstein wurden gestern zwei Steinbruchsarbeiter von Gesteinsmassen verschüttet. Beide waren sofort tot.

Unglücksfall im Theater.

Trier, 25. Februar. Bei einer Faust-Aufführung im Stadttheater schlug ein als Mephisto gastierender Mannheimer Schauspieler so unglücklich auf die Töpfe, daß ein Scherben den dirigierenden Kapellmeister ins Auge traf und den Augapfel spaltete.

Massenerkrankungen in der Potsdamer Unteroffizierschule.

Potsdam, 24. Februar. Das Kommando der hiesigen Unteroffizierschule teilt mit: Bei der Unteroffizierschule in Potsdam sind im Laufe des gestrigen Nachmittags und in der Nacht etwa 180 Mann unter den Erscheinungen eines fieberhaften Magen- und Darmkatarrhs plötzlich erkrankt. Eine Ursache für die Erkrankungen hat sich bis jetzt nicht feststellen lassen. Es wird angenommen, daß die Veranlassung dazu in der Mittagskost vom Donnerstag, 22. Februar, zu suchen ist. Die sofort eingeleitete bakteriologische Untersuchung bewegt sich in dieser Richtung. Das Befinden der in der Kaserne untergebrachten und ärztlich ausreichend versorgten Mannschaften ist trotz zum Teil hoher Fiebererscheinungen durchweg gut. Da im Laufe des heutigen Tages nur vereinzelte Fälle hinzugekommen sind, ist anzunehmen, daß die Ausbreitung der Krankheit zum Stillstande gelangt ist. Eine Aufnahme ins Lazarett war in keinem Falle erforderlich.

Potsdam, 25. Februar. Zu den Massenerkrankungen in der Unteroffizierschule wird heute vormittag vom Kommando nachfolgende Meldung ausgegeben: Das Befinden sämtlicher erkrankten Leute hat sich bedeutend gebessert. Während der heutigen Nacht sind sieben leichte Erkrankungen zugegangen. Lebensgefahr besteht bei keinem der Erkrankten.

Feuer im Krankenhause.

Danzig, 25. Februar. Heute abend 9¼ Uhr brach im Marienkrankenhause aus bisher unbekannter Ursache Feuer aus. Mannschaften des 128. Infanterie-Regiments brachten die Kranken aus den Mansardenzimmern in die unteren Geschosse. Außer der Danziger Feuerwehr war auch die der Gewehrfabrik tätig. Um 11 Uhr war der Brand gelöscht. Der ganze Dachstuhl ist niedergebrannt. An den Aufräumungsarbeiten, die bis gegen Morgen dauerten, war das Militär ebenfalls beteiligt.

Eine Giftmischerin zum Tode verurteilt.

Graudenz, 25. Februar. Nach viertägiger Verhandlung wurde gestern die Besitzerswitwe Karoline Kiever vom Schwurgericht wegen Ermordung ihres dritten Ehemannes zum Tode verurteilt.

Sechs Menschen verbrannt.

Stuttgart, 25. Februar. In der vergangenen Nacht brannte in dem Hohenzollernschen Dorfe Fischingen eine Mühle nieder, wobei der Müller Linsenmann, seine Frau und vier Kinder verbrannten, während zwei Söhne gerettet wurden. Ein Knecht brach beide Füße.

Grubenunfall in Böhmen.

Aussig, 25. Februar. Auf dem Austriaschacht stürzte ein großer Abbau ein. Ein Häuer wurde getötet, mehrere andere sind verletzt.

Dresdner Polizeibericht vom 26. Februar.

Am 19. Februar hat eine unbekannte Frau, etwa 35 Jahre alt, übermittelgroß, schlanke Figur, hageres Gesicht, schwarze Haare, bekleidet mit schwarzem Rock, schwarzem halblangen Winterjackett, schwarzer Pelzboa und schwarzem Hut, bei einer hiesigen Familie ein etwa ein halbes Jahr altes Kind — Mädchen — in Pflege gegeben. Die Unbekannte hat am nächsten Tage wiederkommen und die Geburtsurkunde des Kindes bringen wollen, hat sich aber nicht wieder sehen lassen. Das Kind ist kräftig entwickelt, hat volles, rundes Gesicht. Die Unbekannte hat angegeben, sie komme aus Pirna, ihr Ehemann arbeite dort in einem Steinbruche, sie wolle sich hier Arbeit suchen. Sachdienliche Mitteilungen erbittet die Kriminal-Abteilung.

In der Nähe des Trachauer Wasserwerks wurde gestern ein unbekannter, etwa 30 Jahre alter Erschossener aufgefunden und behördlich aufgehoben. Es liegt Selbstmord vor. Er ist 1,70 Meter groß, hat blonde Haare, ebensolchen Schnurrbart, und war bekleidet u. a. mit graugrünem, gestreiftem Jackettanzug, schwarzem Sommerüberzieher, schwarzem, steifem Hut, Schnürstiefeln, weißem Stehkragen und Vorhemdchen und graugrüner Krawatte mit roten Streifen. Sein Taschentuch und sein Hut sind mit A. W. gezeichnet. Nachrichten über den Unbekannten werden an die Königl. Polizeidirektion erbeten, bei der eine Photographie von ihm zur Ansicht im Zimmer 75 ausliegt.

Prognose der sächsischen Landeswetterwarte
für den 27. Februar:
Südwestwind, wechselnde Bewölkung, wärmer, trocken.

Letzte Telegramme.

Eine Menschenjagd.

Fulda, 26. Februar. Zu einem Kesseltreiben gegen die des Mordes und Mordversuchs verdächtigen Zigeuner Ebender und Reinhardt sind vorgestern 50 Mann des Marburger Jägerbataillons hier eingetroffen. Außerdem sollen zwei Kompagnien des 116. Infanterieregiments in Gießen und ein Gendarmeriekorps von 50 Mann sich an der Streife beteiligen.

Zugzusammenstoß.

Schwerin, 26. Februar. Gestern abend 8 Uhr 20 Min. fuhr auf dem Bahnhofe Benzow der Güterzug 6211, von Kleinen kommend, auf den Güterzug 6002, der, von Güstrow gekommen, auf dem Bahnhofe hielt. Der Stationsbeamte hatte versehentlich die Einfahrt in das Gleis freigegeben, auf dem der Zug 6002 hielt. Der Zugführer Kuhlmann aus Schwerin, vom Zuge 6211, hat schwere Bein- und Rippenbrüche davongetragen. Die Lokomotive des Zuges 6002 ist defekt. Außerdem sind acht Güterwagen von beiden Zügen stark beschädigt worden. Der Verkehr wird durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Zur englischen Bergarbeiterbewegung.

London, 26. Februar. Die Konferenz der Bergarbeiter, die morgen in London zusammentritt, wird entweder in corpore oder durch eine Kommission direkt mit dem Premierminister in Verbindung treten. Man erwartet, daß ein Teil der Bergarbeiter in Derbyshire bereits heute in den Ausstand treten wird. In verschiedenen Bezirken laufen die Kündigungstermine morgen oder am Mittwoch ab. Im großen und ganzen werden die Leute aber bis Donnerstag bei der Arbeit bleiben, so daß der allgemeine Ausstand am Freitag beginnen wird. In Aldershot stehen 16 000 Mann Kavallerie und Infanterie bereit, binnen weniger Stunden zur Unterdrückung etwaiger Unruhen auszurücken.

Die italienische Flotte.

Paris, 26. Februar. Der Matin, der Beziehungen zu italienischen Kreisen unterhält, will wissen, daß die italienische Regierung nicht die Absicht habe, die türkischen Häfen zu bombardieren oder Gebiete in Kleinasien und Inseln im Aegäischen Meere zu besetzen. Die Aktion Italiens werde sich darauf beschränken, alle türkischen Kriegsschiffe zu zerstören, die seine Flotte im Aegäischen Meere finde.

Die Wirren in Mexiko.

Newyork, 26. Februar. Nach einem Telegramm aus Mexiko hat Präsident Madero auf einen Appell des Generals Gomez geantwortet, er lehne es ab, zurückzutreten und müsse dem General Gomez die Verantwortung für die Insurrektion zuschieben. Er wirft dem General Gomez vor, sich durch eine ausländische Flagge zu decken. Der General Geronimo Trevino, den ein gestriges Manifest zum Präsidenten von Mexiko proklamiert, leugnet jede Verbindung mit den Rebellen ab. Er betont seine Loyalität gegen den Präsidenten Madero. Ein Telegramm aus El Paso in Texas meldet, daß 1000 Rebellen 14 Meilen von Juarez stehen, und daß man jeden Augenblick den Vormarsch auf die Stadt erwartet. Man glaubt nicht, daß die Garnison von Juarez, die nur aus 1000 Mann besteht, Widerstand leisten werde.

Z.-C. Dienstag den 27. Februar abends 7 Uhr Sitzung im Volkshaus.

Das heutige Blatt umfaßt 12 Seiten.

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120226/3
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Bezirk Kötzschenbroda

Mittwoch den 28. Februar 1912, abends 8½ Uhr

Mitglieder-Versammlung

im **Goldenen Anker** in **Kötzschenbroda.**

Tages-Ordnung:

Vortrag des Landtagsabg. **F. Linke,** Neugersdorf, über:

Was lehren uns die Reichstagswahlen?

Maifeier. Berichte. Agitation. Vereinsangelegenheiten.

Zahlreicher Besuch wird dringend gewünscht.

Die Bezirksleitung.

Sozialdemokr. Verein für den 6. Kreis

Geschäftsstelle: Deuben, Gittersee, ... gegenüber dem „Goldenen Stern". | Geschäftszeit: Wochentags v. 8–1 Uhr und 3–6 Uhr. Montags bis 7 Uhr. Telephon: Amt Deuben Nr. 774.

Bezirk Bannewitz, Welschhufe u. U.

Mittwoch den 28. Februar, abends 9 Uhr, in Voigts Restaurant in Welschhufe **Mitglieder-Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. **Vortrag** des Landtagsabgeordneten Genossen **Otto Uhlig** über: **Kultur und Arbeit.** 2. Bericht aus der Kreisvorstandssitzung. 3. Allgemeines.

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen. **Die Verwaltung.**

Blinden-Konzert

Freitag den 1. März, abends 8½ Uhr, im Saal des **Döhlener Hofes** ausgeführt vom

blinden Tonkünstler **Arno Heydrich,** Dresden

unter gütiger Mitwirkung von Frl. **Eva Lassen,** Gesang.

Um zahlreiche Unterstützung des wohltätigen Unternehmens wird gebeten.

Varieté Musenhalle

Nur noch bis 29. Februar

Im Wonnemonat Mai! Singspiel mit Ausstattung.

Der Zauberkünstler. Urkomische Posse.

Und der vorzügliche Solistenteil.

Freitag den 1. März: Neue Truppe.

Konsum-Verein Vorwärts

empfiehlt:

Zucker, gem., aus den besten Raffinerien,	Pfd.	29 Pf.
Brotzucker	Pfd.	29 Pf.
Lompenzucker	Pfd.	29 Pf.
Würfelzucker, Spar-, Normal- u. Kristall- aus der Raffinerie Klettendorf	Pfd.	31 Pf.
Kandis, weiss	Pfd.	40 Pf.
Farinzucker	Pfd.	27 Pf.

Infolge fortgesetzter Preissteigerung machen wir unsere Mitglieder darauf aufmerksam, dass obige Preise nur noch bis Ende Februar gelten.

Ab 4. März sind wir gezwungen, ebenfalls eine Preiserhöhung eintreten zu lassen.

Ca. 15 Millionen Mark Umsatz. 41 800 Mitglieder.

Im letzten Geschäftsjahre wurden

8 Prozent Rückvergütung gewährt.

Möbel

in echt und imitiert bezieht man jetzt **direkt** aus **Wilsdruff** vom **Genossen Hildebrand.** Eigene Tapeziererwerkstätten.

Soziald. Verein Dresden-Altstadt

Mittwoch den 28. Februar 1912

22. Stiftungsfest

in den **Blumensälen,** Blumenstrasse Nr. 48

und im **Kristallpalast,** Schäferstrasse Nr. 45.

Darbietungen:

Instrumental- u. Vokalkonzert, Festrede u. Ball.

Anfang abends 8 Uhr. – Ende früh 2 Uhr.

Karten à **10 Pf.** haben sämtliche Bezirkskassierer. – Zahlreichen Besuch der Mitglieder und deren Angehörigen wünscht **Der Vorstand.**

Sohlenleder, Ausschnitt

Schuhmacher-Werkzeuge u. Bedarfsartikel

Leisten, größte Auswahl, neueste Formen, **Gummi-Absätze, Gummikitt** und **Lederkitt.**

Rudolf Kobitzsch, Gr. Zwingerstr. 17, gegenüb. Volksztg.

Das Geheimnis

der Herstellung echter Thorner Katharinchen bildet den grössten Schatz der Firma. Weeses Katharinchen werden in weit über 10 Millionen Stück jährlich fabriciert. Sie erfreuen sich allgemeiner Beliebtheit wegen der wohltätigen Wirkung auf die Verdauungsorgane. Man achte beim Einkauf auf den Namen **Weese** Königl. Hoflieferant

Erhältlich in Konditoreien, Konfitüren- und Delicatessgeschäften

---

Fahrräder

Mars-, Triumph-, Panzer- sowie die weltberühmten **„Opel"-Räder**

Dampfmaschinen, Modelle, Kinder- u. Puppenwagen, Plättglocken, Wringmaschinen zu soliden Preisen. – **Reelle Garantie.** – **Reparaturen.** – **Abzahlung.**

Otto Kunze, Mechaniker, Kreischa.

Herren- und Knaben-Garderoben-Kaufhaus

Seestraße 13, 1. Etg.

Inh.: **Karl Kreidl**

Spezial-Geschäft für nur **moderne Herren- u. Knaben-Garderobe**

in jeder Preislage **neu getragen Fracks, Gehrock-Anzüge, Smokings, Zylinder, Klapphüte** werden billigst verliehen.

Alte Feder-Betten kauft stets Federreinigung, Amalienstraße 12.

Schönes tadelloses Sofa für 18 M. zu verk. Freibergerstr. 10, p.

Tüchtiger Gürtler

auf Beleuchtungskörper u. Kunstgewerbe auf sofort nach Bremen gesucht.

Offerten mit Zeugnisabschr. unt. **P. 7047** an **Wilh. Scheller,** Annoncen-Expedition, Bremen.

Tüchtige Blumenarbeiterinnen

werden gesucht

Gebr. Keferstein

Polierstraße 17.

Perfekte

Zigaretten-Hülsen-Kleberin

auf sofort nach Kassel gesucht. Fahrt wird vergütet. Angebote unter **L. 315** an **Haasenstein u. Vogler A.-G., Kassel.**

Ostermädchen zur Erlernung der Blumenfabrikation

werden gesucht

Gebr. Keferstein

Polierstraße 17.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres innigstgeliebten **Walter** sagen wir allen Verwandten, Nachbarn und Bekannten für die herzliche Teilnahme und den Blumenschmuck sowie Herrn Pastor Köhler für seine trostreichen Worte am Grabe unseren herzlichsten Dank. **Familie Bock, Hellerau.**

Gebrauchte Matratze für 8 M., 1 Bettstelle mit Matratze, fast neu, für 25 M. zu verkaufen **Lorenz, Luisenstraße 2.**

Frauen

gebrauchen bei Störungen **Perioden-Pulver** Schachtel à 2.50 M. **Prospekte gratis. Frau Hennig, Am See 24**

Intelligente Arbeiter

Werkmeister und Beamte sichern sich lohnenden Nebenerwerb durch Uebernahme der Agentur einer altangesehenen Feuerversicherungs-Gesellschaft. Offerten erb. unter **N. P. 100** an die Exp. d. Bl.

Deutscher Buchbinder-Verband

Zahlstelle Dresden.

Dienstag d. 27. Febr., abds. 8 Uhr, in **Adams Restaur.,** Raußbachstr. 18

Versammlung

der in **Buch-, Stein- und Lichtdruckereien beschäft. Kollegen und Kolleginnen.**

Aeußerst wichtige Tagesordnung. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen erwartet **Die Branchen-Kommission.**

Naturheilverein im Plauenschen Grunde (E. V.)

Sonnab. d. 2. März, abds. 8½ Uhr, im **Gasthof zum „Sächsischen Wolf"**

Vortrag

(nur für Frauen u. Mädchen) von Frau Heilkundige Scholz, Meiningen, über:

„Der natürliche Beruf des Weibes als Gattin, Mutter und Familienarzt."

Für Gäste 25 Pf. Eintritt.

Turnverein Vorwärts Radeberg.

Donnerstag d. 29. Febr., abds. 7 Uhr

Versammlung

im **Gasthof zum Roß.**

Zahlr. Erscheinen erw. **Der Turnrat.**

Kokos-Flocken

Selbmanns Filialen

Bessere Herrenschlafstelle zu vermieten **Rosenstr. 54, II.**

---

6. Wahlkreis. Bezirk Schmiedeberg.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Kaufmann, frühere Porzellanmaler

Karl Büttner

am Sonnabend nachmittag 4½ Uhr im Karolahaus gestorben ist. Trotzdem der Keim einer tückischen Krankheit seit Jahren an seinen Kräften nagte, hat er bis zur letzten Stunde treue Dienste für die Partei geleistet. **Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!** Die Einäscherung erfolgt Mittwoch vormittag 11½ Uhr im Krematorium Tolkewitz. **Die Verwaltung.**

Zentralverein Schmiedeberg u. U. (E. V.)

Den Vereinsgenossen zur Kenntnis, daß unser Mitglied

Karl Büttner, Kaufmann

am 24. Februar verstorben ist.

Die Einäscherung erfolgt Mittwoch den 28. Februar, vormittags ½12 Uhr im Krematorium zu Tolkewitz.

Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht. **Der Vorstand.**

Arbeiter-Radfahrer-Verein Schmiedeberg und Umg.

Unsern Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Bundesgenosse

Karl Büttner

am 24. Februar, nachmittags ¾5 Uhr, im Karolahause, Dresden verschieden ist. – Die Einäscherung findet Mittwoch ½12 Uhr im Tolkewitzer Krematorium statt. **Der Vorstand.**

Zentralverband deutscher Freidenker. Gruppe Schmiedeberg.

Hierdurch unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß der Vorstand und Gründer unserer Ortsgruppe, Herr **Karl Traugott Büttner,** nach langem Leiden im Alter von 87 Jahren verstorben ist. – Wir verlieren in ihm einen treuen und aufrichtigen Kämpfer und rufen ihm ein „Habe Dank!" nach.

Die Einäscherung findet Mittwoch vormittag 11½ Uhr im Krematorium zu Tolkewitz statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Die Verwaltung.**

Sonnabend den 24. Februar, nachmittags 4½ Uhr, verschied nach langem schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Herr **Karl Traugott Büttner**

im 87. Lebensjahre. Dies zeigt tiefbetrübt an **Emilie verw. Büttner geb. Andreas,** zugleich im Namen der Hinterbliebenen.

Die Einäscherung findet Mittwoch vormittag 11½ Uhr im Krematorium zu Tolkewitz statt. Blumenschmuck wird dankend abgelehnt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und den überaus reichen Blumenschmuck beim Heimgange unseres lieben unvergeßlichen Sohnes und Bruders, des Schlossers und Fischzüchters

Alfred Helmert

sagen wir allen lieben Freunden und Bekannten hierdurch unsern tiefgefühlten Dank. Dank auch Herrn Pastor Wend für die überaus trostreichen Worte am Grabe.

Die tiefgebeugten Eltern und Geschwister.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Karl Imwolde, Dresden.
Verantwortlich für den Inseratenteil: Reinhold Eichler, Dresden.
Druck und Verlag: Kaden & Komp., Dresden.

Kathreiners Malzkaffee.
Seit über 20 Jahren bewährt.

Der Gehalt macht's!

Beilage der Dresdner Volkszeitung.

Nr. 47. | Dresden, Montag den 26. Februar 1912. | 23. Jahrgang.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Schullasten der Gemeinden.

II.

Noch weit überzeugender tritt aber die ebenso ungerechte wie unerträgliche Belastung der armen Gemeinden zutage, wenn wir die Schulanlagen mit dem Staatssteuersoll vergleichen. Letzteren kann man als Maßstab für die Leistungsfähigkeit der Gemeinden gelten lassen, denn die Staatssteuern werden in allen Gemeinden nach den gleichen Grundsätzen erhoben. Hat daher eine Gemeinde einen verhältnismäßig hohen Staatssteuerertrag, ist sie eine reiche, im gegenteiligen Falle eine bedürftige Gemeinde. Der Grad der Belastung mit Schulanlagen im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit muß zum Ausdruck kommen, wenn das prozentuale Verhältnis der Schulanlagen zu den Gemeindesteuern festgestellt wird. Wir finden da äußerst auffällige Unterschiede.

Da sind im Inspektionsbezirk Dresden-Neustadt die Villenkolonien Niederlößnitz und Oberlößnitz. Bei ersterem Orte betragen die Schulanlagen 17 Prozent des Staatssteuerertrages, bei letzterem nur 14. Wachwitz hat 18 Prozent, Weißer Hirsch 21 und Blasewitz ebenfalls nur 14 Prozent. Dagegen Reichenberg 132, Ullersdorf 148 und Wilschdorf 141 Prozent. Die Ergebnisse aus dem Bezirk Zwickau sind deshalb besonders bemerkenswert, weil sie eine starke Ueberlastung der Arbeiterdörfer veranschaulichen. Während hier Wiesenburg bei einem Vergleich zwischen Schulanlagen und Staatssteuersoll nur eine Belastung von 28 Prozent und Kirchberg eine solche von 27 Prozent erzielt, erreicht Friedrichsgrün 111 Prozent, Vielau 130 und Niederhaßlau 167 Prozent. Noch schroffer sind die Unterschiede im Kamenzer Bezirk, wo die Gemeinde Panschwitz nur mit 6 Prozent des Staatssteuersolls mit Schulanlagen belastet ist, während Schönbach 205 Prozent erreicht. Im Verhältnis zur Leistungsfähigkeit müssen die Einwohner von Schönbach ungefähr 35mal mehr Schullasten tragen wie die in Panschwitz.

Mehrere Hundert Beispiele ließen sich aus der Regierungsstatistik noch anführen, die alle illustrieren würden, daß die Belastung der einzelnen Gemeinden durch den Schulaufwand ebenso ungleich wie ungerecht ist und besonders in ärmeren Gemeinden unhaltbare Zustände bestehen, die geradezu gemeingefährlich für die Entwicklung der Volksschulen werden. Für solche Gemeinden bedeutete eine Volksschulreform ohne Gewährung ausreichender Staatsbeihilfen nur neue drückende Lasten, eine Steigerung des schon unerträglichen Druckes. Die neuen Vorschriften über die Klassenfrequenz, so ungenügend sie sind, müssen in armen Orten auf dem Papiere bleiben, weil die Mittel nicht beschafft werden können, um neue Klassen zu bilden, neue Lehrer anzustellen. Völlig unzulänglich sind die Schulverhältnisse in den meisten armen Gemeinden, denn diese brechen unter den Schullasten bald zusammen. Das veranschaulicht die Statistik der Regierung aufs neue. Sie besagt unter anderem, daß es viele Gemeinden gibt, wo für Schulen 1½- und 2mal soviel für die Volksschulen allein aufgebracht werden muß, als Staatssteuern erhoben werden, während andrerseits reiche Gemeinden nur den 5., 8., 10. oder, wie in Panschwitz, gar nur den 16. Teil der Staatssteuern an Schulanlagen haben. Und dabei haben die reichen Gemeinden zumeist besser ausgestattete, die armen aber nur die einfachen Volksschulen.

Daß hier ein Ausgleich dringend nötig ist, hat die Regierungsstatistik aufs neue dargetan. Durch das heutige System der Staatsunterstützungen wird das aber nicht erreicht. Das bestätigen auch die Angaben in den neuen Tabellen. Sie zeigen, daß zum großen Teil auch minderbelastete Gemeinden verhältnismäßig hohe, dagegen hochbelastete Gemeinden sehr niedrige und daher völlig unzulängliche Staatszuschüsse erhalten. So beträgt in der Gemeinde Planitz bei Zwickau die Staatsbeihilfe zur Volksschule 35 Prozent der Schulanlagen, in der Gemeinde Schönau desselben Bezirks aber 87 Prozent; in der ersteren Gemeinde aber betragen die Schulanlagen 134 Prozent des Staatssteuerertrages, in Schönau aber nur 25 Prozent. Es erhält also hier die bessergestellte Gemeinde verhältnismäßig weit mehr Staatszuschuß als die überlastete. Krassere Unterschiede finden sich noch im Inspektionsbezirke Borna. Da erhält die Gemeinde Hohendorf, bei der die Schulanlagen nur 15 Prozent der Staatssteuern betragen, nicht weniger als 238 Prozent Staatszuschuß, Wickershain bei 14 Prozent Belastung 181 Prozent Staatszuschuß. Zöpen hat 12 Prozent Belastung und 250 Prozent Staatszuschuß. Mölbis 16 Prozent Belastung und 224 Prozent Staatszuschuß. Pödelwitz 12 Prozent Belastung und sogar 274 Prozent Staatszuschuß. Dagegen betragen in Frohburg die Schulanlagen 93 Prozent der Staatssteuern, der Staatszuschuß aber nur 34 Prozent der ersteren; noch ungünstiger ist Geberbach im Bezirk Döbeln bestellt. Es erhält bei 135 Prozent Belastung nur 34 Prozent Staatszuschuß. Aehnlich ist es in Leutewitz bei Dresden, wo die Belastung 101 Prozent, der Staatszuschuß nur 40 Prozent der Schulanlagen beträgt. Aehnlich stiefmütterlich sind noch folgende Gemeinden behandelt worden: Mockritz bei Dresden 105 Prozent Belastung und 34 Prozent Staatszuschuß, Obergorbitz 112 Prozent Belastung und 40 Prozent Staatszuschuß, Hermsdorf bei Dresden 112 Prozent Belastung und 34 Prozent Staatszuschuß, Ullersdorf 148 Prozent Belastung und 33 Prozent Staatszuschuß.

So ließ sich noch eine Menge Beispiele dafür aus den amtlichen Angaben beibringen, die alle beweisen, daß häufig reiche Gemeinden hohe, arme aber niedrige Staatszuschüsse bekommen und so gleichzeitig veranschaulichen, daß die heutigen Staatszuschüsse, ganz abgesehen davon, daß sie völlig unzulänglich sind, auch absolut nicht geeignet erscheinen, einen Ausgleich der unerhört schroffen Verschiedenheiten bei den Schullasten herbeizuführen.

Zu diesem Ziele kann man nur gelangen, wenn man die Wege geht, die die sozialdemokratische Fraktion im vorigen Landtage durch den Antrag Lange-Nitzsche gewiesen hat, oder die Schullasten ganz auf den Staat übernimmt. Der erwähnte Antrag forderte, die Gemeinden sollten nur einen Betrag für ihre Schulen leisten, der 25 Prozent ihres Staatseinkommensteuersolls entspricht, alles übrige aber der Staat decken. Dadurch wäre ein völliger Ausgleich bei den Schullasten der Gemeinden erreicht worden. Jede hätte ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend so viel für ihre Schulen zahlen müssen wie die andere. Andrerseits hätten die armen Gemeinden weit mehr Staatszuschuß erhalten als bisher, während die reichen ungefähr dieselbe Staatsbeihilfe bekommen hätten und nur bei wenigen der allerreichsten wäre eine Kürzung eingetreten. Leider wird im neuen Volksschulgesetz nicht einmal ein Versuch gemacht, die doch so brennende Frage des Schulaufwands, der Ueberlastung der armen Gemeinden zu regeln. Um so nachdrücklicher muß von sozialdemokratischer Seite auf Beseitigung dieses schreienden Mißstandes im Interesse der Schule und der ärmeren Gemeinden hingewirkt werden.

Bürgermeisterbeleidigung.

Auf Antrag des Chemnitzer Rates war der Genosse Hermann Müller als Verantwortlicher der Chemnitzer Volksstimme wieder einmal unter Anklage gestellt. Gegenwärtig verbüßt er schon einen Monat Gefängnis. Der Anklage dienten zwei Artikel der Volksstimme vom 8. und 9. Dezember als Unterlage. Darin wurde der Bürgermeister Dr. Hübschmann deshalb scharf angegriffen, weil er in der Generaldebatte über den städtischen Etat nach der Rede des Stadtverordneten Genossen Noske die Behauptung aufgestellt hatte, daß die Gewerkschaften die Arbeiter unerhört frivol in Streiks hineinhetzten, und weiter, wenn die Sozialdemokratie in Chemnitz eine Mehrheit im Stadtverordnetenkollegium bekäme, so würde hier genau dieselbe Mißwirtschaft einreißen wie in Offenbach oder Mühlhausen. Diese Behauptungen hatte der Bürgermeister in der Hauptsache dem Buche des Reichsverbändlers Dr. Ludwig über: Sozialdemokratie und Kommunalverwaltung wörtlich entnommen, das im Teutonia-Verlag erschienen und dessen Inhalt schon längst vor der Benutzung durch den Bürgermeister als unwahr nachgewiesen worden ist. Die beiden Artikel wurden zum Vortrage gebracht und vom Vorsitzenden die Stellen besonders hervorgehoben, die Beleidigungen des Rates und besonders des Bürgermeisters enthalten sollten. Der Vorsitzende hatte auch das Buch von Dr. Ludwig vor sich liegen, das Dr. Hübschmann zu seinen unqualifizierbaren Behauptungen im Stadtverordnetensaale benutzt hatte. Der Angeklagte, Genosse Müller, bemerkte u. a.: Noch niemals hätten Gewerkschaften Arbeiter in einen Streik gehetzt. Die Ausführungen Hübschmanns über die Unfruchtbarkeit und Schädlichkeit der Sozialdemokratie und über die Mißwirtschaft der Sozialdemokratie in Offenbach seien längst als total falsch widerlegt. Ausdrücke in den Artikeln, wie „dreiste Unwahrheit", „boshafte Dummköpfe" und „ungezogenes Benehmen" seien ganz allgemein und keineswegs auf den Rat oder auf Dr. Hübschmann angewendet.

Der Vorsitzende bemerkte, daß ein Wahrheitsbeweis nicht zulässig ist, da die Anklage nur auf formale Beleidigung laute. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wolfgang Heine-Berlin, betonte die Notwendigkeit, über die Vorgänge in Offenbach den Reichstagsabgeordneten und Stadtverordneten Ulrich zu laden, da ohne Beweiserhebung die Wahrheit nicht festgestellt werden könne. Das Gericht lehnte aber ab, weitere Zeugen zu vernehmen, nachdem es den Bürgermeister Dr. Hübschmann als Zeugen vernommen hatte. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung zu einer Gefängnisstrafe, da der Artikelschreiber den Bürgermeister mit Schmähungen und Beschimpfungen zum Teil gröblichster Art beworfen, weil dieser vom Rechte der freien Rede Gebrauch gemacht und gutgläubig aus einem Buche vorgelesen habe. Der Verteidiger beleuchtete die Art und Weise der Polemik, die Dr. Hübschmann als Leiter der sozialpolitischen Abteilung einer Arbeiterstadt wie Chemnitz für gut befunden hat. Er selbst habe schwere Vorwürfe dem Abgeordneten Noske nach seiner Rede im Stadtverordnetenkollegium gemacht, in denen unerhörte Beleidigungen enthalten waren. Da hätte eigentlich Noske auch klagen müssen. Dr. Hübschmann läuft aber sühneheischend zum Gericht, als ihm scharf aber berechtigt in der Zeitung entgegnet wird. Auch der Wunsch des Artikels, daß der Rat künftig andere Leute mit der Behandlung sozialer Fragen in der Stadtverordnetenversammlung betrauen möge als Herrn Dr. Hübschmann, sei vollauf berechtigt. Wenn Dr. Hübschmann sich die Ansicht der Reichsverbandsschrift zu eigen mache, daß Dr. Dullo-Offenbach sozialdemokratischer Oberbürgermeister sei, weil ihn die Sozialdemokraten mit gewählt, so sei auch Dr. Hübschmann solch ein Bürgermeister, denn auch er verdanke sein Amt mit Sozialdemokraten. Heine beantragte Freisprechung des Angeklagten, eventuell sei eine geringe Geldstrafe eine genügende Sühne. Das Gericht erkannte auf die hohe Strafe von 4 Monaten Gefängnis und sprach dem Rate das Recht der Publikation im Amtsblatt und in der Volksstimme zu. Der Schutz des § 193 wurde nicht gewährt.

Die Schuldirektoren und die Volksschulreform.

Im Gegensatz zu den Lehrern ist der Verein sächsischer Schuldirektoren mit der Regierungsvorlage zufrieden. In der in Dresden abgehaltenen Obmännerversammlung erklärten die Herren, daß der Entwurf der Regierung als eine „dankenswerte und sehr geeignete, die Entwicklung des sächsischen Volksschulwesens fördernde Gesetzesvorlage" anzusehen ist. Dieser Standpunkt der Direktoren nimmt nicht wunder, ist doch ein großer Teil der Direktoren der Meinung, daß überhaupt nichts geändert zu werden braucht.

Sächsischer Gemeindetag.

Am Freitag und Sonnabend tagten im städtischen Kaufhause zu Leipzig die Vertreter der sächsischen Gemeinden, um über die finanziellen Wirkungen des Volksschulgesetzes auf die Gemeinden und das neue Gemeindesteuergesetz zu beraten.

Bei der Beratung über das Volksschulgesetz sollten, wie der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Dittrich in Leipzig, erklärte, alle pädagogischen, sozialen und organisatorischen Fragen völlig ausgeschieden und nur die finanziellen Wirkungen der Volksschulreform erörtert werden. Demgemäß waren die Referenten denn auch bemüht, eine Menge Zahlen aufmarschieren zu lassen. Ganz überflüssiger- und unberechtigterweise wurde auch eine Berechnung auf Grund der Vorschläge des Sächsischen Lehrervereins, die mit dem Regierungsentwurf nicht das geringste zu tun hat, an die Spitze gestellt. Nicht mit Unrecht konnte der Stadtverordnete Genosse Nitzsche aus Dresden später in der Diskussion erklären, daß diese eigentümliche Art der Berichterstattung den Anschein erwecke, als ob der Schulreform besondere Hindernisse in den Weg gewälzt werden sollten.

Der erste Berichterstatter, Stadtrat Dr. Matthes-Dresden, der nur über die größeren Städte mit mehr als 30000 Einwohnern zu berichten hatte, begann gleich damit, daß er sich gegen die Grundforderungen des sächsischen Lehrervereins wandte, mit deren Umsetzung in die Praxis auch in sehr ferner Zeit nicht gerechnet werden könne. Nach seiner Berechnung würden, wenn den Wünschen der Lehrerschaft Rechnung getragen würde, die größeren Städte mit 28 Millionen Mark belastet werden ohne die Gehaltserhöhung, durch die sich die Mehrbelastung auf 33 600 000 Mark erhöhen würde. Erst dann ging er auf die Wirkungen der Regierungsvorlage ein, Zahlen auf Zahlen türmend. Es sollte damit bewiesen werden, daß die Erhebung der einfachen Volksschule zur mittleren, die Verminderung der Schülerzahl der Klassen, die obligatorische Einführung des Fortbildungsschulunterrichts für Mädchen, die Erweiterung der Bestimmungen über die Lehrerwohnungen die Gemeinden belasten. Auf die Erhebung des Schulgeldes glaubte der Redner nicht verzichten zu können, obwohl er selbst zugab, daß das Schulgeld als eine Kopfsteuer wirke. Als ganz unhaltbar bezeichnete er die Bestimmung, die es in das Ermessen der Gemeinden stellt, ein Schulgeld zu erheben oder nicht. Er meinte, das führe nur zu Kämpfen in den Gemeinden, denn einige Gemeinden würden das Schulgeld aufheben, und dann würde anderen, die das nicht tun, der Vorwurf der Rückständigkeit gemacht werden.

In derselben Richtung bewegten sich die Ausführungen des nächsten Referenten, des Bürgermeisters Freyer aus Mittweida. Dieser bejahte zwar die Frage, ob die 134 kleinen Städte mit rund 30000 Einwohnern die Lasten des Regierungsentwurfs tragen können, bezeichnete aber alles, was darüber hinausgeht, als völlig unerreichbar. Höhere Lasten für die Schule aufzubringen könne den Steuerzahlern nicht zugemutet werden. Schließlich empfahl er noch, dem Landtage die Anregung zu geben, für die Lehrer nicht Minimal- sondern Maximalgehälter festzusetzen, damit ein besseres Verhältnis herbeigeführt werde und die gegenseitige „Schraubrerei" in den Gemeinden aufhöre.

Etwas mehr trug der dritte Referent, Gemeindevorstand Rudelt aus Deuben, den Verhältnissen Rechnung, der zu ziffernmäßig sehr beachtenswerten Resultaten kam, ohne freilich die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Von den 2100 Landgemeinden hat er nur bei einem Teil angefragt, wobei er verschiedene Gruppen nach der Leistungsfähigkeit gebildet hat. Er unterscheidet zwischen den reichen Villenorten, Industriegemeinden, Gemeinden mit normalen Verhältnissen (Industrie, Arbeiterwohnungen und Landwirtschaft), Arbeiterwohngemeinden ohne Industrie und rein landwirtschaftlichen Gemeinden. Seine Zahlen bringen den Beweis, daß gerade die reichsten Gemeinden das allerwenigste für die Volksschule tun, während die Arbeitergemeinden von den Schullasten förmlich erdrückt werden.

Noch weniger gelte das von reichen Villenorten und anderen wohlhabenden Gemeinden, wie Oberlößnitz und Blasewitz, wo die Schulanlagen nur 14 Proz. des Staatssteuerertrags ausmachten. Dagegen hätten die Arbeiterwohngemeinden Schullasten zu tragen, die mehr als zehnfach so drückend seien. Angesichts solcher Verschiedenheiten sei es völlig falsch, wenn die Leitsätze ganz allgemein eine Belastung bis zum äußersten für alle Gemeinden behaupteten. Das gelte nur für die ärmeren. Es sei überhaupt eine Halbheit, lediglich von einer Belastung der Gemeinden zu sprechen; dringend erforderlich sei es, die Notwendigkeit großer Staatszuschüsse für die Schulgemeinden zu betonen, namentlich für die armen Gemeinden. Ein Gemeindetag, der doch wohl auch der Ansicht sei, daß die Gemeindeschule erhalten bleiben solle, dürfe sich nicht darauf beschränken, lediglich Lamentationen wegen der größeren Lasten anzustimmen. Er müsse betonen, daß er den Ausbau der Schulen fördern wolle, zugleich aber auch die Wege weisen, wie das unter finanzieller Mitwirkung des Staates für alle Gemeinden erreichbar sei.

Stadtverordneter Beck-Dresden kritisierte die Referate der drei Hauptredner dahin, daß sie sich fast lediglich an den Geldstandpunkt gehalten hätten; die Lehrerforderungen müßten aber in erster Linie von der idealen Seite gewürdigt werden. Die Mehrbelastungen der Gemeinden seien übrigens nicht so erheblich, wie die Referenten dies behauptet hätten; die Mehrbelastung von 9 Proz. sei unbedingt nicht das Aeußerste, was die Gemeinden leisten könnten.

Stadtverordneter Schierlandt-Chemnitz vertrat ebenfalls die Forderungen der Lehrerschaft und widersprach den Referenten in verschiedenen Punkten, meist Chemnitzer Fragen behandelnd. — Nachdem sich noch Gemeindevorstand Fischer-Röhrsdorf gegen die Lehrerforderungen gewendet hatte und von den Referenten einiges entgegnet worden war, schloß man die erste Sitzung.

Das Ergebnis der drei Berichte war der gemeinsam vorgeschlagene Leitsatz:

Die finanziellen Wirkungen des Sächsischen Volksschulgesetzentwurfes auf die sächsischen Gemeinden sind derart, daß sie sämtliche Städte und fast alle Landgemeinden als das äußerste Maß dessen bezeichnen müssen, was sie bei Aufrechterhaltung des derzeitigen Ausbaues ihres Schulwesens an neuen Leistungen auf sich zu nehmen in der Lage sind, wenn sie außerdem noch ihre übrigen dem öffentlichen Wohl dienenden kommunalen Aufgaben erfüllen sollen.

In der Debatte war eine eingehende Behandlung der Volksschulfrage schon deshalb nicht möglich, weil die ganze Verhandlung auf die finanzielle Frage beschränkt worden war und auch nur 10 Minuten Redezeit zugelassen wurden.

Der erste Debatteredner, Stadtv. Nitzsche (Soz.) aus Dresden, bemängelte das Hereinziehen der nach den Debatten im Landtage überhaupt nicht in Betracht kommenden Lehrerforderungen in die Berechnungen. Es erwecke den Anschein, als ob man der Schulreform überhaupt Hindernisse bereiten wolle.

Es sei nicht richtig, wenn in den Leitsätzen gesagt werde, alle Städte und fast alle Landgemeinden würden bis zum äußersten Maße von dem Volksschulgesetz belastet. Vor allem sei zu beachten, daß die Belastung eine sehr verschiedene sei. In den großen Städten betrügen die Schulanlagen 50 bis 75 Proz. des Staatssteuersolls, dagegen gäbe es ärmere Gemeinden, die zu 120, 150, ja 200 Proz. und darüber mit Schulanlagen bedrückt seien. Wenn da schon von den großen Städten behauptet werden solle, sie würden bis zum

[illegible]

Zur zweiten Tage beschäftigte sich der Gemeindetag mit der

Gemeindesteuerreform.

[illegible]

Leitsätze

[illegible]

Kleine Nachrichten aus dem Lande. [illegible] ihre beiden noch unmündigen Kinder und erhängte sich dann selbst das Leben. [illegible]

Stadt-Chronik.

Um die Jugend!

Die immer mehr anwachsende proletarische Jugendbewegung hat den Neid und die Sorge aller staatserhaltenden Kreise in hohem Grade erweckt. So groß die Zahl ihrer Feinde und Bekämpfer, so groß ist auch die Zahl der Freunde und Förderer, die den nichtorganisierten Jugendlichen erstehen, so daß sie sich ihrer kaum zu erwehren wissen. In neuester Zeit ist es die Armee, die sich unter dem Vorwande der körperlichen Tüchtigmachung um die Jugend bemüht. In Wirklichkeit will man sie nur mit militärischem und „vaterländischem" Geist erfüllen und findet kein Wort gegen die Ursache alles Uebels, die Ausbeutung der Jugendlichen durch den modernen Kapitalismus, die die körperliche Verkümmerung zur Folge hat.

Am Sonnabend hatte sich eine illustre Gesellschaft im Lindeschen Bade zusammengefunden. Das Generalkommando für das 1. sächsische Armeekorps hatte dazu eingeladen. (Uns natürlich nicht.) Es bezeichnete als Zweck der Veranstaltung in seinem Einladungsschreiben „das verständnisvolle Zusammenarbeiten der für die Jugendbewegung tätigen und interessierten Persönlichkeiten aus Zivilkreisen mit Vertretern des aktiven Offizier- und Unteroffizierkorps". . . . „Durch gemeinsames und zielbewußtes Zusammenwirken aller beteiligten Stellen soll die körperliche Leistungsfähigkeit und das patriotische Empfinden unserer männlichen, schulentwachsenen Jugend gehoben und damit zur Erstarkung der Wehrkraft unseres Volkes und zum Wohle des Vaterlandes beigetragen werden." — Um die in Bayern gemachten Erfahrungen auch für Sachsen nutzbar zu machen, hatte man ein Mitglied des bayrischen Wehrkraftvereins, Herrn Oberleutnant Giehrl-München, veranlaßt, in den Garnisonen Dresden, Leipzig und Chemnitz je einen Vortrag vor geladenem Publikum zu halten. In dem Einladungsschreiben hieß es auch: „Se. Majestät der König hat Allerhöchstsein Erscheinen zugesagt."

Und da waren sie denn auch gekommen, die Herren Offiziere, vom ältesten General bis zum jüngsten Leutnant, die Vertreter der Staats- und Stadtbehörden, der Schulen und der Kirchen. Der ganze Saal war voller Uniformen; auch zahlreiche Offiziere auswärtiger Garnisonen waren erschienen. An der Auffahrt von der Straße her bis zum Eingang in den Saal stand zu beiden Seiten eine Ehrenwache des Dresdner Jugendbundes in der bekannten Kakhi-Uniform. Eintrittsformulare für den Jugendbund und die Wehrkraftzeitung lagen aus. Die letztere zeigt in ihrem Inhalt, daß der Zweck der Uebung mehr die Ertüchtigung in Patriotismus und Monarchentreue, als in Körperlichkeit und Sittlichkeit ist. Endlich kommt der König mit seinem Gefolge. Das Gespräch der herumstehenden Gruppen verstummt. Tiefe Stille verbreitet sich. In der Mitte des Saales bildet sich ein breiter Gang durch die Uniformen. Die Spalierbildenden zu beiden Seiten des Saales verneigen sich, einmal, zweimal, auch dreimal, mehr oder weniger tief. Dann erst nimmt man allgemein Platz. Erst nun beginnt der Herr Oberleutnant mit der Verlesung seines Vortrags.

Der Jungdeutschlandbund habe im vorigen Jahre dem Kaiser in einem Telegramm die Absicht kundgegeben, den Offiziersstand der Jugend dienstbar zu machen. Dies habe der bayrische Wehrkraftverein verfolgt, er habe gute Erfolge zu verzeichnen. Die körperliche Erziehung der männlichen Jugend müsse gefördert werden, sei doch die Tauglichkeitsziffer der Städte erschreckend gering. Nach den im Jahre 1906 gemachten Ermittlungen stellen im Deutschen Reiche die kleineren Städte 3 bis 14, die Mittelstädte 17, die Großstädte 35 Prozent weniger militärtüchtige Leute, als ihnen nach ihrer Einwohnerzahl zukämen, München und Frankfurt a. M. erreichen nur nur die Hälfte, Berlin nur 37 Prozent ihres Solls. Als Arbeitsgebiet hat sich der Offizier in Bayern zunächst die Fortbildungsschule und später die höheren Schulen gewählt. Die Fortbildungsschule umfaßt in Deutschland gegenwärtig 4 bis 5 Millionen Jungen zwischen 14 und 18 Jahren. Zur Erreichung der Zwecke des Wehrkraftvereins dienen Wanderungen, Kriegs-, Bewegungs- und Pfadfinderspiele, Vorträge, Schwimmen. Jede politische Tätigkeit und jede Soldatenspielerei soll ausgeschlossen sein. (?) Schon Friedrich der Große habe gesagt, mit Soldatenspielereien allein erziehe man nur Barrikadenkämpfer. (?) Der Offizier bringe den Idealismus, mit dem die Armee im Frieden sich unermüdlich vorbereitet auf den Krieg. Damit könne er leicht und unmerklich den Geist seines Standes in die Jugend bringen. (!) In viele Kreise bewerben sich um die Jugendlichen, da dürfe die Armee nicht zurückstehen. Es fehle an einer großen, nationalen Jugendbewegung, wie sie zur Zeit der Freiheitskriege bestand, später aber erlahmte und durch die 48er Revolution ganz beseitigt wurde. Der 70er Krieg und die allgemeine Wehrpflicht hätten wieder günstige Ansätze gebracht. Die letzten zehn Jahre führten aber wieder auseinander. Die Schuld daran trage die fortschreitende Zivilisation, der wachsende Industrialismus und die wirtschaftliche Entwicklung, die auch die sittliche und körperliche Erziehung der Jugendlichen verschulde. Jetzt müsse mit aller Kraft daran gearbeitet werden, daß Armee und Jugend eins werden. Heute lese man nur noch von zu großen Rüstungen, von Abrüstung und allem anderen, was gegen die Armee angeführt werde, aber nichts mehr von den glorreichen Siegen 70 und 71 und von den Heldentaten unserer Krieger in Südwest. Selbst die gebildete Jugend wisse nichts davon und auch sie geht körperlich zurück, was besonders deshalb bedauerlich sei, weil diese Schicht in großer Zahl die Weltbürger und Friedensschwärmer stelle. Der Zusammenschluß aller Gleichgesinnten müsse herbeigeführt werden, um eine „stramme, vaterländische und nationale Jugendbewegung mit militärischem Einschlag" zu schaffen. Friedensduselei und Weltbürgertum müssen natürlich ausscheiden. (!) Schwer sei es allerdings, die geeigneten Offiziere zu gewinnen, denn der Dienst sei kein leichter, er verlange Feinfühligkeit und Idealismus, und die Sonntagnachmittage müßten geopfert werden. Der Offizier, der nicht mit einem Volksschullehrer zusammenarbeiten wolle, eigne sich nicht. In Bayern ständen heute 2000 Fortbildungsschüler und 1000 Mittelschüler treu zur Wehrkraftfahne. Sie lernen die Armee kennen und legen die Vorurteile ab, die, Gott sei es geklagt, gegen die Armee im Volke bestehen. Die Zeiten seien ernst, das habe der schwüle Sommer 1911 gezeigt. Nur mit Blut und Eisen könne die Weltmachtstellung des Deutschen Reiches erhalten und gefördert werden. Darum müssen Schule, Kirche, Behörden und Armee zusammenwirken, um ein mächtiges nationales Werk zu schaffen. Nur eine kräftige Bewegung würde ein Jungdeutschland geben, nur eine Bewegung, bei der die Offiziere in Massen zuströmen, würde beweisen, daß Volkskraft und Wehrkraft eins sind. Der Eindruck einer solchen Bewegung auf das Ausland müßte ein ungeheurer sein. Auf Armee und Jugend beruhe die Zukunft unseres Vaterlandes!

Man sieht, wohin die Fahrt geht. Im Grunde ist es auf die Bekämpfung der proletarischen Jugendorganisation und der Sozialdemokratie abgesehen. Aber ebenso wie die bisherigen bürgerlichen, interkonfessionellen und konfessionellen Jugendbewegungen, die immer mehr an Bedeutung verlieren, werden auch die Herren vom Militär keine großen Erfolge besehen können, mögen sie sich auch noch so harmlos und wohlwollend gebärden. Das, was sie zur körperlichen Tüchtigmachung der Jugend unternehmen wollen, geschieht von den proletarischen Organisationen schon lange durch Sport und Spiel, außerdem legen diese aber großen Wert auf die Bildungsarbeit, auf den so notwendigen wirtschaftlichen und gesetzlichen Schutz der Jugend. Sie wollen das heranwachsende Geschlecht in innerer und äußerer Sammlung unter Weckung des Klassengefühls und Bildung des Charakters zu aufgeklärten, an Körper, Wille und Geist starken Volksgenossen erziehen, die im Freiheits- und Kulturkampfe der Menschheit ihren Mann zu stehen wissen. Damit werden sie aller Anstrengungen auch der Armee spotten, über alle Anfeindungen siegen und unsere Jugendbewegung wird in Zukunft noch rascher vorwärts marschieren als bisher.

Das Heilverfahren.

Um die infolge einer Erkrankung drohende Invalidität eines Versicherten oder einer Witwe abzuwenden, kann die Versicherungsanstalt ein Heilverfahren einleiten. So lautet die gesetzliche Bestimmung. Es hat also kein Versicherter ein klagbares Recht auf ein Heilverfahren. Neu ist in dieser Bestimmung, daß auch die Witwe eines Versicherten ein Heilverfahren beantragen kann, vorausgesetzt natürlich, daß der verstorbene Ehemann die Wartezeit für die Invalidenrente erfüllt hat. Die Versicherungsanstalt kann den Erkrankten in einem Krankenhause oder in einer Genesungsanstalt unterbringen. Der Zustimmung des Versicherten bedarf es allerdings hierzu, wenn er einen eigenen Haushalt hat oder Mitglied des Haushalts seiner Familie ist. Angehörige des Erkrankten, deren Unterhalt er ganz oder überwiegend aus seinem Arbeitsverdienst bestritten hat, erhalten während des Heilverfahrens ein Hausgeld auch dann, wenn er an keine Krankenkasse oder Ersatzkasse Anspruch hat. Das Hausgeld beträgt ein Viertel des Ortslohnes für erwachsene Tagearbeiter. (Als Ortslohn gilt der ortsübliche Tagelohn

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120226/6
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

gewöhnlicher Tagearbeiter. Das Oberversicherungsamt setzt diesen Ortslohn, nachdem die Versicherungsämter gehört wurden, fest. Dieser Ortslohn wird für Männer, Frauen und Jugendliche besonders festgelegt. Diese Ortslöhne werden gleichzeitig im ganzen Reiche zunächst bis zum 31. Dezember 1914 und dann immer auf 4 Jahre festgesetzt.) Unterlag jedoch der Erkrankte bis zum Eingreifen der Versicherungsanstalt der Krankenversicherung, so richtet sich das Hausgeld auch für die Zeit, für die die Verpflichtung der Krankenkasse nicht mehr besteht, nach den Vorschriften über Krankenversicherung. Eine Invaliden- oder Witwenrente kann für die Dauer des Heilverfahrens ganz oder teilweise gekürzt werden. Das Hausgeld fällt weg, solange und soweit Lohn oder Gehalt auf Grund eines Rechtsanspruchs gezahlt wird. Entzieht sich nun ein Erkrankter ohne gesetzlichen oder sonst triftigen Grund dem Heilverfahren und wäre die Invalidität voraussichtlich durch das Heilverfahren verhütet worden, so kann die Rente auf Zeit ganz oder teilweise versagt werden, wenn der Erkrankte auf diese Folge hingewiesen worden ist. Gegen die Versagung der Rente ist die Berufung an das Oberversicherungsamt binnen eines Monats zulässig. Zur Aufnahme der Erkrankten haben die Versicherungsanstalten eigene Genesungsheime und Lungenheilstätten errichtet. Bis zum Jahre 1909 besaßen die Versicherungsträger 38 Lungenheilstätten und 36 sonstige Genesungsheime. Die Bestimmung, daß auf Einleitung eines Heilverfahrens kein Rechtsanspruch bestehen soll, bestätigt aufs neue, daß bei den bürgerlichen Parteien heute noch derselbe Geist, dieselbe Anschauung über die Sozialpolitik herrscht wie vor nunmehr bald 30 Jahren, nämlich, daß sie die Sozialpolitik, die Arbeiterversicherung, nur als eine andere Form der Armenunterstützung betrachten.

Die Sozialdemokraten als Hausbesitzer.

Unter dieser Spitzmarke schreibt die Dresdner Bürgerzeitung: „Natürlich ist es eine „Baugesellschaft", und zwar auf Aktien, wodurch es leider unmöglich gemacht ist, die edlen Männer kennen zu lernen, die aus lauter Mitgefühl gegen die arme, unter „Wohnungsnot" leidende Dresdner Bevölkerung ihre milde Hand auftun, um — nicht etwa für arme, hilfsbedürftige Familien Wohnungen zu beschaffen, sondern durch die Aktiengesellschaft ein gutes Geschäft zu machen. Sie hat nämlich die am Wettinerplatz Nr. 10/11 gelegenen Grundstücke käuflich erworben und dafür 180 000 M. gezahlt. Wie verlautet, ist der Bauplatz 2420 Quadratmeter groß und soll aus Vorderwohngebäuden mit Hofraum, sowie Frontbauplatz mit großem Hinterlande bestehen, die noch gut ausnutzbar sein sollen. Natürlich will die Aktiengesellschaft dabei — und nicht zu knapp — verdienen, denn sonst hätten ja die Aktien der Genossen keinen Wert. Daß aber eine Gesellschaft von Sozialdemokraten, den Erzfeinden des Kapitalismus, die gewöhnlichste Spekulation in der allerkapitalistischsten Form betreiben will — ein solcher Widerspruch der Logik ist doch bemerkenswert."

Unsere Leser wissen, wie unsinnig dieses Gerede ist. So geht es aber, wenn man Dinge kritisieren will, von denen man keine blasse Ahnung hat. Da blamiert man sich meistens bis auf die Knochen.

Geschlossene Zeiten.

Der Bußtag (6. März), dessen Vorabend und die Zeit vom Donnerstag nach dem Sonntag Judika, in diesem Jahre also vom Donnerstag den 28. März bis zu und mit dem ersten Osterfeiertage, gelten nach der sächsischen Ministerialverordnung vom 14. Februar 1911 als geschlossene Zeiten in Beziehung auf Tanzveranstaltungen an öffentlichen Orten, in Privathäusern oder in den Räumen geschlossener Gesellschaften. Ausnahmen von diesen Bestimmungen dürfen in keinem Falle gestattet werden. Das Abhalten von Konzertmusiken und anderen, namentlich der mit Musikbegleitung verbundenen geräuschvollen Vergnügungen an öffentlichen Orten ist am Bußtage, an dessen Vorabend von nachmittags 6 Uhr an (am Vorabend jedoch unter Gestattung ernster Musikstücke) und an den drei letzten Tagen der Karwoche verboten. Die Aufführung geistlicher Musiken und Oratorien kann dagegen an diesen Tagen gestattet werden, wenn sie mit der ernsten Feier jener Tage in vollem Einklange stehen, in den Nachmittags- oder Abendstunden — also nach völlig beendigtem Gottesdienste — stattfinden und wenn dabei jede sonstige Festlichkeit ausgeschlossen bleibt. Theatralische Vorstellungen dürfen am Bußtage und in der Zeit vom Gründonnerstag bis mit Sonnabend vor dem ersten Osterfeiertage nicht stattfinden. Auch wird vorausgesetzt, daß zu den theatralischen Vorstellungen, die am Vorabend des Bußtages, wie in der Zeit vom Palmsonntag bis zur Mittwoch in der Karwoche zur Aufführung kommen, angemessene ernste Stücke gewählt werden.

Von der Wetterfahne.

Der Wahlausschuß für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis (Dresden-Land) hat folgenden Beschluß gefaßt und dem Abgeordneten Bassermann schriftlich übermittelt: „Der Wahlausschuß für den 6. sächsischen Reichstagswahlkreis bedauert zwar die Stimmenabgabe einiger nationalliberaler Reichstagsabgeordneten für Herrn Bebel als Reichstagspräsidenten, er verurteilt aber aufs schärfste die seitens einiger Gruppen gegen die nationalliberale Fraktion und ihren Führer Bassermann unternommene Hetze und spricht der Fraktion sowohl wie ihrer bewährten Leitung das vollste Vertrauen aus." — Das ist so ungefähr das Gegenteil von dem, was der Dresdner nationalliberale Reichsverein und die Landtagsfraktion der Drehscheibenmänner nach Berlin telegraphierten.

Die Stimme von der Galerie.

In Meinholds Sälen fand gestern eine antisemitische Versammlung statt, in der man sich über die politische Lage nach den Reichstagswahlen unterhielt und sich gegenseitig den Kopf tüchtig wusch. Es sprachen zwei Referenten, und dann wurde debattiert. Ein Herr Dr. med. Lierfch erhoffte von der nächsten Zukunft ein Aufblühen der Reformpartei. Die nationalliberale Partei sei heute nicht mehr national, sie befinde sich im Fahrwasser der Sozialdemokratie; darum müsse sich das deutsche nationale Bürgertum von ihr abwenden. — Herr Graf von Wedel verteidigte den Hansabund, bezeichnete Dr. Böckel als Schrittmacher der Demokratie und meinte, die Reformpartei sei keine Mittelpartei, sie sei übrigens tot. — Herr Schriftsteller Küster bezeichnete sich als Sozialist, der aber ein ebenso scharfer Gegner des Liberalismus sei wie die Reformer. Seine Frage: Warum sind Sie nicht Sozialisten? wurde mit Lachen beantwortet. — Herr Patentanwalt Schiercke erklärte, er sei Sozialmonarchist, aber Anhänger einer Monarchie, die sich anders entwickeln müsse als bisher. — Herr Oberpostassistent Herrmann beschwerte sich über die Angriffe auf die nationalliberale Partei und nahm die Führer der Partei in Sachsen und den Hansabund in Schutz, während er gegen den Bund der Landwirte sprach.

Nachdem sich die Herren so ausgeredet hatten, meldete sich ein Besucher der Galerie zum Wort und rief von oben in den Saal mit lauter Stimme: „Alle Reden, die gehalten wurden, sind Quatsch." — Das dürfte das treffendste Wort sein, das in jener Versammlung gesprochen wurde.

Oeffentliche Arbeitsnachweise. Der am 24. Januar 1911 mit Unterstützung des Ministeriums des Innern gegründete Landesverband der öffentlichen gemeinnützigen Arbeitsnachweise, dem bis jetzt 18 Nachweise in den verschiedensten Gegenden Sachsens beigetreten sind, hält am 2. März in Dresden seine erste Verbandsversammlung ab. Der Verband, der seinen Sitz in Leipzig hat, setzt sich bei Wahrung der vollen Selbständigkeit der Verbandsmitglieder die Förderung der gemeinsamen Interessen der Arbeitsnachweise zum Ziel. Hierzu ist besonders zu rechnen: Verständigung über die Grundsätze des Geschäftsbetriebes und des wechselseitigen Verkehrs unter den Mitgliedern, die Einwirkung auf die Errichtung neuer gemeinnütziger Arbeitsnachweise, insbesondere solcher auf paritätischer Grundlage, die Veranstaltung von Besprechungen zur Erörterung von wichtigen Fragen und für den Ausbau vorzunehmender Maßnahmen sowie die Vertretung der gemeinsamen Interessen nach außen. — Auf der Tagesordnung der Versammlung stehen neben geschäftlichen Fragen folgende Referate: Die Organisation des Arbeitsnachweises in Sachsen (Referent der Verbandsgeschäftsführer Herr Dr. Wick-Leipzig), Das Stellenvermittlergesetz und seine Bedeutung für die öffentlichen Arbeitsnachweise (Referent Herr Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg), Arbeitsnachweis und Landwirtschaft (Referent Herr Geheimer Hofrat Prof. Dr. Stieda-Leipzig, Vorsitzender des Verbandes). Im Anschluß an die Verbandsversammlung findet am folgenden Tage eine Verwalterkonferenz statt mit dem Zweck, eine Aussprache und Verständigung über wichtige Fragen der Praxis herbeizuführen.

Eröffnung der Schiffahrt. Der Wasserstand der Elbe, der am Sonnabend am Dresdner Pegel noch 92 Zentimeter unter Null betrug, stieg nach den Meldungen vom Sonntag um 24 Zentimeter bis auf 68 Zentimeter unter Null. Die neuesten Meldungen vom Oberlauf lassen sämtlich Wasserwuchs erkennen. Die Schiffahrt wurde am Sonnabend wieder aufgenommen. Schon sah man vereinzelte Schleppzüge und Kähne den Strom befahren. In Aussig ist am Sonnabend mit der Beladung der ersten Kähne begonnen worden.

Wieder einer. Wegen Betrugs verhaftet wurde der Seifenfabrikant Kurt Porstorfer. Die Festnahme erregt in weiten Kreisen Aufsehen, da Porstorfer in vielen Städten gelebt hat und sich den Anschein eines sehr vermögenden Mannes gab, zudem trug er sich mit hochgehenden Finanzplänen. Er ist am 11. Mai 1881 in Sayda geboren. Das Auftreten Porstorfers war ein äußerst gewandtes, seine Kleidung hochelegant. Auf die kleine Fabrik auf der Pollerstraße hat er Darlehen von zusammen über 100 000 M. aufgenommen, ohne die Maschinen gänzlich bezahlt zu haben. Schon während seines früheren Aufenthalts in Chemnitz wurden gegen ihn Anzeigen wegen Kreditschwindeleien erstattet, die auf Grund des § 51 des Reichsstrafgesetzbuchs zur Einstellung des Verfahrens oder zur Freisprechung führten. Nachdem Porstorfer in der Nervenheilanstalt zu Hilbersdorf bei Chemnitz untergebracht worden war, erfolgte seine Entmündigung wegen Geistesgestörtheit (!), deren Aufhebung er nach einiger Zeit wieder erreichte. Noch kurz vor seiner Verhaftung gab er eine Broschüre heraus, da er merkte, daß man ihm Mißtrauen entgegenbrachte. Er verteidigt sich in der Broschüre damit, daß er einer Hypothekenschwindler-Gesellschaft in die Hände gefallen sei und daß gewisse Kreise bestrebt seien, ihn zu vernichten. Die Festnahme des Beschuldigten erfolgte in Coßmannsdorf, wo er eine hochelegante Wohnung innehatte. P. hielt sich nicht weniger als vier Automobile.

Der erste diesjährige Dresdner Jahrmarkt findet am 17., 18. und 19. März statt. Der Verkauf muß an allen drei Abenden spätestens um 9 Uhr eingestellt werden. Am Jahrmarktssonntage können die hiesigen Geschäfte von vormittags 11 Uhr bis abends 9 Uhr offen halten.

Vermischte Nachrichten. Seit der Eröffnung des Krematoriums im Mai vorigen Jahres bis Ende Dezember 1911 wurden 328 Leichen verbrannt. — Zu der Verhaftung des Landgerichtsrats Dr. Snell wegen versuchten Darlehnsbetrugs wird noch bekannt, daß er größere Wechselverbindlichkeiten mit Bezug auf seine bevorstehende Vermählung eingegangen war.(!) Seine Schuldenlast soll etwa 60 000 M. betragen, während sich die Zahl der Gläubiger auf etwa 50 beläuft. Dr. Snell hatte eine sehr vermögende Dame in Chikago kennen gelernt, wo er Vizekonsul war, und als diese kürzlich das Verhältnis löste und plötzlich von Dresden abreiste, war er finanziell ruiniert. Dr. Snell war eine Zeitlang dem Auswärtigen Amt in Berlin zugeteilt.

Aus der Umgebung.

Familienbäder im Freien.

Die beiden Dresdner Amtshauptmannschaften haben „aus sittenpolizeilichen Gründen" im Einverständnis mit den Bezirksausschüssen eine Bekanntmachung erlassen, der wir folgendes entnehmen:

Luft- und Wasserbäder dürfen von Personen verschiedenen Geschlechts gleichzeitig im Freien nur an den hierfür vorgesehenen Plätzen besucht werden. Die Badeplätze haben tunlichst eine abgeschiedene Lage zu erhalten und müssen jedenfalls so eingefriedigt sein, daß Unbefugte am Zutritt behindert werden. Läßt sich die Anlage eines Badeplatzes in der Nähe von öffentlichen Wegen oder Plätzen nicht vermeiden oder könnte er von Nachbargrundstücken aus eingesehen werden, so ist eine den Einblick verwehrende Umplankung anzubringen. Auf den Badeplätzen sind An- und Auskleideräume sowie Aborte, beide nach Geschlechtern getrennt, in ausreichender Zahl bereitzustellen. Ist die Benutzung des Badeplatzes Familien ausschließlich vorbehalten, so ist es statthaft, daß Eltern mit ihren Kindern An- und Auskleideräume gemeinschaftlich benutzen. Das An- und Auskleiden außerhalb der hierfür vorgesehenen Räume ist verboten. Mit Eintritt der Dunkelheit und während der Nachtzeit sind die Badeplätze zu schließen. Mädchen vor vollendetem 16. Lebensjahre und Knaben vor vollendetem 17. Lebensjahre ist der Zutritt zu den Badeplätzen nur in Begleitung Erwachsener gestattet. Es ist verboten, sich im Familienbad lediglich als Zuschauer aufzuhalten. Auch ist es untersagt, im Familienbad photographische Aufnahmen zu machen. Die Badenden haben von den Schultern bis zu den Knien reichende Badeanzüge zu tragen, die nicht gegen Sitte und Anstand verstoßen, insbesondere nicht aus durchsichtigen, bei benetzten Personen auch nicht aus anliegendem Stoffe (Trikot) hergestellt sein dürfen. Die Ortspolizeibehörde hat unter Beachtung der vorstehenden Bestimmungen zu prüfen, ob und nach Befinden unter welchen Bedingungen die Zulassung des Familienbades unbedenklich ist und danach den Unternehmer entsprechend zu bescheiden. Zur Regelung des Verkehrs auf dem Badeplatz hat sie eine Badeordnung zu erlassen, die sofort bei ihrem Erlaß dem Amtshauptmann abschriftlich vorzulegen ist. Der Unternehmer hat einen Abdruck dieser Bekanntmachung in leserlichem Zustande und an leicht sichtbarer Stelle an den Eingängen zum Badeplatz anzuschlagen.

Die Verordnung ist jetzt erlassen worden, damit sich die Gemeindebehörden darauf einrichten können.

Briesnitz. Mittwoch den 28. Februar, abends 7 Uhr findet im Lokale Dorfstraße 3 eine öffentliche Sitzung des Gemeinderates statt.

Plauenscher Grund. Der vom Schwurgericht Dresden am 29. Januar wegen Sittlichkeitsverbrechen mit tödlichem Ausgange zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilte Kutscher und Arbeiter Karl Oskar Dreßler aus Oberpesterwitz hat gegen das Urteil beim Reichsgericht Revision angemeldet.

Potschappel. Die Genossinnen des 4. Bezirks werden hierdurch zu unserem am Mittwoch den 28. Februar, abends 9 Uhr, im Restaurant zum Hirsch, Potschappel, Bismarckplatz, stattfindenden Diskussionsabend freundlichst eingeladen. Für diesen Abend stehen wichtige Fragen auf der Tagesordnung, außerdem hält die Genossin Lutze-Dresden einen Vortrag. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Deuben. Der Gemeinderat nahm in seiner letzten Sitzung zunächst Kenntnis von einer Einladung der Freiwilligen Feuerwehr zu der stattfindenden Generalversammlung, von der Wiederwahl der Obmänner der Feuerwehrreserve sowie von dem Rechnungsabschluß des Gemeindeverbandes zur Gründung eines Kranken- und Siechenhauses. Der Verband soll aufgelöst werden, da die anderen Gemeinden das nötige Interesse für diese Angelegenheit nicht zeigten. Die gegen die Gemeinde geführten Klagen (Grahl und Berthold) sind in letzter Instanz zugunsten der Gemeinde entschieden. Die vom Geometer Flach angefertigten Pläne für das Wasserwerk lagen vor und wurden dazu noch einige Wünsche geäußert. Eine Straßenplanung für das Flurgebiet, Ortsteil B, lag gleichzeitig vor. Die Planung, ausgeführt von Baumeister Quester, Dresden, bewegt sich in den Zielen des Vereins Heimatschutz. Eine Gemeindebaustelle am Sachsenplatz wird an Klempnermeister Gärtner zum Preise von 10 Mark pro Quadratmeter verkauft. Der Ausbau der Kreuzstraße hat den Gemeinderat schon oft beschäftigt. Nach neueren Verhandlungen mit den Anliegern, bei denen man weitestes Entgegenkommen gezeigt hat, hofft man auf Annahme seitens der Beteiligten. Im andern Falle soll die Sache für die Gemeinde als erledigt betrachtet werden. Die Fuhren für Straßensprengung werden an den Mindestfordernden (Gutspächter Just) vergeben. Die Forderung für Nachtrag eines Teilbebauungsplanes wird abgewiesen. Ein Gesuch um Erlaß von Landabtretung wird genehmigt und der Beschluß auf den ganzen Straßenzug ausgedehnt. Der Einbau von Wassermessern für Klosettanlagen wird einem Einwohner erlassen unter der Bedingung, daß er doppelten Wasserzins zahlt. Die Rechnung für die Artur-Kreß-Stiftung wird nach Prüfung richtiggesprochen. Der 6. Nachtrag zum Statut der Ortskrankenkasse Deuben befürwortet. Auf Antrag des Gewerbevereins und Rabattsparvereins beschließt man eine andere Regelung der Ausnahmetage vor Festtagen zu befürworten. Die Mietung eines Tresors bei der Deutschen Bank wird beschlossen. Ein Kaufvertrag zwischen Herrn Spohr und der Gemeinde wird genehmigt. Eine Ausnahmebewilligung in Bausachen wird befürwortet.

Leuben. Hier versuchte eine 35jährige Ehefrau H. aus Dresden, bei Verwandten sich mittelst Leuchtgas zu vergiften. Sie war allein in der Wohnung zurückgeblieben und hatte den Gashahn in der Küche aufgedreht. Der 10-Pf.-Automat hatte aber wenig Gas ausströmen lassen, und so fanden die Verwandten am Abend die Lebensmüde bewußtlos vor. Angestellte Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg.

Gerichtszeitung.

Landgericht.

Straßenraub. Am Abend des 2. April vorigen Jahres entriß der 20jährige Glasarbeiter Karl Swoboda aus Böhmen auf dem Wege von Döhlen nach Deuben einem Mädchen die Handtasche. Das gleiche tat er am Abend des 11. April auf der Straße von Döhlen nach Zauckerode. Hier wurde ihm aber seitens des Mädchens Widerstand entgegengesetzt. Da er aber seinen Zweck mit Gewalt doch erreichte, kommt in diesem Falle Straßenraub in Frage, während der erste Fall nur als Diebstahl angesehen wird. Sein Wunsch, Geld zu erreichen, wurde in beiden Fällen nicht erfüllt, da die Taschen nur Kleinigkeiten enthielten. Im zweiten Falle war noch ein Kollege von S. beteiligt, der aber nicht aufzufinden ist. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 3 Monate Gefängnis. Die Gemeingefährlichkeit solcher Handlungsweise wurde als strafschärfend besonders betont.

Durch Schreiben von Bettelbriefen hatte sich der 22jährige, schon mehrfach bestrafte Wirtschaftsgehilfe Willi Hartmann eine ganze Zeit durchgeschlagen, und hat auch in mindestens zehn Fällen ganz hübsche Erfolge gehabt. Ganz besonders beehrte er mit seinen Schreiben Gerichtsräte, Staatsanwälte, Bauräte, überhaupt Leute mit repräsentablen Titeln. Außerdem verschmähte er aber auch das Betteln von Tür zu Tür nicht. Er wurde wegen Rückfallbetrugs und Betteins zu 10 Monaten Gefängnis, 4 Wochen Haft und 3 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Schöffengericht.

„Bohème." Der noch jugendliche Drogist und Schriftsteller Oswin Friedrich Hunger erbte vor nicht ganz zwei Jahren von seinem Vater ein Vermögen von zirka 12 000 M. Es begann ein flottes Leben. An Arbeiten war nicht mehr zu denken. Der junge Kapitalist „fühlte" sich. Als „Baron v. Rauenstein" markierte er den flotten Lebemann und taumelte von „Genuß" zu „Genuß". Das armselige bißchen Lebenskunst erschöpfte sich in Sektgelagen, Spiel, Pferdewetten und Flirten. Ein Jahr des Narrenspiels genügte, um das Vermögen klein zu kriegen. Viel Anregungen zum „künstlerischen Schaffen" werden diese platten Vergnügungen kaum hinterlassen haben. Dafür blieb ihm aber als letzte Erinnerung an seine ausgespielte Lebemannsrolle eine Anklage wegen Zechbetrugs. Er blieb dem Weinstubeninhaber Gottsmann zirka 400 M. für ein Zechgelage schuldig. Der Betrug wurde darin erblickt, daß er als Baron auftrat und die Zeche auf eine mit dem Adelsprädikat versehene Visitenkarte notierte. Gleichwohl erfolgte Freisprechung, da er damals mit dem Vermögen noch nicht ganz fertig war, der Wirt ihm auch hauptsächlich deshalb kreditierte, weil er vorher Tausende bei ihm verjubelt und bezahlt hatte. Das Gericht hielt auch die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß der Angeklagte bei seinem äußerst leichtsinnigen und liederlichen Lebenswandel gar keine Uebersicht über seine Vermögensverhältnisse hatte, und sich für zahlungsfähiger hielt als er war.

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120226/7
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Generalversammlung der Asphalteure.

k. Die vierte Generalversammlung des Zentralverbandes der Asphalteure Deutschlands tagte Mitte Februar in Hamburg. Es waren auf ihr 11 Orte durch 14 Delegierte vertreten; der Hauptvorstand hatte zwei seiner Mitglieder delegiert. Die Verhandlungen wurden in geschlossener Sitzung geführt. Den ersten Verhandlungstag füllten die Geschäftsberichte und die sich hier anknüpfende Debatte vollständig aus. Den gedruckten Bericht ergänzten der Vorsitzende Bützow- und der Kassierer Link-Berlin. Er erstreckt sich auf die Jahre 1910 und 1911 und zeigt ein erfreuliches Fortentwickeln des Verbandes. In den Berichtsjahren wurden 1460 Mitglieder aufgenommen, mehr als der Verband Ende 1911 an Mitgliedern zählte. Das Jahr 1910 schloß mit 1096, 1911 mit 1108 Mitgliedern ab. Ende 1909 schieden sich 907 Mitglieder um den Verband; die Zunahme in der Geschäftsperiode beträgt also rund 200. Neue Verwaltungsstellen wurden in Hamburg, Düsseldorf, Barmen, Elberfeld, Dortmund und Trier errichtet.

Lohnbewegungen und Streiks waren in der Berichtszeit nicht zahlreich. Insgesamt fanden mit 804 Beteiligten 14 Lohnbewegungen und Streiks statt. Davon wurden 7 mit 985 Personen ohne Arbeitseinstellung durch Abschluß von Tarifverträgen zugunsten der Mitglieder erledigt, in fünf Fällen kam es zur Arbeitsniederlegung. Durch die Bewegungen wurde erreicht: Im Jahre 1910 für 265 Personen eine wöchentliche Lohnerhöhung um 529,15 M. und für 130 Personen eine Arbeitszeitverkürzung um 195 Stunden. 1911 wurde für 302 Beteiligte eine Lohnerhöhung um 121 M. wöchentlich und für 90 Personen eine Arbeitszeitverkürzung um 270 Stunden erzielt.

Der Kassenbericht weist eine starke Vermehrung des Verbandsvermögens auf. Ende 1909 betrug dieses 8020,61 M., am Schluße des Jahres 1911 aber 17 042,21 M. Dazu kommen noch über 2000 M. Lokalkassenbestände. An Beiträgen wurden in den zwei Jahren 36 209,96 M. vereinnahmt, darunter 558,50 M. für Extrabeiträge. Die Gesamteinnahmen betrugen 37 943,78 M., die Gesamtausgaben 29 428,20 M., die Mehreinnahme also 8515,58 M. Für Streikunterstützung wurde 1910 5055,37 M., 1911 1744,13 M. ausgegeben. Die Krankenunterstützung betrug 1910 1625,10 M., 1911 2002 M., und die Gemaßregeltenunterstützung 1910 125,20 M., 1911 aber 1090,80 M. Für Agitation wurde in beiden Jahren 1036,60 M. und für das Verbandsorgan 1563,15 M. aufgewandt.

An die Geschäftsberichte schloß sich eine längere Debatte, an der sich sämtliche Delegierten beteiligten. Dem Vorstand wurde Decharge erteilt.

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Einführung der Erwerbslosenunterstützung beraten. Der Referent, Verbandsvorsitzender Bützow-Berlin, begründete ausführlich die Vorstandsvorlage. Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung sei nur möglich bei einer Beitragserhöhung. Nach der Vorstandsvorlage soll bei einer Karenzzeit von 8 Tagen die Unterstützung 1 M. pro Tag auf die Dauer von 20 Tagen betragen.

An das Referat schloß sich eine lange und teilweise heftige Debatte, in der alle Delegierten ihren Standpunkt präzisierten. Der Kölner Vertreter wollte die Karenzzeit auf 2 Tage herabgesetzt wissen, die Unterstützung solle sich möglichst der Streikunterstützung (pro Tag 2 M.) anpassen. Ebenso heiß wie die Höhe wurde die Dauer der Unterstützung umstritten; die Leipziger Vertreter forderten eine Dauer von 24 Tagen. Schließlich wurde in namentlicher Abstimmung die Karenzzeit nach dem Vorstandsvorschlag festgesetzt. Die Erwerbslosenunterstützung beträgt pro Tag 1 M. auf die Dauer von 21 Tagen.

Hierauf folgte die Statutenberatung. Der Beitrag wurde auf 60 Pf. bei einer 52wöchigen Beitragsdauer erhöht. (Bisher 55 Pf. während 44 Wochen.) Das Eintrittsgeld beträgt künftig 75 Pf. Die Streikunterstützung wurde von 17 auf 18 M. pro Woche erhöht. Die volle Unterstützung erhalten jedoch nur Mitglieder, die der Organisation 1 Jahr angehören. Bei einer Mitgliedschaft von 26 bezw. 13 Wochen werden Unterstützungen von 1,75 M. bezw. 1 M. pro Tag, und für jedes Kind 1 M. pro Woche gewährt, indessen insgesamt nicht über 13,50 M. bezw. 9 M. pro Woche. Das Sterbegeld wurde in allen Klassen um 5 M. erhöht.

Am 3. Verhandlungstage wurde eine Reihe Verwaltungs- und Agitationsfragen erörtert und ein Referat über Unsere Streiks und Lohnbewegungen entgegengenommen. — Die bisherigen Verbandsfunktionäre wurden wiedergewählt; Vorsitzender Bützow fest angestellt.

Damit waren die Arbeiten der Generalversammlung beendet.

Lokales.

Die Organisation der Zimmerer

hat im Dresdner Bezirk ein erfolgreiches Jahr hinter sich. Die Zahl der Mitglieder erhöhte sich von 3382 im Jahre 1910 auf 3686 im Jahre 1911. Die Arbeitslosigkeit war im verflossenen Jahre geringer. Es wurden 22 093 M. ausgegeben gegen 39 609 M. im vorhergehenden Jahre. Kämpfe wurden im vergangenen Jahre nur 2 geführt, die insgesamt 306 M. Kosten verursachten; im Jahre 1910 dagegen 5 mit 153 508 M. Kosten. Insgesamt hat die Organisation seit 1903 234 Lohnkämpfe mit insgesamt 232 487 M. Kosten geführt. Man sieht also, daß die Kämpfe von 1910 allein bedeutend größer waren als in anderen in der Statistik gefaßten Jahren seit 1903 zusammengenommen. Die Organisation hatte eine Einnahme 1911 von 200 497,94 M. und eine Ausgabe von 180 465,69 M. Der Kassenbestand am 31. Dezember 1911 betrug 103 665,16 M. gegen 83 122,91 M. Ende Dezember 1910.

Im Jahresbericht wird als Schlußbetrachtung die Zufriedenheit mit den Ergebnissen der gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck gebracht und dann gesagt:

„Angesichts dieser Entwicklung erblicken die reaktionären Gewerkschaftsfeinde ihre Hauptaufgabe darin, die Behörden und Regierungen gegen die Gewerkschaften scharf zu machen. Von der gesamten reaktionären Presse unterstützt, verbreiteten sie allerhand Terrorismusschauermärchen und verlangten viel mehr Schutz der Arbeitswilligen. Wir müssen gestehen, ganz erfolglos war diese Arbeit nicht. Im berühmten arbeiterfeindlichen Sachsen geht der Schutz der Ehre und der Gesundheit der Arbeiter über alles, das heißt — sofern sie Streikbrecher sind. Erklärte doch der Minister v. Eckhdt im Landtage, daß die sächsische Regierung beim Bundesrat für Verschärfung der diesbezüglichen Paragraphen des Strafgesetzbuches eintreten will. Unseren Justizbehörden genügte auch schon der heiße Wunsch der Unternehmerscharfmacher, um Veranlassung zu nehmen, gegen Zentralverbändler besonders schneidig zu verfahren, sobald ein Streikbrecher oder Unorganisierter von diesen scheel angesehen beziehungsweise unfreundlich angesprochen worden war. Wenn uns aus unserem großen Kampfe 1910 nur ein Streikbrecherbeleidigungsprozeß erwachsen ist und wir deren im Jahre 1911 trotz friedlichem Verhalten sechs zu verzeichnen hatten, so muß dem schon etwas zugrunde liegen. Jedoch wir hoffen auch diese Tücken zu überwinden. Das Ergebnis der Reichstagswahlen berechtigt zu den Hoffnungen, daß sowohl in der Belastung als auch in der Entrechtung des Volkes etwas nachgelassen werden muß."

Arbeitersekretär und Gewerkschaftssekretär gesucht.

Das Gewerkschaftskartell Dresden sucht für die neu errichtete dritte Arbeitersekretärstelle einen Arbeitersekretär und gleichzeitig, falls das Kartell die Stelle mit dem bisher tätigen Gewerkschaftssekretär besetzt, einen Gewerkschaftssekretär. Zur Neubesetzung kommt nur eine der beiden Stellen. Die Anstellung erfolgt auf Grund der Bedingungen des Vereins Arbeiterpresse. Bewerbungen mit Angabe der bisherigen Tätigkeit in der Arbeiterpresse sind spätestens bis 5. März an das Gewerkschaftskartell Dresden, Ritzenbergstraße 4, I, einzusenden.

Inland.

Lohnbewegungen der Bildhauer.

In der Fürther Spiegelindustrie sind die Bildhauer an einem eigenartigen Kampf beteiligt. Dort versuchen die Kleinmeister, auf die Exporteure gestützt, die im Tarifvertrag der Holzarbeiter festgelegten Erhöhungen der Akkordpreise zu hintertreiben. Die Arbeiter wehren sich im Verein mit den Großfabrikanten dagegen. Die Holzbildhauer haben in den kleinen Betrieben die Arbeit verweigert, um die Absicht der Exporteure zu vereiteln.

In Darmstadt haben die bei der Firma Alter, Hofmöbelfabrik, beschäftigten Bildhauer die Arbeit niedergelegt, weil ihnen jedes Zugeständnis verweigert wurde. Sie forderten die Verkürzung der Arbeitszeit von 9 auf 8½ Stunden; in den meisten größeren Städten ist diese schon durchgeführt. Ferner verlangen sie die Beseitigung eines Akkordsystems, das zu den unleidlichsten Zuständen geführt hat. Hierüber dürfte eine Verständigung zu erzielen sein, die weitere Verkürzung der Arbeitszeit ist aber nur gemeinsam mit den übrigen Arbeitern des Betriebes durchzuführen.

In der Süddeutschen Möbelfabrik in Mannheim haben die Bildhauer einen gesonderten Tarifvertragsentwurf eingereicht. Danach soll die Arbeitszeit verkürzt werden auf 49 bezw. 48 Stunden; bis jetzt betrug sie 50 Stunden, für die übrigen Arbeiter in der Fabrik 52 Stunden. Ob es erreicht wird, ist zweifelhaft, da es für die Bildhauer immer schwieriger wird, in Fabriken eine gesonderte kürzere Arbeitszeit durchzusetzen. Es kann das nur gemeinsam mit den Holzarbeitern geschehen.

Die Holzbildhauer in Mühlhausen i. Th. beabsichtigen, eine sehr notwendige Aufbesserung der Löhne bezw. Akkordsätze zu erkämpfen. Der in den in Betracht kommenden Fabriken abgeschlossene Tarif hatte bisher nur Geltung für die Holzarbeiter.

In Klostergeringswalde bei der Firma Wunderlich streiken die Holzbildhauer nun schon 13 Wochen und noch immer weigert sich die Firma die Löhne aufzubessern. Sie sind bis zu 40 Proz. niedriger wie in dem benachbarten Geringswalde.

In der Massenartikelbranche ist jetzt seitens der Zentralschiedskommission der Holzarbeiter für Schönlanke ein Schiedsspruch gefällt worden, der auch für die Bildhauer Geltung haben soll, doch sind noch Schwierigkeiten von dem dortigen Unternehmertum zu erwarten.

In Treiten, Lauterbach und Cunnersdorf i. S., wo ebenfalls die Massenartikelbranche in Betracht kommt, dauert der Streik fort.

Die Verwaltungsstelle Hamburg des Zentralvereins der Bildhauer will mit den beiden Meistervereinen, dem alten 1863 und dem neuen 1904 gegründeten, eine Vereinbarung schaffen betr. paritätischen Arbeitsnachweises, was notwendig ist um stabilere Lohnverhältnisse für Hamburg und Umgegend herbeizuführen. Die bisherigen Verhandlungen führten zwar zu keinem definitiven Resultat, doch sollen sie zu gelegener Zeit wieder aufgenommen werden.

In Eilenburg haben die Holzbildhauer den Tarif gekündigt und soll ein neuer Tarif mit vierjähriger Vertragsdauer, wie bei den Holzarbeitern, abgeschlossen werden mit einer Verkürzung der Arbeitszeit von 55 auf 54 Stunden pro Woche und entsprechendem Lohnzuschlag.

In Leipzig laufen die Tarife der Steinbildhauer und Modelleure im April d. J. ab; die Bildhauer-Innung will der beabsichtigten und notwendigen Tarifrevision Schwierigkeiten entgegensetzen. Die im Zentralverein der Bildhauer organisierten Gehilfen haben schon die nötigen Maßnahmen getroffen.

Organisierte Scharfmacher im Gärtnergewerbe.

Die seit etwa sechs Jahren bestehende Arbeitgebervereinigung deutscher Handelsgärtner (Sitz Frankfurt a. M.), die ganz nach dem Muster der industriellen Scharfmacherverbände organisiert ist, hatte zu ihrer diesjährigen Generalversammlung auch die leitenden Personen der sechs süddeutschen Handelsgärtnerverbände mit hinzugezogen, um der Scharfmacherei eine weitere Verbreitung zu verschaffen. Im Jahresbericht war schon bei Besprechung der Lohnbewegungen im Gärtnereigewerbe konstatiert, daß diese Bewegungen nur dort zu einigen nennenswerten Erfolgen für die Gärtner geführt hätten, wo die Unternehmervereinigung noch keinen Fuß gefaßt hat. Im allgemeinen „habe das Bestehen der Vereinigung genügt, die Arbeitnehmer von größeren Arbeitseinstellungen in ihrem Bezirk abzuhalten und den Abschluß von Tarifverträgen zu verhindern". Beschlossen wurde, partielle Streiks sofort mit partiellen Aussperrungen zu beantworten. Wenn es sich „um eine nicht zu geringe Zahl Streikender handelt, sollen sofort Listen mit den Namen der Streikenden versandt werden". In Beziehung auf die bestehenden Löhne meinte man feststellen zu können, daß diese allenthalben doch genug seien; in Frankfurt a. M. und in Stuttgart ständen die Gehilfenlöhne sogar (!) über dem Satze der behördlich normierten ortsüblichen Tagelöhne. In Wirklichkeit sind heute in den meisten Orten diese Lohnsätze noch nicht einmal erreicht, was wir zur Steuer der Wahrheit hinzufügen müssen. Es wurde dann noch die Herausgabe eines Flugblattes zum Versand an alle Unternehmer beschlossen. Das Flugblatt ist dieser Tage erschienen, es führt den Titel: „Was soll jeder Gärtner wissen, der gleichzeitig Arbeitgeber ist?" und es sagt in seinen Leitsätzen 1 bis 4:

Jeder Arbeitgeber soll wissen:

1. Daß ein großer Teil unserer Arbeiter organisiert ist und unter Ausschluß unserer Interessen einseitig (!) Einfluß ausübt auf die Arbeitsbedingungen und auf die Gesetzgebung (!), und daß er sich deshalb ebenfalls einer Arbeitgeberorganisation anschließen muß. (Der Arbeitgebervereinigung deutscher Handelsgärtner gehört der größte Teil der in Deutschland bestehenden gärtnerischen Orts- und Landesvereine an.)

2. Daß er sich auf Lohntarife möglichst nicht einlassen, sondern daß er nach Möglichkeit seine Leute nach Leistung bezahlen soll.

3. Daß er jederzeit genaue Listen über die Personalien seiner Arbeiter und Gehilfen führen soll.

4. Daß er sich bei Lohnbewegungen sofort an seine Organisation wenden soll, und daß er sich keinesfalls vorher mit seinen Leuten auf bindende Abmachungen einlassen soll.

Die Personalien, deren Formulare natürlich die Unternehmervereinigung vorschreibt, sind zur Eintragung von Zensuren über die Arbeitsleistungen und besonders über das etwaige gewerkschaftliche Verhalten bestimmt. Eine derart ausgefertigte Liste mit 22 Namen fiel dieser Tage dem Allgemeinen deutschen Gärtnerverein in die Hände: interessant ist jedenfalls, daß die darin eingezeichneten unorganisierten Arbeiter sämtlich die Zensur „schlechter Arbeiter" haben, während unter den als organisiert und „betätigt sich agitatorisch" Geführten nur zwei das gleiche Prädikat erhalten haben, die anderen alle werden als „guter Arbeiter" bezeichnet. — Hervorgehoben muß noch werden, daß fast alle führenden Personen dieser Scharfmacherorganisation politisch sich zu den Freisinnigen und zu den süddeutschen Demokraten rechnen. Herr Emil Becker z. B. ist freisinniger Stadtverordneter in Wiesbaden, Herr Karl Kaufmann in Stuttgart rechnet sich zu den süddeutschen Demokraten und ist im Vorstande der Stuttgarter Ortsgruppe des Hansabundes.

Ausland.

Zum englischen Bergarbeiterstreik.

Die Mitteilungen der bürgerlichen Presse über aussichtsreiche Friedensverhandlungen in der Bergarbeiterbewegung sind vorwiegend Kombinationen, da die Situation zu solcher Beurteilung einstweilen keine Veranlassung gibt. Der mißglückte Versuch, den die Regierung vor Monaten machte, um eine Einigung bei den Bergarbeitern und auch bei den Eisenbahnern herbeizuführen, läßt den jetzigen Bemühungen der Regierung mit Mißtrauen begegnen. Der Vorstand der Bergarbeiterföderation, der gestern zum Premierminister bestellt wurde, konnte nichts ausrichten. Die Entscheidung liegt bei der Generalkonferenz der Föderation, die nächsten Dienstag in London zusammentritt. Die Föderation hat nachdrücklich betont, mit den Unternehmern nur auf der Grundlage der Anerkennung des individuellen Minimallohnes weiter verhandeln zu wollen. Es scheint ausgeschlossen, daß die Regierung die Unternehmer zur Anerkennung dieses Prinzips bewegen kann, und nur das könnte den Frieden sichern. Auf beiden Seiten sind alle Vorbereitungen zum Kampfe getroffen worden, denn es erscheint bei der heutigen Situation fast ausgeschlossen, daß es noch zum friedlichen Abschluß kommt.

*

Der englische Transportarbeiterverband faßte am Freitag folgenden Beschluß: „Der Exekutivausschuß wird beauftragt, sich mit der Bergarbeiterföderation in Verbindung zu setzen, um dieser jede als notwendig erachtete Hilfe zu geben." Dieser Beschluß wird von dem Sekretär so ausgelegt, daß der Transportarbeiterverband nicht nur den Transport inländischer oder ausländischer Kohle verhindern, sondern auch unter Umständen einen Sympathiestreik anordnen wird.

*

London, 25. Februar. Die Arbeiter der Alferton- und Shirlandgruben in Derbyshire beschlossen gestern mit überwältigender Mehrheit, bereits am Montag mittag die Arbeit einzustellen. Derbyshire galt noch für den hoffnungsvollsten Bezirk, was die Abwendung des Streiks anbetrifft. Infolgedessen ist die Stimmung hier sehr pessimistisch geworden, besonders da die Verhandlungen bis auf weiteres eingestellt sind.

*

London, 26. Februar. Eine Versammlung von Bürgermeistern aus allen Teilen des Landes, die unter dem Vorsitze des Lordmayors in Mansionhouse stattfand, nahm einstimmig eine Resolution an, die die Führer der beiden Parteien im Kohlenstreite auffordert, den übertragenden Interessen des Gemeinwohls Rechnung zu tragen, und gleichzeitig der Meinung Ausdruck gibt, daß es keine Schwierigkeiten gebe, die die Vermittler zwingen könnten, unberichteter Sache auseinanderzugehen.

---

16. Quittung. Für die Wärmstube gingen beim Gewerkschaftskartell bis 23. Februar ein: „Graue Presse" 1,20. Arbeiterpersonal bei Wolfram 13,75. Gruppe Löbtau, Tanztour Musenhalle 14,10. Merkel 2,—. Baron v. Burgk, Elbiagerhaus 3,75. Restaurant Kuckuck 3,50. Schuhmacherverband, Tanztour 13,81. A.-K.-G. Kesselsdorf durch Vollmann 13,50. Familienabend Kochwitz durch Unger 5,27. Faschingsabend Reichskrone durch Sommer 15,55. Besichtigung der Bäckerei des Konsumvereins Vorwärts durch Henzschel 5,—. P. Klotzsche 1,—. Frauen des 4. Wahlkreises durch M. Lehmann 4,50. P. und D. 1,—. Strafgelder vom Arbeitspersonal der Firma Seidel 39,70. Vereinigte Turner und Sänger Uebigau und Mickten 7,10. 6. Kreis, Bezirk Kaitz-Leubnitz, Tanztour 11,20. Dramatischer Verein Erika 5,—. Verband der Maler 100,—. Wir geben es gern 400,—. 1. Bundeschor, Winterpartie 2,72. Kontorpersonal des Konsumvereins Vorwärts 22,—. Kohlenlagerpersonal des Konsumverein Vorwärts 8,50. Naturfreunde Mickten-Trachau 4,10. Metallarbeiter-Krankenkasse Radebeul 10,—. Bauarbeiter am Zirkusneubau durch Hille 21,70. Verband freier Gastwirte 100,—. Reichskrone, 4. Kreis durch Fr. Neurich 2,20. Männer- u. Frauenchor Gittersee 5,60. Erzgebirge 0,50. Kraft-Sport-Verein Radebeul 6,50. Zusammen 846,75 M.

Ernst Lieniche.

Quittung. (Gewerkschaftskartell Mügeln.) Für die ausgesperrten Tabakarbeiter Westfalens gingen folgende freiwillige Beiträge ein: Metallarbeiter Mügeln, Listen 214, 217, 218, 223, 224, 226, 227, 961, 963, 964, 965, 967, 968, 969, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 998, 999 und 1000, in Summa 290,90. Lokalkasse der Metallarbeiter Mügeln 104,05. Durch Schäfer, Liste 920 —,30. Mälzer und Arbeiter der Malzfabrik Niedersedlitz, Liste 921 30,90. Hutarbeiter der Firma Berng, Mügeln, und Sächsische Hutfabrik Liste 938 3,30. Maler Mügeln durch Vogl, Listen 939 u. 941 5,55. Textilarbeiter Leuben-Dobritz, Liste 973 28,35. Schuhmacher Mügeln, Liste 977 5,05. Transportarbeiter Niedersedlitz, Listen 979, 980, 981, 982 26,90. Jugendverein Birkwitz durch Höhne 6,—. Gruppe Mügeln, Tanztour am Silvester 8,25. Durch Eifeld, darunter 1 M. vom Luzian, 4,20. Zusammen 514,95 M.

Die noch fehlenden Sammellisten müssen spätestens zur nächsten Kartellsitzung, Dienstag den 27. Februar, abgerechnet werden.

Für die Wärmstube gingen ein: Von r— 2,—. Bierpressende der Kronleuchterfabrik A. M. Seifert durch Wolfe 25,—. Durch Döring 2,—. Maschinisten und Heizer Kleinzschachwitz (Tanztour) 2,—. Hutarbeiter Mügeln durch Hauptmann 50,—. Zusammen 81,— M.

Parteigenossen! Gelesene Nummern der Volkszeitung bitten wir nicht wegzuwerfen sondern zur Gewinnung neuer Abonnenten weiterzugeben. Es ist Pflicht eines jeden Parteigenossen für sein Parteiblatt zu werben.

Das Rennen in Dresden macht
Tymians Thalia-Theater
Görlitzer Str. 6 Telephon 6350 :: Linien 5 und 7
Am 1. u. 15. vollst. Programmwechsel. Sonntag von 11 1 Uhr Fideler Frühschoppen m. Vorst. (30 u. 50 Pf.) Nachm. 4 Uhr Kl. Pr. ab 8 Uhr Gew. Pr. Donnerstag Damen-Kaffee m. Vorstellung

Nur Gr. Brüderg. 10, II.
neben Restaurant Wobia
kaufen Sie gute herrschaftliche wenig getragene wie auch neue Herren-, Damen- u. Kindergarderobe zu billigsten Preisen.

Frauen-Tee!
altbewährt. Paket 75 Pf.
Alle Frauen-Artikel.
R. Freisleben
Postplatz.

Trompeten-
Unterricht erteilt jungen Handwerkern, die sich für später einen guten Nebenverdienst verschaffen wollen Schmidt, Grunaer Str. 3, I

Nur Große Brüdergasse 11, 2
Eingang Quergasse, verk. staunend billig herrschaftl. getr. H.- u. D.-
Kleider, Schuhe Wäsche Betten.

Aktuell!
Zur Volksschul- und Religionsfrage!
„Glaube u. Selbstsucht od. Wissen u. Gemeinsinn?"
Die Broschüre (32 Seiten) stellt die Entwicklungsgeschichte der noch tierisch-egoistischen Lebenstriebe und der Religionen dar und zeigt, wie durch tiefere Erkenntnis der Natur eine wahre Kultur zu schaffen und der krasse Egoismus in höhermenschlichen Gemeinsinn zu wandeln ist.
Die Lebenskunst schreibt in längerer Besprechung: „Eine bedeutsame Schrift, die jeder lesen müßte."
Nur gegen Einsendung von 40 Pf. direkt vom Verfasser Georg Hofmann, Dresden-A. 16, Marschnerstraße 43b, zu beziehen. Preis 40 Pf. Telephon 9163.

Uhrenreinigen

1 M., Feder 75 Pf.
H. Löffler
50 Wettinerstrasse 50.

Kinderwagen, Sportwagen verkaufen Wilsdruffer Straße 31, I.

Neunter Kongreß der französischen Sozialdemokratie.

(Schluß.)

Jaurès: Es handelt sich für uns nicht darum, über die Intervention zweier Genossen zu urteilen, die wir alle achten, sondern, wie Lebas es sagte, darum, die von ihnen aufgestellten Thesen anzunehmen oder zu verwerfen. Und da will ich gleich sagen, daß es unmöglich ist, daß der sozialistische Kongreß die Thesen von unseren beiden Freunden zu seinen eigenen macht, ohne daß die ganze Frage in ihrem vollen Umfang zur Diskussion gestanden hätte, denn wir würden damit grundlegende Beschlüsse internationaler und nationaler Kongresse umstoßen, zu denen diese Thesen in vielen Punkten in schroffem Widerspruch stehen. Ich glaube, daß sie über die Tätigkeit des französischen Syndikalismus ein zwar nicht in allem falsches Urteil gefällt haben, das jedoch sehr übertrieben ist. Ich habe immer gesagt, daß, wenn sich in unserem Lande eines Tages notwendigerweise die Einigung zwischen den politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse vollziehen soll, die unerläßliche Vorbedingung dazu der gegenseitige Respekt der Autonomie jeder der bestehenden Organisationen sei. Ich, für meinen Teil, habe nie dazu geraten, daß die Partei sich vor den Forderungen der C. G. T. beugen soll unter Preisgabe ihrer Selbständigkeit. Um der zukünftigen Harmonie willen wünsche ich, daß sich die Kritik, die jedem von uns am anderen erlaubt ist, sich in maßvoller Weise vollzieht. Und selbst, wenn auf Seiten der C. G. T. einige Wilde diese Gerechtigkeit uns gegenüber nicht haben sollten, so müssen wir uns in unserer Art sie zu beurteilen darüber stellen. Ja, wir wissen alle, daß dauerhafte Siege nur durch starke Syndikate erzielt werden können. Aber wir dürfen dabei nicht vergessen, mit welchen furchtbaren Schwierigkeiten die französischen Gewerkschaften zu kämpfen hatten. Und um verfehlter Streiks willen darf man nicht immer gleich die ganze Methode dafür verantwortlich machen. Als 1883 die Bergarbeiter der nördlichen Departements den Streik erklärten, wurden sie besiegt. Aber trotzdem sind sie heute zu einer der stärksten Organisationen geworden. Man darf sich nicht durch Augenblickserwägungen in seinem Urteil beeinflussen lassen. Sie wissen alle, daß ich Gewalttätigkeiten nicht liebe, schon darum nicht, weil man damit Gefahr läuft, die kulturellen Versprechungen des proletarischen Kampfes zu kompromittieren. Aber alle diese Gewalttätigkeiten sind nichts weiter als Zeichen der Schwäche der Organisationen. Je mehr Mitglieder in einer Organisation sich zusammenfinden, desto weniger denken sie daran, Gewalt zu gebrauchen. Wir wollen uns nicht durch die Methoden der bürgerlichen Preßpolemik düpieren lassen. Früher hat man den Sozialismus als Schreckgespenst vorgeführt. Nun hat sich das Land langsam an den Sozialismus gewöhnt, so mußte man etwas Neues haben: und dieses Neue hat man im Syndikalismus, in der Sabotage gefunden. Der kleinste Zwischenfall wird heute von der bürgerlichen Presse zu einem Akt der Sabotage aufgebauscht. Unsere ganzen Bemühungen müssen darauf gerichtet sein, die Gewerkschaften so stark zu machen, daß sie es nicht mehr nötig haben, zu solchen Gewaltmitteln zu greifen. Einstweilen wollen wir unsere Empörung und unseren Zorn nicht gegen diejenigen kehren, die immer die Opfer der heutigen Gesellschaft sind, sondern gegen diejenigen, die die eigentliche Ursache bilden, gegen die Unterdrücker. Was ich in den von den edelsten und besten sozialistischen Gefühlen diktierten Reden von Compère-Morel und Ghesquière am meisten bedaure, besteht darin, daß sie neben ihre Kritik der syndikalistischen Gewalttätigkeiten nicht auch eine ebenso scharfe Kritik der Regierungsgewalttätigkeiten gesetzt haben. Ihre Grundthese kann ich ebenfalls nicht gutheißen. Es ist nicht wahr, daß der revolutionäre Syndikalismus sich nicht um die Entwicklung der heimischen Industrie bekümmert. Heute morgen können Sie einen Artikel von einem ihrer namhaftesten Führer, Griffuelhes, lesen, in dem drin steht, daß die Vorbedingung einer gut organisierten Arbeiterbewegung in einer aufstrebenden und blühenden Industrie bestehe. In der letzten Zeit hat sich verschiedenes ereignet, das auf eine Versöhnung zwischen den Gewerkschaften und der Partei hindeutet. Damit diese Strömung immer stärker wird, ist es nötig, daß wir Vertrauen zu den Syndikaten, und sie Vertrauen zu uns haben. Die Thesen von Compère-Morel und Ghesquière verkleinern die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Betätigung. Was mich am meisten wundert ist der Gegensatz zwischen den reinreformistischen Forderungen, die Compère-Morel den Gewerkschaften zugestehen will, und dem Charakter der allgemeinen politischen Anschauungen von ihm und seinen Freunden, die uns im Parlament von dieser reformatorischen Tätigkeit zurückhalten wollen. Sie raten den Gewerkschaftlern, Gegenseitigkeitsversicherungskassen in den Gewerkschaften zu bilden, und haben ihnen davon abgeraten, Beiträge für die staatliche Altersversicherung zu zahlen. Der Kongreß kann unter keinen Umständen Reden gutheißen, die das Ideal der Syndikate herabziehen, und die in ihrer Form gegen die Partei und gegen das Proletariat ausgebeutet werden könnten.

Ghesquière: Wir haben in der Kammer unsere Reden gehalten, weil wir der Ansicht waren, daß endlich Schluß gemacht werden muß mit den unerhört gemeinen Angriffen der Syndikalisten gegen die sozialistische Partei. Ich kenne aus eigenster Erfahrung das Uebel, das uns die Anarchisten überall zufügen. Wir leiden mehr wie jeder andere unter der Spaltung zwischen den Gewerkschaften und der Partei, aber eben deshalb haben wir uns entschlossen, unsere Stimme einmal laut zu erheben. Die C. G. T. haben wir in der Kammer nicht angegriffen. Aber es war unser Recht, dort zu sagen, für welche der beiden gewerkschaftlichen Thesen wir sind, für die der systematischen Arbeit oder für die der Gewalt. Ich habe lediglich gesagt, daß man die Gewalttätigkeit nicht systematisieren darf. Mir, wie vielen anderen, war es unangenehm, in der Kammer immer mit den Saboteuren verwechselt zu werden. Die Krisis, in der sich der französische Syndikalismus gegenwärtig befindet, zwingt uns, zu den verschiedenen Methoden Stellung zu nehmen.

Compère-Morel: Wir hatten, als wir unsere Reden in der Kammer hielten, keineswegs die Absicht, bestehende Beschlüsse umzustoßen. Zum Beweis dafür verliest der Redner fast die ganze Rede, die er zu Ende des vorigen Jahres in der Kammer hielt. Es ist mir völlig gleichgültig, ob man mich tadelt dafür. Ich bin überzeugt, der französischen Arbeiterklasse damit einen guten Dienst geleistet zu haben, als ich sagte, daß das Syndikat eine Vorschule für den Sozialismus sein soll. Wir müssen soviel Sozialisten wie nur möglich in die Gewerkschaften schicken. Wir befinden uns keineswegs im Gegensatz zu den Resolutionen von Stuttgart, und wir werden sie sogar selbst wieder einbringen. Dann werden wir ja sehen, wer dafür und wer dagegen ist. (Ein Teil der französischen Sektion hat bekanntlich auf dem Stuttgarter Kongreß gegen die angenommene Resolution gestimmt.) Denn wir sind auch der Ansicht, daß über dem Nationalismus der Internationalismus steht. Das heißt noch lange nicht, daß wir den heutigen französischen Syndikalismus nicht angreifen dürfen. Wir haben niemals den Antimilitarismus getadelt, sondern immer nur den Antipatriotismus, so wie er von vielen aufgefaßt wurde. Wenn wir heute die Lage in Frankreich ansehen, müssen wir feststellen, daß die Unternehmer viel besser organisiert sind als die Arbeiter. Frankreich steht erst an sechster Stelle, wenn man die Zahl der organisierten Arbeiter mit der Bevölkerungsziffer vergleicht. Und sogar erst an siebzehnter Stelle, wenn man nur die Zahl der der C. G. T. angeschlossenen Organisierten in Betracht zieht. (Man wirft dem Redner vor, daß er Regierungsstatistiken benutze, wogegen er sich jedoch scharf verteidigt.) Auf Grund der Betrachtung dieses Zustandes sind wir dazu gekommen, laut ins Land zu rufen, daß die Kampfmethoden der Syndikate geändert werden müßten, daß wir gegen die revolutionäre Gymnastik protestieren, gegen die Sabotage, gegen die Gewalttätigkeit, die zerstörend auf das Proletariat wirkt, und die Rekrutierung der sozialistischen Partei ebenso erschwert wie die Rekrutierung der Gewerkschaften. Bei den letzten Kammerwahlen haben wir sehen müssen, daß die Anarchisten in allen Versammlungen systematisch gegen uns arbeiteten und uns unsere Versammlungen sprengten. Ihnen ist es zu verdanken, daß ein so alter Führer wie Allemanne durchgefallen ist. Mein ganzes Leben werde ich dazu benutzen, um der Arbeiterklasse zuzurufen: „Organisation, Organisation und noch einmal Organisation!“ Der Redner bringt dann eine Resolution ein im Sinne seiner Rede. Nach langer und heftiger Diskussion wird diese Resolution, ehe sie zur Abstimmung gelangt, der Resolutionskommission überwiesen.

Zur Frage der Beziehungen der sozialistischen Partei zu den Freimaurerorganisationen erhält das Wort Guillet: Wenn man sagt, daß die Freimaurer einen Pakt mit dem Bürgertum abgeschlossen hätten, so sei das unrichtig. Statutengemäß sind die freimaurerischen Organisationen bloß philantropische Gesellschaften, die sich auf der Suche nach Wahrheit befinden. Gegenseitige Duldung sei ihr Hauptprinzip. Die Logen prüfen alle Fragen, auch den Kollektivismus, und manches ihrer Mitglieder könnte den Sozialisten eine Lektion erteilen. Die Freimaurerei als solche mache keine Politik.

Bracke: Die Hauptfrage liege darin, ob die Freimaurerei einen politischen Einfluß auf ihre Mitglieder besitze. Es sei nicht angängig, die Parteimitglieder in Freimaurer und Nichtfreimaurer zu spalten. So lange die Freimaurer nicht nachgewiesen hätten, daß die Freimaurerei die Partei ersetzen könne, würde die Frage auf jedem Kongreß wieder gestellt werden.

Uhry: Die Frage ist niemals vor dem Kongreß von Limoges gestellt worden. Das einzige, was man von den Genossen verlangte, war, daß sie der Sache des Proletariats ergeben seien. Man hat nicht nur die Freimaurer angegriffen. Die eigentlichen Urheber des Kampfes gegen die Freimaurerei seien Parteigenossen, die früher den freimaurerischen Organisationen angehörten. Der Redner nennt einige Namen, was einen Tumult zur Folge hat. Es wäre klüger gewesen, wenn sich die Partei um die Frage der Lebensmittelteuerung bekümmert hätte, statt um diese Frage. Die Freimaurerei hat zur sozialistischen Konzentration beigetragen. Seit über zwölf Jahren seien die Logen nicht mehr politisch. (Ein Delegierter stellt fest, daß die Loge von Albi bei den letzten Wahlen sieben Reaktionären zum Sieg verhalf.) Die Sozialisten könnten in den Logen sozialistische Propaganda treiben. Leute, wie Allemanne, Groussier, Sembat, die Freimaurer sind, kann man nicht anklagen, ihre Pflicht gegenüber der Arbeiterschaft verfehlt zu haben. Man versuche jetzt, die Freimaurer der Partei zu diskreditieren, wie man einmal versucht habe, die Juden der Partei zu diskreditieren. Der Redner schließt mit einem Appell an die Genossen, sich durch solche Fragen nicht auseinander treiben zu lassen.

In der Mittwochsitzung nahm Vago als Erster das Wort. Die Rede von Uhry hat mir gezeigt, daß ich gegen die Freimaurerei manches unberechtigte Vorurteil hatte. Der Kongreß soll die Partei in dieser Frage nicht teilen. Die Arbeiterklasse fordert nicht, daß wir über die jüdische, die christliche, die freimaurerische Frage diskutieren, sondern über die Lebensmittelteuerung, die Gemeinderatswahlen usw., die noch nicht angeschnitten worden sind, obwohl wir uns am letzten Kongreßtag befinden.

Poncet: Die Freimaurerei ist eine politische Organisation. Wenn sie eine Stütze der bürgerlichen Revolution bilden konnte, so bin ich eben deshalb der Ansicht, daß sie keine Stütze der proletarischen Revolution bilden wird. Sie ist die geheime Organisation des herrschenden Radikalismus, und trachtet nur danach, die Macht desselben zu erhalten.

Groussier verteidigt die Freimaurerorganisationen, die niemals als solche Politik machten, ihren Mitgliedern jedoch volle Freiheit ließen. Die Freimaurerei ist keine Kirche, denn sie hat keine Dogmen. Sie ist für die Weltlichkeit und gegen die politische Macht der Kirche. Wollen Sie mir etwa vorwerfen, daß ich jemals die Pflichten meiner Partei gegenüber vernachlässigt habe infolge meiner Zugehörigkeit zur Freimaurerei. Für uns alle ist der Kampf für den Sozialismus das Wichtigste, wir wollen ihn in alle Zirkel tragen.

Myrhens behauptet, daß die Freimaurerei keineswegs unpolitisch wäre, und zum Beweis dafür liest er eine große Anzahl von Dokumenten aus früheren Jahren vor, aus denen hervorgeht, daß einzelne Logen sich in Wahlzeiten rege betätigt haben. Die Freimaurerei sei eine ausschließlich bourgeoise Organisation, in der die Parteigenossen nichts zu suchen haben.

de Pressensé verteidigt die Freimaurerei gegen Myrhens' Beschuldigungen und hebt ihren Wert hervor im Kampfe gegen die geistige Reaktion. Hauptsächlich betont er, daß die Liga der Menschenrechte, deren Präsident er ist und die der Freimaurerei sich angeschlossen hat, irgendwelche politische Ziele verfolge.

Grazianl weist an einem Beispiel nach, daß Sozialisten mit einem Polizeikommissar in einer Loge gemeinsam über die demnächst stattfindenden Gemeinderatswahlen berieten und appelliert an die freimaurerischen Genossen, ihre ganze Kraft der Partei zur Verfügung zu stellen.

Lebas: Die Freimaurerei hindert auf diesen Gebieten die Aktion der Sozialdemokratie. Deshalb wäre es wünschenswert, daß sich die Parteigenossen von ihr fernhielten: Wenn man sagt, daß die Freimaurerei vor allem für die Weltlichkeit eintrete, so erschreckt mich das eben, weil dadurch ein Terrain geschaffen wird, auf dem sich die Proletarier mit den bürgerlichen Republikanern begegnen, sie, die immer getrennt bleiben sollten.

Sembat hebt den erzieherischen Wert der Freimaurerei hervor, den sie auch für die Arbeiterklasse haben kann, und betont, daß man sich ausschließlich mit philosophischen Fragen beschäftige. Die Freimaurerei sei keine politische Gesellschaft. Er, als Vizepräsident des Obersten Rats, müsse das wissen. Wenn die Freimaurerei anfinge politisch zu werden, würden wir Sozialisten alle sofort austreten. Soweit sie für die Weltlichkeit kämpfe, tue sie das in voller Unabhängigkeit von der herrschenden radikalen Partei. In Zukunft wie in der Vergangenheit werden die freimaurerischen Sozialisten auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe an der Seite der nichtfreimaurerischen Genossen zu finden sein.

Es liegen drei Resolutionen vor, von denen die erste die Genossen auffordert, innerhalb von sechs Monaten aus den Logen auszutreten, die zweite sie nur dazu einlädt, ihre Kräfte ganz der Partei zu geben, und die dritte ihnen wie bisher volle Handlungsfreiheit läßt unter ausdrücklicher Betonung, daß die Partei sich nicht um die Zugehörigkeit ihrer Mitglieder zu philosophischen oder erzieherischen Gesellschaften zu kümmern hat, wenn sie kein politisches Ziel haben und ihre Grundsätze dem Sozialismus nicht widersprechen. Diese dritte Resolution wird mit 1565 Mandaten angenommen gegen 927 für die zweite und 103 für die erste Resolution.

Zum Fall Ghesquière, Compère-Morel hat die Resolutionskommission einstimmig bei zwei Enthaltungen folgende Resolution angenommen, die sie jetzt dem Kongreß vorlegt:

„Der Kongreß erkennt an, daß die Genossen Ghesquière und Compère-Morel bei ihrer Intervention in der Kammer von keinem anderen Wunsch geleitet wurden, als den Interessen der Arbeiterklasse zu dienen und daß es ihnen sehr ernsthaft notwendig erscheinen mochte, die Aufmerksamkeit der Arbeiter auf die Gefahren einer Propaganda des systematischen Antiparlamentarismus und der Gewalttätigkeit zu lenken. Der Kongreß erinnert an die in bezug auf die gewerkschaftliche und politische Tätigkeit der Arbeiterklasse angenommenen Entscheidungen von den nationalen Kongressen in Limoges, Nancy, Toulouse und vom internationalen Kongreß in Stuttgart, und lädt alle Arbeiter ein, sich davon leiten zu lassen um des notwendigen Annäherungswerkes willen.“

Lafont erklärt, daß für ihn und viele andere diese Resolution unannehmbar wäre. Er wisse, daß es Stunden gebe, in denen man gegenseitig Konzessionen machen müsse: aber die jetzige sei nicht dazu angetan. Diese Resolution gibt im Grunde Ghesquière und Compère-Morel recht. Sie bildet eine Kollektiv-Heuchelei, denn hinter ihr verbergen sich ganz verschiedene Anschauungen.

Dubreuilh betont, daß die Resolution lediglich die Einheit der Partei bestätige allen Meinungsverschiedenheiten zum Trotz.

Ein Antrag auf Abstimmung nach Mandaten liegt vor. Er wird angenommen. Die vorliegende Resolution wird angenommen mit 2238 Mandaten gegen 180 bei 144 Enthaltungen.

Zum Bericht der parlamentarischen Fraktion teilt Laudier im Namen der Resolutionskommission mit, daß die Kommission die Gutheißung der allgemeinen Tätigkeit der Fraktion vorschlage. Einstimmig schlägt die Kommission ferner vor, auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses, dem Vorschlage von Jaurès gemäß, die allgemeine Politik der Partei als Hauptpunkt zu stellen. Im Rahmen der so gestellten Frage könnten dann auch alle anderen Platz finden, die jetzt wieder nicht erledigt werden konnten, wie die Agrarfrage, das Amendement Vaillant-Keir Hardie über die Haltung der Partei im Kriegsfall, unsere Stellung zum Generalstreik usw. Dagegen soll die Frage der Lebensmittelteuerung, die nicht mehr zur Behandlung kommen konnte, dem nächsten Nationalrat überwiesen werden.

Der Kongreß heißt alle Vorschläge gut. Die Frage des Antialkoholismus wird auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses verschoben. Außerdem werden nacheinander einstimmig noch Resolutionen angenommen, von denen die eine den Parteivorstand beauftragt, für die nächsten Gemeinderatswahlen ein Programm auszuarbeiten auf Grund der Beschlüsse von St. Quentin, die andere die Weltlichkeitspolitik der Partei bestätigt, die dritte sich gegen den Antisemitismus wendet, und die vierte im Prinzip die Gründung sozialistischer Jugendorganisationen gutheißt.

Nach der Wahl des Parteivorstandes wird der Kongreß nach Mitternacht geschlossen mit einem Hoch auf die Internationale.

Versammlungen.

Bezirk Gorbitz. Mitgliederversammlung am 17. Februar im Restaurant Hofmann, Niedergorbitz. Genosse Kürth berichtet aus dem Gemeinderat und dem Schulvorstand zu Niedergorbitz. Die von der Gemeinde erbauten Häuser verzinsen sich noch nicht zu 5 Prozent, wie es von der Amtshauptmannschaft vorgerechnet war. Es muß deshalb ein Zuschuß aus Gemeindemitteln erfolgen. Um das aber für die Zukunft zu vermeiden, werden die Mieten, die die letzte Steigerung noch nicht erfahren haben, erhöht. Das Gesuch des Ausschusses für Jugendpflege, um eine Beihilfe von 100 M. jährlich, wurde im Gemeinderat sowohl wie im Schulvorstand abgelehnt. Das Gesuch von zehn Fortbildungsschülern, um Erlaubnis des Turnens beim Arbeiterturnverein, wurde genehmigt. Der Antrag auf Bestrafung einer Anzahl Eltern, weil ihre Kinder noch am Kinderturnen des Arbeiterturnvereins teilnehmen, war gegenstandslos, da der Nachtrag zur Lokalschulordnung, auf den sich dieser Antrag stützt, noch nicht veröffentlicht war. Die Veröffentlichung ist inzwischen erfolgt. Um Bestrafung zu vermeiden, wird den Eltern geraten, ihre Kinder nicht mehr zum Turnen zu schicken. — Genosse Hecht berichtet aus dem Gemeinderat von Obergorbitz. Der Antrag des Gemeindevorstandes, um Gehaltserhöhung und berufsmäßige Anstellung, wurde abgelehnt. Jedoch wurden diesem auf die Jahre 1911 und 1912 je 100 M. für die Verwaltung der Häuser gewährt. — Genosse Büttner berichtet aus Gompitz, daß seine Anträge auf Einführung öffentlicher Gemeinderatssitzungen und Bewilligung eines zweiten Vertreters abgelehnt wurden. — Genosse Rülke kennzeichnet die in Obergorbitz herrschende Interessenpolitik und ergänzt den Bericht des Genossen Hecht. Demnach wird die Klassensteuer für dieses Jahr um 10 Prozent herabgesetzt. — In der Debatte zu den Berichten der Gemeindevertreter fordert Genosse Werner auf, die Kinder nicht etwa zum deutschen Turnverein gehen zu lassen, sondern überhaupt auf das Turnen zu verzichten. Genosse Sonntag erklärte, der schärfste Protest müßte einsetzen gegen Bettelgesuche wie die des nationalen Jugendschutzes. Die Arbeiterschaft soll ihre aus der Schule entlassenen Kinder dem Jugendbildungsverein der Arbeiterschaft zuführen und für regen Besuch der Veranstaltungen dieses Vereins Sorge tragen. — Aus dem Kreisvorstand berichtet Rülke. Die Genossen Werner und Konnack sowie Genossin Mäge sind in die Kinderschutzkommission gewählt. An Stelle des Genossen Tauber, welcher sein Amt als Beitragskassierer selbst niedergelegt hat, wurde Genosse Bormann gewählt. Zu einer längeren Aussprache gab das Verhalten des Roßthaler Gastwirts Veranlassung. Zur Regelung der Angelegenheit ist die Verwaltung beauftragt und wird weiteres in der Zeitung bekanntgegeben. Nach einer Aufforderung, die am 9. März stattfindende Einwohnerversammlung, in welcher Genosse Thiel-Nürnberg das Referat übernommen hat, recht zahlreich zu besuchen, schließt Genosse Grosche die Versammlung.

Niederhäslich. Am Sonntag den 18. Februar fand im Gasthof eine gutbesuchte öffentliche Einwohnerversammlung statt, in der Landtagsabgeordneter Genosse Nitzsche über den Entwurf des neuen Volksschulgesetzes referierte. Den belehrenden und interessanten Ausführungen lohnte reicher Beifall. In der Debatte wurden u. a. auch örtliche Vorkommnisse in der Schule besprochen, wobei Aeußerungen und Handlungen einiger Lehrer einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Im Schlußwort stellte der Referent fest, daß dies die erste unter den vielen Versammlungen über das Volksschulgesetz sei, die er abgehalten, in der kein Lehrer anwesend sei. Es sei das ein Beweis, daß die Niederhäslicher Lehrerschaft eine Ausnahme unter den sächsischen Lehrern bilde und nur Interesse an den Schulfragen zu haben scheine, wenn es sich um Erhöhung der Gehälter handelt. Im zweiten Teil berichteten die Genossen Präfer und Lange über Schul- und Gemeindeangelegenheiten. Der Ortsausschuß für Jugendpflege in Verbindung mit dem nationalen Turnverein hatten ein Gesuch um Ueberlassung des Platzes zwischen Schule und Rathaus an den Gemeinderat gerichtet, dasselbe fand trotz energischen Protestes unserer Genossen Annahme. Des weiteren wurde berichtet, daß dieselben Vereinigungen auf diesem Platze den Bau einer Turnhalle planen, die die Gemeinde mit als Schulturnhalle benutzen soll. Dafür sollen 500 M. pro Jahr von der Schulgemeinde bezahlt werden. Diese Sache wurde bis zur Ermittlung der Bau- und Unterhaltskosten zurückgestellt. Zu bemerken ist, daß der Turnverein Poisental, Mitglied des Arbeiterturnerbundes seine neue Halle der Schule unentgeltlich, nur gegen Erstattung der Heizungs- und Reinigungskosten, angeboten hatte, jedoch ablagenden Bescheid erhielt. Durch Beschluß der bürgerlichen Schulvorstandsmitglieder erhielten die Lehrer eine Teuerungszulage von insgesamt 600 M. Ein Nachtrag zur Ortsschulordnung, der dem Schulleiter das Recht verleiht, Fortbildungsschülern den Eintritt oder Verbleib in Vereinen oder Gesellschaften zu versagen, wurde gleichfalls gegen die Stimme unseres Genossen angenommen. Da diese Bestimmung gegen den freien Turnverein bereits scharfe Anwendung findet, protestierte die Versammlung durch einstimmige Annahme folgender Resolution: „Die öffentliche Einwohnerversammlung beauftragt die anwesenden Schulvorstandsmitglieder, gegen die rigorose von politischer Tendenz geleitete Anwendung des Nachtrags zur Ortsschulordnung vom 20. Dezember 1911 im Schulvorstand zu protestieren.“ (Eing. 20./2.)

6. Kreis. Altenberg. In der am Sonntag den 18. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung hielt Genosse Landtagsabgeordneter Linke einen Vortrag über: Was lehren uns die Reichstagswahlen und welches sind unsere nächsten Aufgaben. Beifall lohnte seine Ausführungen. Der Vorstandsbericht wurde ohne wesentliche Debatte entgegengenommen. Mit der Zeitungskolportage ist man jetzt zufrieden, da die einstigen Beschwerden abgestellt worden sind. Es wurde ausgesprochen, daß bei irgendwelchen Vorkommnissen man erst den Bezirksführer davon benachrichtigen soll, ehe man weitere Schritte unternimmt. Auch wurde der Wunsch laut, es zu ermöglichen, daß die Zeitung abends noch zur Austragung gelangen kann. Eine Kommission zur Erwerbung des Bürgerrechts und der Staatsangehörigkeit wurde gewählt. In dieselbe werden gewählt die Genossen Eichler, Helmann und Paul Püschel. Auch haben diese Zeitungsangelegenheiten mit zu erledigen. Es wurde darauf hingewiesen, daß beim Einsenden von Berichten an die Zeitung man sich der größten Wahrheit befleißen soll.

5. Kreis. 1. Bezirk. Bezirksversammlung. Anwesend sind 60 bis 70 Mitglieder. Genosse Voigt gab den Vorstandsbericht. Besonders hingewiesen sei auch an dieser Stelle darauf, daß die Sammellisten, ob leer oder ausgefüllt, ungesäumt an Genossen Krause, Galeriestraße 13, abzuliefern sind. Eine rege Diskussion entspann sich über den vom Genossen Zanghänel erstatteten Bericht der Zeitungskommission. Gewünscht wurde ein möglichst frühzeitiges Erscheinen der Zeitung, natürlich darf dieses aber nicht auf Kosten der Aktualität

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120226/9
gefördert von der
Deutschen Forschungsgemeinschaft
DFG

geschehen. Für die Hochschulkurse und die wissenschaftlichen Vorträge in der Gewerkschaftsbewegung soll mehr Propaganda in der Zeitung betrieben werden. Dem Antrag der Gruppe 5, den lokalen Teil mehr als bisher auszubauen, wurde zugestimmt. Von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß der Vorwärts und die Leipziger Volkszeitung ihren lokalen Teil weit besser ausgestaltet haben. Zu den Vortragskursen des Genossen Dr. Duncker wurde ein Antrag des Genossen Krause einstimmig angenommen, nach welchem die einzelnen Gruppen im Verhältnis zu ihrer Mitgliederzahl beständige Genossen in den Kursus delegieren, die der Gruppe für regelmäßigen Besuch verantwortlich sind und eventuell in der Gruppe über das Gehörte berichten können. Den Bericht aus dem Maikomitee gab Möller. Tomaschke regte an, zur Erlangung künstlerischer Maifestkarten sich an den Verband der Lithographen und Steindrucker zu wenden und von einem allgemeinen Preisausschreiben abzusehen. Genosse Möller wünschte unter Zustimmung der Gruppe eine öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: Die politische Lage und Genossen Gradnauer als Referenten. In die Kinderschutzkommission wurden gewählt Genosse Brettschneider und Genossin Emma Sobig. Als Stellvertreter für den 6. Bezirk fungiert künftig Genosse Gätsch. (Eing. 21.2.)

5. Kreis, Gruppe 6. Bezirksversammlung vom 16. Februar. Dem Antrag der Gruppe 5, den lokalen Teil der Dresdner Volkszeitung besser auszugestalten, wird im wesentlichen zugestimmt. Des weiteren ist aus dem Vorstandsbericht zu entnehmen, daß Genosse Duncker Unterrichtskurse an zirka acht Abenden mit je 30 Teilnehmern veranstalten wird. In die Kinderschutzkommission wurde Genosse Herrich an Stelle des Genossen Weise gewählt. Da zu wenig Genossinnen anwesend waren, konnte keine gewählt werden. Die Broschüre des Genossen Pannekoek, welche unsere Parteistellung zu Eigentum, Staat und Religion behandelt, soll als Flugblatt herausgegeben werden, damit die große Masse der Indifferenten Aufklärung erhalte. Genosse Sebel beantragt, dies dem Vorstande zu unterbreiten. Genosse Steiniger gibt die Beschlüsse vom Maikomitee bekannt. Das Bürgerrecht zu erwerben wird den Genossen zur besonderen Pflicht gemacht. (Eing. 23.2.)

Außerordentliche Generalversammlung des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen.

k. r. **Berlin**, 22. Februar.

Zweiter Verhandlungstag.

Am Nachmittag des ersten Verhandlungstages wandten sich zunächst die Genossin Thiede und Döblin (Buchdrucker) polemisch gegen die Ausführungen des Berliner Vorsitzenden.

Döblin führte mit besonderer Schärfe aus, daß Moritz sich jetzt darauf zurückziehe, nicht nachzuweisen, daß das Errungene wertlos ist — er muß vielmehr anerkennen, daß der Tarif für die Gesamtheit ein wesentlicher Fortschritt ist, und im Interesse der Gesamtheit müssen stets einzelne Filialen einmal ihre Sonderinteressen fahren lassen —, aber Moritz stellt die Frage jetzt so: War der Hauptvorstand berechtigt, diese Errungenschaft für die Gesamtheit anzunehmen? Er (Döblin) müsse sagen, der Vorstand ist stets kompetent, einen Abschluß zu treffen, wenn es sich um einen Fortschritt für die Gesamtheit handelt. Moritz täte gut, jetzt anzuerkennen, er habe ein schlechtes Beispiel gegeben, er war im besten Begriff, eine kolossale Schädigung der Gesamtheit herbeizuführen, und er diene am besten dem Gesamtwohl, wenn er jetzt eindringlich seine Hand zum Frieden biete.

Schmid-München: Die Kollegin Thiede hat vor den Provinzialkollegen fortwährend mit den Berliner Löhnen operiert und dadurch selbst die Stimmung groß gezogen, die dem jetzigen Tarif so feindlich ist. Ohne Tarif ist die Situation für die Kollegen unter Umständen bedeutend günstiger. Jetzt haben die Prinzipale nur für diejenigen Orte abgeschlossen, die ihnen gefährlich werden konnten, für die anderen Orte weigern sie sich. Und wie sehen denn die Errungenschaften für die Tariforte aus? Erhöhungen von 1 M. sind wirklich keine angemessenen Aufbesserungen bei den Teuerungsverhältnissen. Unter keinen Umständen kann dem Hauptvorstand das Recht eingeräumt werden, über die Köpfe der Filialen einen Tarif abzuschließen, ohne daß die Kollegen einen Tarif haben wollen.

Baumgarten-Berlin verteidigt ebenfalls in längerer Ausführung das Verhalten der Berliner. Für dieses Verhalten sind übrigens nicht Moritz oder der Ortsvorstand die Verantwortlichen, sondern die Vertrauensmänner und die gesamte Mitgliedschaft haben durch ihre Resolution dem Vorstand die Direktive gegeben.

Bucher-Berlin (Redakteur): Ich bin überzeugt, daß viele von den Delegierten sich die Schäden des Tarifvertrags ganz anders vorgestellt haben, als sie bis jetzt von den Opponenten zum Ausdruck gebracht sind. Diese suchen jetzt die Frage so zu drehen: Nicht, um was handelt der Tarif, sondern, wer ist berechtigt, den Tarif abzuschließen? — Ehe Redner auf diese Frage eingeht, weist er als Redakteur kurz die gegen die Haltung der Solidarität erhobenen Vorwürfe zurück. Die Solidarität hat wahrheitsgemäß berichtet. Ein Beweis dafür liegt schon darin, daß auch das Mitteilungsblatt der Berliner den Berichten der Solidarität nichts anhaben konnte. — Schmid hat mit seiner Auffassung, daß man nur vorteilhafte Tarife erstreben soll, vollkommen recht. Aber es handelt sich im gegebenen praktischen Fall darum, ob man stark genug ist, durch Kampf mehr zu erzwingen, als man auf dem Wege der friedlichen Verhandlungen erreicht hat. An dem jetzigen Tarif hätten auch die Berliner im großen und ganzen nichts auszusetzen, vor allem, soweit die Löhne in Betracht kommen. Da solle man auch über die Form des Zustandekommens des Tarifs nicht länger streiten, sondern anerkennen, daß der Vorstand vom besten Willen geleitet war und seine Schuldigkeit tat.

Werner-Stuttgart: Unsere Delegierten haben den Auftrag, hier nach gutem Gewissen zu urteilen, und ich muß nach der gepflogenen Debatte anerkennen, daß der Vorstand seine Pflicht vollständig erfüllt hat.

Gertrud Hanna (Vorstand) verteidigt ebenfalls die Maßnahme des Vorstands und geht in sehr scharfer Weise gegen die Vergehen der Berliner an. Nach ihrer Meinung haben die für die Vorgänge verantwortlichen Personen den Ausschluß verdient.

Die Verhandlungen am Freitag morgen beginnen mit einer scharfen Anklagerede der Genossin Thiede gegen die Berliner. Die Konflikte mit Berlin traten nicht nur in diesem Tariffall zutage, sie bestehen schon lange. Fortgesetzt habe der Vorstand sich in der Abwehr befunden und einen Teil seiner besten Kräfte verzetteln müssen. Und gerade Moritz, der in der Filiale Berlin den Einfluß eines Diktators ausübe, trete rücksichtslos die Interessen der „Provinzler" unter die Füße, wenn es ihm paßt. Auch in der Verwaltung handele Moritz ganz nach seinem eigenen Kopf. Er weigert sich, die Verwaltung nach den Weisungen des Hauptvorstandes zu ordnen, ja, dem Vorstand nur einen richtigen Einblick in die Verwaltungsgeschäfte zu geben. Der Vorstand sei gezwungen, das vollständig selbstherrliche diktatorische Vorgehen Moritz' öffentlich zur Sprache zu bringen, damit endlich Remedur geschaffen wird.

Moritz-Berlin erwidert auf diese Ausführungen, daß anscheinend der Vorstand sich in bezug auf die Tariffrage in schlechter Lage fühle, sonst würde er jetzt nicht andere Dinge in die Debatte ziehen. In all den Fällen, wo er, Moritz, im Auftrage des Vorstandes dessen Anordnungen bei den Mitgliedern durchdrücken mußte, habe der Vorstand an dem radikalen selbstherrlichen Auftreten Moritz' nichts auszusetzen gehabt. Oft genug habe Moritz seine Haut für den Vorstand zu Markte getragen. Auf die Kollegen der Provinz muß es ja als ein wirksames Beeinflussungsmittel wirken, wenn ihnen jetzt gesagt wird, daß Moritz sich gewissermaßen mit einer Handbewegung über die Provinzinteressen hinweggesetzt. Daß er dieses jedoch getan, bestreitet Moritz entschieden. Ebenfalls kann er die Berechtigung der Vorwürfe gegen die Art seiner Geschäftsführung nicht anerkennen.

In längeren Ausführungen wendet Moritz sich gegen die gestrigen Vorhaltungen Buchers, die den Berlinern die Einführung nichttariflicher Zustände in verschiedenen Betrieben zum Vorwurf machten. Die Kollegin Hanna deutete gestern auf eine Absicht der Berliner, sich zu lokalisieren, hin. Der Redner sagt, die Berliner seien nicht dumm genug, diesen Gedanken auch nur gesagt zu haben.

Nach diesen Ausführungen erhält die Debatte auf mehrere Stunden lang einen stark persönlichen Anstrich. Herrmann-Dresden wies denn auch auf die Notwendigkeit hin, wieder die prinzipielle Seite der Frage in den Vordergrund zu stellen. Er müsse konstatieren, daß die in Bremen festgelegten Richtlinien beim jetzigen Tarif nicht eingehalten sind. Dafür verdienen Vorwürfe nicht nur der Hauptvorstand, sondern auch die Gauleiter, die schon in wiederholtem Falle widerspruchslos die Vorschläge des Vorstandes sanktioniert haben. Der Tarif legt den Mitgliedern scharfe Verpflichtungen auf — Haftpflicht, Unterordnung unter den Spruch des Tarifamts u. a. —, was aber bietet dafür das Unternehmertum den Arbeitern in den anderen als den Tariforten Berlin, München usw.? Redner kommt zu dem Schluß, daß der Vorstand nicht berechtigt war, über den Kopf der Berliner Ortsverwaltung und Mitgliedschaft hinweg den Berliner Tarif zu unterzeichnen. Den Popanz der Lokalorganisation läßt man überall da aufmarschieren, wo eine große Mitgliedschaft in irgendeiner Frage in Gegensatz zum Hauptvorstand gerät. Auch das Korrespondenzblatt der Generalkommission hätte taktisch klüger gehandelt, wenn es sich in diesem Streit objektiver verhalten hätte. Aus dem Wust von Redensarten hat man nichts gerettet als einen Tarif, der den Unternehmern die Handhabe gibt, an den Orten, wo ihnen die Bewegung gefährlich wird, dieselbe niederzuhalten. Der Verbandstag müsse eine Entscheidung treffen, die es der Zentralleitung und den Gauleitern für die Zukunft unmöglich macht, über die Köpfe der Mitglieder hinweg einen solchen Tarif zu beschließen. Der Verbandstag möchte sogar aussprechen, daß die Mitgliedschaft sich ohne einen Tarif besser befindet als unter einem Tarif.

Im Gegensatz zu diesem Redner betonte Schulze-Leipzig energisch, daß den Berlinern der Vorwurf nicht zu ersparen ist, daß sie die Gesamtorganisation schwer geschädigt haben. Das Schauspiel dieser Generalversammlung hätten sie dem Verband, den übrigen Verbänden und dem Unternehmertum ersparen können. Der Verbandsvorstand hat nichts weiter getan, als wozu das Statut ihn ermächtigt, nämlich in dringenden Ausnahmefällen und in einem dem Verbandsinteresse nicht zuwiderlaufenden Zwecke selbständig zu beschließen.

Es sprachen im Laufe des Tages noch Kloth- und Schulze-Berlin und Schmid-München, vom Vorstand noch Harnicke, Bucher und Lodahl. Die letzteren greifen mit außerordentlich schwerwiegendem Material das Verhalten der Berliner, speziell des Vorsitzenden Moritz, an. Harnicke macht Moritz u. a. den Vorwurf, daß gerade jetzt, nach Abschluß des Tarifvertrages, in Berlin unter der Mitwirkung von Moritz Hausverträge abgeschlossen würden. Während der Verhandlung geht eine Resolution ein, die die Verhältnisse würdigt und für den Vorstand ein Vertrauensvotum enthält. Um 6½ Uhr abends werden die Verhandlungen auf Sonnabend vertagt.

Soziales.

Der Hallesche Aerztestreik vor dem Bezirksausschuß.

Der Eingriff des Magistrats in den Hallenser Aerztestreik zuungunsten der Kasse wurde am Freitag vor dem Bezirksausschuß verhandelt.

Zum 1. Oktober 1910 hatten alle dem Leipziger Aerzteverband angeschlossenen Halleschen Aerzte den dortigen Krankenkassen die Verträge gekündigt, weil die Kassen nicht auf die freie Arztwahl unter Ausschluß der nicht dem Leipziger Verband angeschlossenen Aerzte eingehen wollten. Der Hallesche Krankenkassenverband sicherte sich darauf ausreichende Arzthilfe für seine Mitglieder durch feste Anstellung einiger auswärtiger Aerzte. Am 8. November 1910 forderte plötzlich der Hallesche Magistrat von den Kassen eine bessere ärztliche Versorgung der Mitglieder. Die Kassen stellten darauf innerhalb 14 Tagen noch fünf weitere Aerzte fest an und knüpften mit einigen anderen Unterhandlungen wegen Anstellung in Halle an. Trotzdem dann auf etwa 2200 Kurberechtigte bereits ein Arzt kam, erklärte der Hallesche Magistrat am 29. November 1910 die ärztliche Versorgung der Kassen wiederum für ungenügend. Er forderte für je 1500 Kurberechtigte einen Arzt. Da diese Bedingung nicht in 14 Tagen voll erfüllt war, schloß der Magistrat über den Kopf der Krankenkassen hinweg mit den im Leipziger Verband organisierten Aerzten Halles einen Vertrag, der die freie Arztwahl den Kassen für diese Aerzte oktroyierte. Gegen diesen Eingriff erhoben der Krankenkassenverband und die verschiedenen Kassen Klage.

Der Regierungspräsident legte den Vorsitz im Bezirksausschuß nieder, weil er an dem Krankenkassenkonflikt in Halle beteiligt sei. An seine Stelle trat ein Regierungsrat. Nach längerer Verhandlung fällte der Bezirksausschuß ein Teilurteil, durch das die Klage des Krankenkassenverbandes gegen den Magistrat abgewiesen wurde. Zur Begründung wurde angeführt: Die Krankenkassen selbst könnten nach § 45 des Krankenversicherungsgesetzes das Verwaltungsstreitverfahren einleiten, für den Krankenkassenverband, der nach § 46 des betreffenden Gesetzes errichtet sei, gebe es in Preußen diesen Weg nicht.

In der Klage der einzelnen Orts- und Betriebskrankenkassen soll Beweis erhoben werden, ob das Verlangen des Magistrats, für 1500 Kurberechtigte einen Arzt zu stellen, berechtigt war. Unter Ablehnung der von den Kassen vorgeschlagenen Sachverständigen wurde verkündet, daß der Merseburger Gerichtssachverständige, Geheimrat Dr. Wodtke, als Sachverständiger vernommen werden soll. Der Vertreter der Kassen protestierte vergeblich gegen die Ladung dieses Herrn, da er ebenso einseitig an dem Konflikt beteiligt sei wie der Regierungspräsident.

Der vom Bezirksausschuß geladene Sachverständige ist ein hervorragendes Mitglied des den Kampf führenden Leipziger Aerzteverbandes. Er wurde gerade in der Konfliktszeit zum Ehrenmitglied der Halleschen Ortsgruppe ernannt. Er ist also durchaus ungeeignet, als unparteiischer Sachverständiger zu fungieren. Die Ladung eines „Sachverständigen" erübrigte sich auch, weil, man dieser so oder so aussagen, das Vorgehen des Magistrats nach dem Gesetz und der ständigen Praxis des Oberverwaltungsgerichts ein gesetzwidriges war. Auf Grund des § 45 des Krankenversicherungsgesetzes durfte der Magistrat nur einschreiten, wenn der Vorstand eine „gesetzliche oder statutarische Vorschrift" verletzt hatte. Davon kann im vorliegenden Falle keine Rede sein. Die Frage der Zweckmäßigkeit unterliegt der Kompetenz der Aufsichtsbehörden nicht. Nur in dem hier nicht vorliegenden Falle des § 56a des Krankenversicherungsgesetzes (wenn 30 Mitglieder mehr Aerzte verlangen) darf die höhere Aufsichtsbehörde auch die Zweckmäßigkeit prüfen und eventuell Verträge statt der Kasse abschließen. Dem Magistrat steht solches Recht nicht zu.

Hatte sich des Magistrats Verfügung gegen den Verband gerichtet, so konnte auch dieser klagen. Die Grundlage dieser Klage war dann freilich nicht § 45 des Krankenversicherungsgesetzes. Dem Verband gegenüber fungiert der Magistrat nicht als Aufsichtsbehörde. Seine Verfügung stellt sich als ein polizeiliches Einschreiten dar, das dem Verwaltungsstreitverfahren unterliegt. Indes ist die Frage, ob der Verband als solcher klagen konnte, nebensächlich.

Die Wanderarbeiter im Deutschen Reiche.

ssc. Die Zahl der ausländischen Arbeiter, die nach Deutschland vermittelt werden und hier Beschäftigung finden, wächst von Jahr zu Jahr. Seitdem die „Feldarbeiterzentrale" in Berlin gegründet worden ist, ist diese Vermittlung eine geregelte geworden. Sie wird dadurch auch statistisch erfaßt. Nach den regelmäßigen Veröffentlichungen im Reichsarbeitsblatt wurden im Jahre 1911 im Deutschen Reiche insgesamt 106 218 landwirtschaftliche Wanderarbeiter vermittelt. Nur eine ganz kleine Zahl, nämlich 1356, stammen aus dem Deutschen Reiche selbst; der übrige, weitaus größte Teil kam aus dem Ausland. Der Zahl nach obenan stehen die Ruthenen, von denen 25 687 vermittelt wurden. Es folgen dann die russischen und galizischen Polen, Ungarn, Tschechen usw. Unter den vermittelten Arbeitern befindet sich rund ein Drittel Frauen. Im übrigen wurden die Vermittlungen etwa je zur Hälfte von der Feldarbeiterzentrale und anderen landwirtschaftlichen Vertretungen besorgt. Die Zuwanderung der Arbeiter geschieht insbesondere im März. In diesem Monat des Jahres 1911 kamen allein 65 641 fremde Arbeiter, also mehr als die Hälfte der Gesamtzahl, nach Deutschland.

Die Feldarbeiterzentrale vermittelt auch industrielle Arbeiter, und auch deren Zahl ist im Wachsen begriffen. Im Jahre 1911 kamen 11 082 männliche und 344 weibliche Industriearbeiter auf diese Weise nach Deutschland. Auch hier bestand der größte Teil aus Ruthenen; der Bestimmungsort war meist Schlesien, sodann das Königreich Sachsen usw. Wie die Berichte über den Arbeitsmarkt zeigen, hat es an arbeitsuchenden deutschen Industriearbeitern nie gefehlt; eine zwingende Notwendigkeit zur Herbeiholung der ausländischen Arbeiter lag also für die patriarchalischen Unternehmer nicht vor.

Briefkasten.

P. F., Deuben. An sich dürfte die Forderung auf Ersatz für die fehlenden Flaschen berechtigt sein. Nach § 196,1 des B. G. B. verjähren jedoch solche Forderungen nach zwei vollen Kalenderjahren. Also wäre nur die Forderung innerhalb dieser Zeit noch mit Erfolg klagbar.

A. R. 25. Derartige Klubs sind nicht anmeldepflichtig.

M. W., Mickten. Die Kündigung für häusliche Dienstboten ist nach dem Gesetz monatlich, wenn nichts anderes vereinbart wurde. Ob die Kündigung am 28. Januar „ernst zu nehmen" war, können wir nicht wissen.

A. P., Mauritiusstraße. Eine eigne Niederschrift mit Unterschrift genügt auch in diesem Falle.

L. R., Löbtau. 1. und 2. Das kommt auf die Abmachungen an, die bei Festsetzung der Alimente getroffen worden sind. Bestehen keine, ist die Sache zweifelhaft. 3. Das erfahren Sie doch am besten in Löbtau selbst.

Dresden. Lebensmittelpreise (in Pfennigen) in der städtischen Markthalle auf dem Antonsplatze, auf den offenen Märkten und in den Ladengeschäften am 22. Februar 1912. (Mitgeteilt vom Städtischen Statistischen Amte.) — **Mühlenerzeugnisse** (½ kg): Roggenmehl: Nr. 0 20, hausbacken 17—19, Nr. 8 13—15; Weizenmehl: Kaiserauszug 22—30, Grießlerauszug 21—28, Bäckermundmehl 21—22; Nudeln: Nr. I (Kaiserauszug) 38—65, Nr. II (Grießlerauszug) 35—45, Eiernudeln 45—80. **Brot** (½ kg): Saxoniamühle-Plauen, I. Sorte 14,5, II. Sorte 13,5, III. Sorte 12,5. Niedersedlitzer I. Sorte 14,5, II. Sorte 13,5, III. Sorte 12. Plauensches I. Sorte 14,5—15, II. Sorte 13,5—14, III. Sorte 12,5—13. **Fleisch und Fleischwaren** (½ kg): Rindfleisch: Brustfleisch 70—120, Bauchfleisch 70—90, Bratenfleisch, Keule 90—130, Schoßfleisch 100—200, Lende, unausgeschält 80—180, Lende, ausgeschält 120—230; Kalbfleisch: Schnitzelfleisch 130—240, Keule 85—130, übrige Teile 70—120; Hammelfleisch: Keule 90 bis 120, Koteletten 90—120, Kochfleisch 65—100; Schweinefleisch: Keule 75—120, Karree 90—120, Bauchfleisch 60—80, Knöchel 50—70, Rauchfleisch 80—130; Schinken: im ganzen Stück 100—150, im Aufschnitt 140—240, Speck, geräuchert 75—120, Speck, roh 65—90, Schweineschmalz 80—120, Schweineschmalz, ausländisches 65—75, Rindschmalz 60—80, Blutwurst 50—140, Leberwurst 60—140, Zervelatwurst 120-240. **Geflügel (geschlachtet):** Gänse (St.) 1000-1700, Enten (St.) 350—560, Kapaunen (St.) 300—550, Truthähne (St.) 900—1400, Truthühner (St.) 500—850, Perlhühner (Stück) 250—350, Hühner, alte (Stück) 220—350, Hühner junge (Stück) 150—300, Tauben (Stück) 60—125. **Wildbret:** Hirschwild, Kochfleisch (½ kg) 35—50, Hirschkeule (Stück) 1500—2500, Hirschrücken (Stück) 1500—3000. **Wildgeflügel:** Schneehühner (Stück) 130-150, Wildenten (Stück) 100 bis 250. **Lebende Fische und Schaltiere:** Barsche (½ kg) 50—70, Bunte Fische (Backfische) (½ kg) 40—80, Forellen (St.) 80—400, Hechte (½ kg) 110—140, Karpfen (½ kg) 75—100, Zander (½ kg) 150—200, Schleien (½ kg) 140—180, Aale (½ kg) 170—200, Hummer (½ kg) 350—450. **Fischwaren:** a) frische: (½ kg) Bunte Fische (Backfische) 20—70, Schellfische 25—60, Seeaal 50, Seelachs 25—35, Heilbutt 80—180, Rotbarsch 30—32, Knurrhahn 30—35, Hechte 40 bis 120, Kabeljau 26—60, Rotzungen 60—120, Goldbutt 25—70, Zander 70—180, Schleien 80—100, Rheinlachs 400—600, Weserlachs 200-300, Seezungen 140-280, Silberlachs 100-250, Steinbutt 100-250, Heringe, grüne, 12—22. b) gesalzene und geräucherte (St.): Maatjesheringe 20—35, Vollheringe —12, Pöklinge 4—10, Sprotten (½ kg 60—160. **Grünwaren:** Blumenkohl (St.) 10—40, Rosenkohl (½ kg) 60, Rotkraut (St.) 20—60, Weißkraut (St.) 15—60, Welschkraut, Wirsing (St.) 20—60, Grünkohl (½ kg) 18—30, Spinat (½ kg) 23—25, Karotten, neue (15 Bdch.) 60—120, do. (½ kg) 15—23, Kohlrüben (Stück) 5—25, Mohrrüben (½ kg) 8—15, Rote Rüben (15 St.), 45—50, Kohlrabi (St.) 5—20, Meerrettich (St.) 25—70, Radieschen (Bdch.) 8—15, Rettiche (St.) 5—10, Schwarzwurzel (Bdch.) 10—15, Sellerie (St.) 10—50, Spargel, franz. 240, Zwiebeln (½ kg) 12—18, Kopfsalat, fremder (Stück) 18—20, Endivien hies. (St.) 8—10, fr. (½ kg) 40—50, Rhabarber (Gebd.) 26, Bohnen, grüne, ausl. (½ kg) 260—500, Gurken (Salat-) St. 120—160, Paradiesäpfel (½ kg) 60-75. **Sauerkraut**, (½ kg) 15-16. **Saure Gurken** (Stück) 5—15. **Pilze** (½ kg) Champignons 140—160, Steinpilze, getrocknete, 600, Morcheln, getr., 500. **Trockenes Gemüse** (½ kg) Bohnen 18—28, Erbsen, geschälte 20—32, Erbsen, ungeschälte 18—28, Graupen 16—40, Grieß 20—50, Hafergrütze 24—40, Heidegrütze 24—40, Hirse 15—28, Linsen 20 b. 45, Reis 18-50. **Gemüse-Konserven** (½ kg): Stangenspargel 65-105, Erbsen, natürliche 30—80, Bohnen 25—50. **Obst-, Süd- und Gartenfrüchte:** Aepfel, inländ. (½ kg) 15—80, ausländ. (½ kg) 45—100, do. amerikanische (½ kg) 30—80, Birnen, inländische (½ kg) 25—30, Pfirsiche (St.) 50 150, Preiselbeeren, am. 90—100, Haselnüsse (½ kg) 40 bis 100, Walnüsse (½ kg) 35—80, Weintrauben, ausl. (½ kg) 50—350, Apfelsinen (½ kg) 20—80, Mandarinen (Stück) 5—20, Datteln (½ kg) 82—120, Feigen (½ kg) 28—140, Korinthen (½ kg) 30—60, Mandeln (½ kg) 130—180, Rosinen (½ kg) 40—100, Zitronen (Stück) 4—10. **Trockenes und eingemachtes Obst** (½ kg): Aepfel 85—100, Birnen 85—120, Kirschen 32—120, Mischobst 34—80, Pflaumen 30—140, Prünellen 70—110, Pflaumenmus 32—48, Marmelade 35—90, eingesottene Preiselbeeren mit Zucker 40 bis 60, eingesottene Preiselbeeren ohne Zucker 45—55. **Molkereiprodukte:** (l) Vollmilch 19—25, Sahne 80—100, Magermilch 10—12, Zentrifugen-Magermilch 10, **Molkereibutter** (½ kg) 140—180, Landbutter (½ kg) 140—160, **Koch- und Backbutter** (½ kg) 120—145, Quark (½ kg) 20—24, Sahnenkäse (½ kg) 80—140, **Magermilchkäse** (½ kg) 25—50, Schweizerkäse (½ kg) 105—140. **Margarine** (½ kg) 60—100. **Eier:** Tageseier (Stück) 10-15, Landeier (15 Stück) 140—180, fremde (15 Stück) 140—160. **Kartoffeln** (50 kg) 500—600, do. (½ kg) 6—7, do. Malta 12—14. **Honig** (½ kg) 100—300.

= Victoria-Salon =
Das neue brillante Februar-Programm.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 4 Uhr und 8 Uhr.
Im Tunnel: Die lustigen Hamburger.
Anfang ½8 Uhr, Sonntags 5 Uhr.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120226/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Die Quelle durch die Wälder geht
Die Blümlein sind [illegible]
Ich [illegible]
Himmel, hinab.

Die Quelle durch die Wälder geht
Die Sterne scheinen
Es wird Nacht und die Sonne geht
Himmel, hinab. Dresden im Mai.

Darauf erhielt der Einsender die folgende Antwort:

Sehr geehrter Herr! Ihre Gedichtproben haben wir mit lebhaftem Interesse gelesen. Sie sind recht stimmungsvoll und zeugen von poetischem Talente, wenn auch die Form manchmal nicht ganz tadellos ist. Jedenfalls sind die Gedichte, die wir von unserem literarischen Mitarbeiter einmal durchsehen lassen würden, einer Veröffentlichung wert, und wir wären gern bereit, die Sammlung zu drucken und herauszugeben. Freilich müßten Sie die Kosten tragen, denn ein genügender Absatz ist nicht sicher, solange ein Dichter noch nicht bekannt ist. Wir bitten nun, uns sämtliche Gedichte einzusenden, damit wir Ihnen das Nähere mitteilen können. Hochachtungsvoll und ergebenst E. Piersons Verlag.

Später mahnte die Firma, sie hätte noch keine Nachricht und bäte, die Gedichte nun gefälligst einzusenden.

Der Kunstwart (Verlag G. Callwey) schreibt zu dieser erbaulichen und lehrreichen Geschichte: Mit dem Lachen über diesen Briefwechsel scheint es nicht getan, wenn man bedenkt, daß sich dem Piersonschen Verlage, Inhaber K. u. K. Hofbuchhändler Linke, hier ein armer Teufel von „Dengsi" angeboten haben, der sich bereit erklärte, seine paar Goldpfennige zu opfern. Hier schien es so, in wie vielen Fällen ist es so, wo uns nachher Dilettanten-Zeug gedruckt vorgelegt wird?

Kleine Mitteilungen

Hohe Preise für alte Gemälde erbrachte die Versteigerung der Sammlung Weber in Berlin. Die größte Spannung erregte der Kampf um das Gemälde von Mantegna: Maria mit dem Kinde; das kleine Halbfigurenbild — seine Maße sind 60 und 48 Zentimeter — ging für 590 000 M. in den Besitz des Pariser Kunsthändlers Kleinberger über. Weber hatte das Werk, das von Bode als echter Mantegna nachgewiesen wurde, für 80 000 M. gekauft; im Jahre 1905 hatte es in London um 50 000 M. den Besitzer gewechselt. Ein männliches Bildnis von Franz Hals 195 000 M., eine Kreuztragung und Kreuzigung von Tiepolo 120 000 M., Rembrandts: Bildnis eines halberwachsenen Jünglings 117 000 M., Rembrandts: Die Ehebrecherin vor Christus, ein angezweifeltes Bild, 40 000 M., Rembrandts ebenfalls bezweifeltes Werk: Ein Jünglingskopf 30 000 Mark, Rembrandt: Die Darstellung Christi im Tempel 225 000 M. Im ganzen hat die Versteigerung rund 4½ Millionen Mark ergeben. Sehr viele Gemälde sind ins Ausland gegangen.

Der Schriftsteller Hanns Heinz Ewers wird demnächst bei Reinhardt als Schauspieler debütieren.

Ein neuer Rembrandtfund soll wiederum gemacht worden sein. In Maidenhead an der Themse soll ein längst verloren geglaubtes Gemälde von Rembrandt entdeckt worden sein, das unter dem Namen „Der Rattentöter" bekannt war. Es befindet sich jetzt in den Händen eines Herrn A. Boulting. Die Londoner Experten, die das Bild prüften, haben es für echt erklärt. Rembrandt soll das Bild um 1630 herum gemalt haben, als er 24 Jahre alt war. Eine im Britischen Museum befindliche Radierung ist eine genaue Kopie des Ölbildes. Das Gemälde mißt 30 : 48 Zoll. Der jetzige Besitzer hat ein Angebot von 80 000 M. abgelehnt.

In dem städtischen Hotel de Drouot in Paris wollte der Schriftsteller Edmond Haraucourt am Freitag seine bekannte Sammlung von Zeichnungen Félicien Rops versteigern lassen. Der Staatsanwalt verbot aber kurz vor der Versteigerung die öffentliche Ausstellung einer Anzahl dieser Zeichnungen, weil sie ihm anstößig erschienen. Daraufhin unterblieb auch die Versteigerung, zu der auch Kaufkräftige aus Deutschland gekommen waren.

Die Variationen des Liebesthemas scheinen unerschöpflich. Das neueste Stückchen auf diesem Gebiet ist wohl das folgende, das aus Ungarn berichtet wird. Dort hat in Tiszt der 80jährige Landwirt [illegible] die 75jährige Gattin des Landwirts [illegible], mit der dieser 41 Jahre in glücklicher Ehe gelebt hatte, entführt! Der Gatte verübte aus Gram hierüber einen Selbstmordversuch.

Das Kuratorium der Bauernfeldstiftung in Wien hat einstimmig beschlossen, folgenden Schriftstellern Ehrengaben im Betrage von je 1000 Kronen zu widmen: Paul Apel in [illegible] für sein Traumspiel „Hans Sonnenstößers Himmelfahrt", dem Novellisten Felix Salten in Wien, Romanschriftsteller Jakob Wassermann in Wien, dem Lyriker Dr. Friedrich Adler in Prag und Siegfried Trebitsch für seine Novelle „Des Feldherrn alter Traum".

Heiteres

Angenehme Entdeckung. „Warum sind Sie denn den ganzen Abend so melancholisch, Herr Assessor?" — „Ach, ich habe den Ehering in der Westentasche!" — „Na, und?" — „Aber in der Weste, die ich zu Hause meiner Frau zum Bügeln gegeben habe!" (Jugend.)

Kontrast zum Landbriefträger, nachdem der Gutsnachbar einen Witz erzählt hat: „Na, lachst du nicht mit, [illegible]?" — [illegible]: „Das brauche ich nicht... wir ist gekündigt!" ([illegible])

Dresdner Kalender

Theater. Repertoire vom 27. Februar. Opernhaus (Altstadt): Madame Butterfly. Tragödie einer Japanerin in drei Akten von L. Illica und G. Giacosa. Deutsch von Alfred Brüggemann. Musik von Giacomo Puccini. Anfang 7½ Uhr. — Schauspielhaus (Neustadt): Doktor Klaus. Lustspiel in fünf Akten von Adolph L'Arronge. Anfang 7½ Uhr. — Residenztheater: Der [illegible]. Anfang 8 Uhr. — Zentraltheater: Eva. Anfang 8 Uhr.

Wochenspielplan der Kgl. Hoftheater. Opernhaus. Montag: (7. Volksvorstellung) Hänsel und Gretel (8). Dienstag: Madame Butterfly (7½). Mittwoch: Carmen (7½). Donnerstag: Fidelio (7½). Freitag: Mignon (7½). Sonnabend: Zum erstenmal: Louise (7). Sonntag: Sizilianische Bauernehre; Der Bajazzo (7½); Turiddu und Canio: Kammersänger Herold. Montag: Louise (7½). — Schauspielhaus: Montag: Gudrun (7½). Dienstag: Doktor Klaus (Gastspiel Frl. [illegible] Müller) (7½). Mittwoch: König Richard III. (7). Donnerstag: Der heilige Hain (7½). Freitag: Gyges (7½). Sonnabend: Der heilige Hain (7½). Sonntag: nachmittags: (8. Volksvorstellung) Nathan der Weise (1½); abends: Der heilige Hain (7½). Montag: (Auf allerhöchsten Befehl) Robert Guiskard. Der zerbrochene Krug (7½).

Als fünfte Volksvorstellung im Königlichen Schauspielhause findet Sonntag den 3. März eine Aufführung des dramatischen Gedichts Nathan der Weise von Lessing statt. Die Vorstellung beginnt nachmittags 1½ Uhr. Die Eintrittskarten zu dieser Vorstellung werden wie bisher durch den Rat der Stadt (Personalamt) summarisch an Arbeiter- und Berufsvereine abgegeben, durch die der Weitervertrieb erfolgt. Es können nur an einzelnen Vereine Einzelkarten abgegeben werden, die besondere Aufforderung erhalten, solche abzuholen.

An Dienstboten soll in der städtischen Dienstbotenkrankenkasse (An der Kreuzkirche 18, I. Et.) eine Anzahl Karten [illegible] abgegeben werden. Die Abgabe solcher Karten erfolgt jedoch nur gegen Vorlegung des Dienstbuches an die Dienstboten zur Benutzung für ihre Person. Schriftliche oder telephonische Bestellungen können nicht berücksichtigt werden. Im übrigen werden Einzelkarten weder an den Kassen der Kgl. Hoftheater und des Invalidendanks noch im Personalamte abgegeben.

Der Einlaßverkauf der Karten durch die Vereine beginnt den 27. Februar.

Zentral-Theater. Morgen Dienstag findet die 25. Aufführung von Franz Lehárs Eva statt.

Konzerte. Heute, Montag den 26. Februar, abends 7½ Uhr, im Palmengarten gibt das Petri-Streichquartett (Petri-Warwas-Spitzner-Wille) seinen 5. Streichquartett-Abend mit folgendem Programm: Ernst Toch: Streichquartett Op. 18 Des-Dur. — Ernst von Dohnanyi: Streichtrio, Serenade Op. 10 C-Dur. — Brahms: Streichquartett Op. 51 Nr. 2 A-Moll. — Kleine Partituren zum Nachlesen und zum Studium sind in den Vorverkaufsstellen und an der Abendkasse zu haben.

Montag den 26. Februar, abends 7½ Uhr, im Künstlerhause: Liederabend unserer einheimischen Konzertsängerin Lotte Kreisler. — Am Flügel begleitet Karl Pretzsch. Das Programm verzeichnet in chronologischer Reihenfolge Minnegesänge und Volkslieder — Rokoko — Franz Schubert — Unsere Zeit.

Freitag den 1. März, abends 7½ Uhr, im Palmengarten (letzter) Kammermusikabend des Brüsseler Streichquartetts (Schörg-Daucher-Miry-Gaillard). Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß es das letzte Konzert dieser ausgezeichneten Vereinigung ist. Wohl selten ist der Beifall so allgemein und nachhaltig gewesen, wie bei den bisherigen Darbietungen der Brüsseler in Dresden. Sie spielen nächsten Freitag: Debussy: Op. 10 G-Moll. Beethoven: Op. 18 Nr. 2 G-Dur. Schubert: Op. posth. D-Moll.

Vorträge. Friederike Stritt veranstaltet Donnerstag den 29. Februar, nachmittags 5 Uhr, im oberen kleinen Saale des Künstlerhauses die vierte Rezitation ihres Zyklus „Vom Realismus zur Neuromantik", worin diesmal Dichtungen von Liliencron, Dehmel, Holz und Bierbaum zum Vortrag kommen sollen. Karten bei Ries.

Im Literarischen Verein spricht morgen Dienstag 5 Uhr (Drei Raben) Dr. Karl [illegible] über Charles de Coster, Dichter des Till Ulenspiegel und der vlämischen Legenden.

In der Gesellschaft für Literatur und Kunst spricht Mittwoch den 28. Februar Hoftheaterintendant Prof. Ferdinand Gregori aus Mannheim über [illegible] beim Theater.

Bildende Künste. Galerie Ernst Arnold: 40 Gemälde von Vincent van Gogh und 34 Werke von Ludwig Dill. — Kunstausstellung Emil Richter, Prager Straße. Ausgestellt sind Gemälde von Max Oppenheimer, Frau Marie Caspar-Filser, [illegible], Frau M. [illegible] und [illegible], ferner Gemälde und Aquarelle von Professor Georg Schöbel: fast durchweg Szenen aus dem Leben Friedrichs des Großen und Soldatentypen aus seiner Zeit.

Große Kunstausstellung Dresden 1912. Die Leitung der Ausstellung hat nach dem Plakat Siegelmarken herstellen lassen, die zur Reklame für die Ausstellung dienen sollen.

Leben • Wissen • Kunst

Tägliches Unterhaltungsblatt der Dresdner Volkszeitung

Nr. 47 Dresden 26. Februar 1912

Ein warmes Nest

Xaver Ohlscher war der Lehrer. Er lebte mit seiner Familie im Waschhaus, das früher am Dorfbach gestanden hatte. Heute nahm das Wasser einen anderen Lauf, die [illegible] Strömung war versickert. Darum wurde das Waschhaus notdürftig ausgebaut und für den Lehrer des Ortes eingerichtet. Diese Hütte lag einen Fuß tiefer als alle anderen Häuser, und die Feuchtigkeit sah man ihr von außen an. An den Wänden hing es wie ein Netz, das triefend festgemacht worden schien und nie zum Trocknen kam.

An den kleinen Fenstern sah man immer einige Köpfe der Lehrerskinder. Sie rieben sich die Nasen und die Lippen am Glase platt, dann fuhren sie den so entstandenen Hauch mit den Fingern auseinander. Es formten sich Buchstaben, Köpfe, Wische und Augen. Aus dem [illegible] wurde nie etwas, die Kinder mochten sich anstrengen so viel sie wollten, er sah nur lächerlich aus. Die dreizehnjährige Magd sah diese Dinge ungern, denn sie glaubte, für die Sauberkeit der Scheiben verantwortlich zu sein. So konnte man zuweilen hinter den Fenstern sehen, wie sie den [illegible] herumholte, die aber nicht wichen. Die Kleinen schufen jeden Tag von neuem ihre Abdrücke.

Frau Ohlscher ließ die Kinder gewähren. Etwas mußten sie treiben, das ihnen Freude machte. Und dieses Spiel war nicht das übelste, es war weniger geräuschvoll als andere. Das konnte sie nicht ertragen, sie erschrak, wenn sich in der baufälligen Hütte etwas rührte, und ein lautes Wort tat ihr wehe. Sie sah aus, als hätte die Feuchtigkeit des Hauses alle Wärme aus ihr aufgesaugt. So blutlos war sie. Da es sie immer fror, so hatte sie die Schultern mit einem dicken schwarzen Tuch bedeckt. Wenn jemand mit ihr sprach, so zog sie dieses Tuch in die Länge, um ihre ängstliche Gestalt darin zu verbergen. Wenn die Magd sie mit ihrem heftigen Jugendeifer anredete, dann knüllte Frau Ohlscher den Schal über der Brust zusammen. Nur wenn der Lehrer heim kam, wich die Scheu von ihr. Mit lächelndem Gesicht trat sie ihm entgegen, hing seinen Hut und den Mantel auf und stellte ihm die Kinder hin, damit er sich an ihnen freue.

„Dorothea," sagte einmal der Lehrer zu seiner Frau, „was sagst du? Wir bekommen eine andere Wohnung, sie ist in der Schreiberei am Markt, im dritten Stock. Diese neue Wohnung ist groß und nicht feucht."

„Welch ein Glück," erwiderte sie, „in zwölf Jahren einmal ein warmes Nest." Ihr Gesicht belebte sich von Sehnsucht.

Der Lehrer war betroffen von dieser froh zitternden Stimme seines Weibes. Und es fiel ihm auf, daß sie ihr Tuch fast zur Seite [illegible] ließ. Er konnte ihr nichts antworten, sondern lief in sein Zimmer und nahm die hundert Hefte vor, die er durchsehen mußte. Aber er dachte gar nicht daran. Er hätte weinen mögen, so hatte ihn die Stimme seiner Frau gerührt. Was war er für ein Mann, daß er sein Weib in diese elende kalte Hütte sperrte, daß er sich nicht heftig dagegen gewehrt hatte, alle die Jahre! Er war [illegible] daran als der Tagelöhner, der auszog, wenn es ihm nicht gefiel. Aber anstatt seiner gab es viele Lehrer, die gern das Waschhaus bezogen wären. Er erinnerte sich der Gesichter all der Leute, die damals zu sehen hatten, wo der Lehrer wohnen mußte. Wie man ihn zurückwies, als er die Befürchtung aussprach, daß diese Wohnung für die Gesundheit der Seinen schädlich werden könne. Er dachte an Dorothea, wie sie noch im väterlichen Försterhause wirtschaftete, und an die Abende, die ein enger Kreis heiterer Menschen belebte. In dem gemütlichen Kachelofen knisterte das dürre Holz des Waldes und tränkte die Wände, den Boden und die Stubenluft duftend an. Es war, als hätte das auch die Herzen der Menschen erwärmt, denn sie waren dort anders als hier gelaunt.

Der Lehrer sah sich in seiner Stube um. Da stand ein spärliches Bauwerk, das ein Ofen war. Er strebte auf ein paar Schritte Höhe auf, aber er hatte nicht die Kraft, den alten Dunst der Wände aufzusaugen. Wo man die Füße hinstellte, mußte man Teppiche legen, damit einem die Beine nicht erkalteten. Und doch bauten die Behörden zweckmäßige Öfen, nur für die Lehrerswohnung genügte ein altes, das fürs Rathaus zu schlecht geworden war.

Bei solchen Gedanken wurde Xaver Ohlscher unruhig. Er warf die Hefte durcheinander, als hätten die etwas dazu tun können, daß die Dinge so gekommen waren. Er stand auf, ging ins Schlafzimmer und suchte dort den Spiegel, um den er sich die ganze Zeit nicht gekümmert hatte. Freilich, da sah er, wie hager er geworden war. Kein Mensch konnte in einer Eiskammer Fett ansetzen. Seine Backen hingen an ihm herunter, als wären sie es so lange überdrüssig, noch allen Anstrengungen auszuhalten. Der Lehrer fuhr in die Haare hinein, damit sein Kopf voller wurde. So hatte er einmal ausgesehen, frisch, nicht gezaust und vorgebeugt, als müsse er sich zusammenrollen, um Wärme zu behalten.

Nun wanderte er in den Zimmern weiter. Seine Frau fand er in einem kleinen Kämmerchen an ihrem Tisch. Da lagen Bücher und Papiere herum, und sie schrieb, übersetzte englische Erzählungen, mit denen sie manches Geld für die Kinderschar zuverdiente. Seine Kinder brauchten viel mehr warme Höschen, Röcke und Jacken als alle anderen. So mußte man ihre Körper heizen, damit sie es hier aushielten. „Ich will gerade noch diese Geschichte zu Ende führen," sagte Dorothea. „Wie freue ich mich, wenn das wahr ist, daß dies unser letzter Winter da wäre." Und während sie schrieb, streckte sich der Lehrer auf einem Stuhle aus, gar nicht so gemessen wie sonst, sondern mit dem Bewußtsein, daß er seine langen Glieder rühren, wie es ihm gefiel. Und dann betrachtete er seine Frau. Ihr Gesicht war schon viel zu fein geworden, es verschwand bald unter dem dichten Haar, das sie nur so herabzog, um die Wärme zu fühlen. Er hätte jetzt hinausfluchen mögen, obwohl er sonst keinen Gefallen an Verwünschungen hatte. Er sah die grinsenden Gesichter des Schöffen, des Waldbauern. Stille Wut begann in ihm zu brodeln. Da hörte er draußen die Magd mit einem Manne reden. Als er in sein Zimmer zurückging, stand Walter Krumpf drin. Dieser Mann war ein Sohn des Dorfes, und er blieb aus Anhänglichkeit in diesem Nest, obwohl ihn sonst nichts mit den Einwohnern verband. Er war ein Schriftsteller und lebte vom Umsturz, wie die Leute hier sagten. Mit seiner Frau und seinem einzigen Kinde hatte er eine einsiedlerische Hütte auf dem Berg bewohnt, aber der letzte Sturm hatte dieses Häuschen ins Tal heruntergeweht. Als Walter Krumpf einmal auf den Schneeschuhen nach Hause kam, fand er sein Heim nicht mehr. Frau und Kind waren unbeschädigt im „Sternen" untergebracht worden.

Dieser Mann suchte jetzt ein neues Heim, und man hatte ihm gesagt, daß er das Waschhaus haben könne. Die Männer begrüßten sich, sie hatten sich zeitlang nur vom Sehen gekannt. Und als Krumpf erzählte, daß er eine geeignete Hütte für sich suche, platzte der Lehrer heraus: „Dann sind Sie hier schlecht beraten. Haben Sie außen die feuchte Wand gesehen? Wenn das auch aussieht wie Naturschrift, so ist es doch kein Schmuck, sondern ein Unglück für eine Menschenwohnstatt."

„O, o," meinte Krumpf bedauernd. „Man trägt mir dieses Haus an und knüpft die Bedingung daran: wenn ich es nähme, daß Sie dann erst heraus können."

Frau Ohlscher kam zur Türe herein. „Mein unvorsichtiger Mann," sagte sie traurig zu Krumpf, „hat uns nun schon um die frohe Aussicht gebracht, aber wir sind wenigstens ehrlich gewesen."

Krumpf tröstete die Frau, die beinahe in Tränen ausbrach. „Liebe Frau, ich ziehe zwar nicht in die Hütte, aber Sie sollen auch nicht drin bleiben. Dafür sorge ich. Die Gemeinde hat sich schon viele Stücklein geleistet; die Leute kaufe ich mir einmal."

„Wenn Sie das könnten," sagte der Lehrer. „Als unabhängiger Mensch. Ich ließe mich auch versetzen, aber nur nicht hier drin bleiben."

„Versetzen," meinte Krumpf, „das ist nicht nötig, es soll auch kein anderer Lehrer mehr hier wohnen, überhaupt niemand."

Herr und Frau Ohlscher dankten ihm, wenn er etwas für sie tun wolle. Dann erzählten sie einander von ihrer Heimat, von den [illegible], die Lehrersfrau schilderte die Wälder, die bei ihr zu Hause wie Herden das Tal durchzögen, in tausend schlanken, stolzen Stämmen. Und wie der Sturm sie schüttelte, wie sie sich trotzig zur Erde neigten, aber nicht brachen. Die grünen Matten umspielten wie Seen das Gehölz, es wäre ein richtiges Flutern der Gräserspitzen in der Sonne. Und über diese Fluren jagten die Rehe erschreckt in langen Zügen. Dann sprach Krumpf von seiner Heimat, von den Bergen und traurigen Hügeln. Die Bäume am Gestade seien alle in den Reihen gekrümmt, die Stämme bückten sich vor den Winden, die unsanft einmal von hier und dort herwehten. Aber wenn sie auch in die Breite wüchsen, so streckten sie sich doch allemal wieder in die Höhe und sähen recht plump, aber kräftig und sicher in die Welt. Sie wären [illegible] und [illegible] sich schon in den Rissen der Steine an, wenn dort eine Handvoll Erde lag.

„Wie wenig gesehen wir davon," sagte der Lehrer. „Wahrlich, man könnte meinen, man hätte sich da der Sonne und aller Freude an der Natur entwöhnt."

Nun lud sie der Lehrer ein, er wolle sie im Frühjahr mit seiner Heimat vertraut machen. Dann kamen die Kinder herein, um den Eltern „Gute Nacht" zu sagen. Walter Krumpf spielte und plauderte mit ihnen, daß sie ihn jubelnd vors Haus begleiteten.

In wenigen Wochen hatte Krumpf bei der Gemeinde durchgesetzt, daß niemand das Waschhaus mehr bewohnen dürfe. Er sagte, das wäre eine Schande für die Gemeinde. Dort sei eine Feuchtigkeit,

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120226/11
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

daß man sich nur wundern könne, daß nicht alle schon die Schwindsucht hätten. Der Bäcker lachte bei seinen Worten auf. „Ich wäre froh, wenn ich Kalk in meinen heißen Backstube im Waldschaus [illegible] könnte." „Dann ist die Frage gelöst," erklärte Kraus. „Geben Sie hierin." Nach längeren Streitereien waren die Leute so in die Enge getrieben, daß sie es aufgeben mußten, das Waldschaus für eine menschenwürdige Wohnung zu halten. Der Lehrer brauchte nicht zu warten, er durfte gleich aufziehen.

Aber die Bürger vergaßen es ihm nicht, daß sie ihren Eigensinn hatten lassen müssen und außerdem noch Schaden erlitten. Als sich die Familien des Unfähigen und des Lehrers in Freundschaft zusammenfanden, war man sich einig, daß er aus dem Orte entfernt werden müsse. Eines Tages sah sich der Lehrer Öhlscher ohne Heim, ohne Stellung; sein Weggang sah außerdem einer Maßregelung ähnlich. Walter Kraus hatte auch hier vorgesorgt. Er hatte Beziehungen zu einem Landerziehungsheim und brachte dort den Freund unter. Die warmen Hütten der Familien standen in einer geschützten Wohnung. Die Lehrersfamilie bevölkerte am Abend den Kachelofen. Die Bank lief durch die ganze Ecke herum; sie konnten sich auf ihr in ihre Bücher oder in die Handarbeiten einladen, wie es ihnen gefiel. Frau Öhlscher trug längst kein Tuch mehr um die Schultern. Sie konnte jetzt alles hören und ertragen. Der Lehrer streckte sich in die Höhe, wie er es nie zuvor gewagt hatte. Sein Freund Kraus aber machte die Beobachtung, daß jener verderbliche, schwindsüchtige Keim, der in dem feuchten Loch entstanden war, in der Kachelofenecke nicht weiterwuchs, sondern gerade in dem warmen Nest alle Bedingungen hatte, zu wachsen, stark, männlich und kräftig zu werden.

Sprange

---

44)

Pelle der Eroberer

Roman von Martin Andersen Nexö

Es war Licht in der Stube. Kalle war auf und erwartete sie. „Nu geht es mit Großmutter zu Ende," sagte er so ernsthaft, wie Lasse sich nie erinnerte, ihn gesehen zu haben. Kalle öffnete die Tür nach Großmutters Stube und flüsterte etwas hinein. Seine Frau antwortete leise von da drinnen aus dem Dunkeln.

„Ja, ich wache!" ertönte die Stimme der Alten langsam und eintönig. „Ihr könnt gern laut sprechen, ich schlaf nich."

Lasse und Pelle zogen die ledernen Schuhe aus und traten auf Socken ein. „Guten Abend, Großmutter!" sagten sie beide feierlich. „Und Gottesfriede!" fügte Lasse hinzu.

„Ja, hier lieg ich nu," sagte Großmutter und klopfte schwach auf das Federbett. Sie hatte große Fausthandschuhe an. „Ich war so frei, zu euch zu schicken, denn nu hab ich nich mehr lange noch. Wie steht es im Kirchspiel aus? Sind da Todesfälle?"

„Ne, nich daß ich wüßt'!" sagte Lasse. „Aber Ihr selbst, Großmutter, Ihr seht ja so gesund aus — so rot und rund! In zwei, drei Tagen seid Ihr gewiß wieder auf den Beinen, das sollt Ihr mal sehen!"

„Ja, Ihr habt gut reden!" Die Alte lächelte nachsichtig. „Ich seh wohl aus wie eine junge Braut, die zum erstenmal Kindbett abhält? Aber ich bedank mich, daß Ihr gekommen seid. Ihr gehört ja mit dazu! — — Ja, nu is noch mir geschickt, und ich geh in Frieden davon. Ich hab es wahrhaftig gut gehabt hier auf Erden, ich hab nich zu klagen. Einen guten Mann hab ich gehabt und eine gute Tochter — Kalle da nich zu vergessen. Und meine Augen hab ich wiedergekriegt, so daß ich die Welt noch mal gesehen hab."

„Aber man bloß mit dem einen Aug' — so wie die Vögel, Großmutter!" sagte Kalle und versuchte zu lachen.

„Ja, ja — sie war gut genug, auch so. Da war so viel Neues und Schönes hinzugekommen, seit ich mein Augenlicht verloren hatt'. Der Wald hatte sich ausgebreitet, und eine ganze Familie war herangewachsen, ohne daß ich es so recht wußte. Ach ja, es is schön gewesen, so alt zu werden und sie alle um sich zu haben — Kalle und Marie und die Kinder. Und alle meine Altersgenossen sind mir vorangegangen. Es war schön, zu leben und zu sehen, was aus jedem einzelnen geworden is."

„Wie alt seid Ihr jetzt eigentlich, Großmutter?" fragte Lasse.

„Kalle hat es im Kirchenbuch nachgeschlagen; demnach soll ich ja an die achtzig sein. Aber das is wohl nich richtig."

„Ja wohl is es richtig!" sagte Kalle. „Der Pastor hat es selbst für mich nachgeschlagen."

„Ja, ja — die Zeit is schnell vergangen, und ich möcht' gern noch ein bißchen leben, wenn es Gottes Wille wär'. Aber nu ruft das Grab, ich kann es an den Augenlidern merken." Das Atmen wurde der Alten etwas schwerer, aber der Mund stand ihr nicht still.

„Mutter spricht wirklich zuviel!" sagte Marie.

„Ja, Ihr habt wohl Verlangen, auszuruhen und zu schlafen," sagte Lasse. „Ob wir Euch nich lieber Adieu sagen?"

„Ne, nu will ich Erlaubnis haben, zu plaudern. Es ist ja das letztemal, daß ich euch seh, und ich hab bann Zeit genug, mich auszuruhen. Meine Augen sind so leicht geworden — Gott sei Lob und Dank, es is auch nich ein Schlafstäubchen darin."

„Großmutter hat eine ganze Woche nich geschlafen, glaub ich," sagte Kalle bedenklich.

„Ne, warum sollt' ich meine letzte Zeit wohl verschlafen — wo ich doch nachher Zeit genug dazu hab. Des Nachts, wenn ihr schlaft, lieg ich da und horche auf die Atemzüge von jedem einzelnen — und freue mich über eure Gesundheit. Oder auch, ich guck nach dem Heidestrauch hin und denke an Anders und all das Gute, was wir zusammen gehabt haben."

Großmutter lag eine Weile schweigend da und schöpfte Atem, während sie zu einem welken Heidekrautstrauß hinaufstarrte, der unter dem Balken hing.

„Den hat er zusammen mit mir gebunden, das erstemal, als er unser Lager in der blühenden Heide machte. Er mocht' die Heide so schrecklich gern, Anders, und jedes Jahr nahm er mich aus dem Schlaf heraus und führte mich da hinaus, wenn sie blühte, bis zu allerletzt, bis er abgerufen wurd'. Ich war ihm immer neu, wie an dem ersten Tag. Darum haben das Glück und die Freude auch beständig Wohnung in mir genommen. Kein Kleid konnte über meiner Brust zusammenhalten, so fröhlich atmete ich, und die Bänder an meiner Schürze riß er vor Freude an mir mitten durch."

„Nu sollt' Mutter lieber still sein, sich so viel von so was reden!" sagte Marie und glättete verschämt das Kopfkissen der Alten.

Aber Großmutter ließ sich nicht halten. Ihre Gedanken verwirrten sich nur ein wenig.

„Ja, ja, die Söhne hab ich schwer gekriegt und auch schwer wieder verloren. Meine Kinder hab ich mit Schmerzen geboren und sie mit Gram ins Grab gelegt — das eine wie das andere. Aber sonst hat mir nie was gefehlt, und einen guten Mann hab ich gehabt. Er hatt' offene Augen für Gottes Schöpfungswerk, und wir standen an Sommermorgen mit den Vögeln auf. Dann gingen wir zusammen auf die Heide hinaus und sahen, wie die Sonne so wunderbar aus dem Meere aufstieg, ehe wir an unser Tagewerk gingen."

Großmutters schwer wandernde Stimme verstummte, es war, als wenn ein Lied in ihren Ohren zu klingen aufhörte. Sie richtete sich auf und holte tief Luft. „Ach ja, die Stimme der Erinnerung is schön!" sagte Lasse.

„Wie is das eigentlich damit, Lasse, ich hör', du siehst dich noch einer Frau um?" fragte die Alte plötzlich.

„Was Ihr da sagt!" rief Lasse erschreckt aus. Pelle sah, daß Kalle Marie zublinzelte. Sie wußten also auch Bescheid.

„Kommst du bald und zeigst uns die Braut?" fragte Kalle. „Es soll ja 'ne gute Partie sein, sagen sie."

„Ich weiß gar nich, wovon ihr redet!" Lasse war ganz verwirrt.

„Ja, ja, das is nu gar nich so übel, daß, was du vorhast!" sagte Großmutter. „Sie is gut genug — nach allem, was ich weiß. Das war 'ne schöne Zeit — des Tags, wenn man fleißig war und alles nach besten Kräften erduldete, und des Nachts, wenn der Wind über alles dahinbrauste. Da war es gut, zu zweien zu sein und Wärme aneinander zu suchen."

„Ihr habt viel Freude an allem gehabt, Großmutter!" rief Lasse aus.

„Ja, und ich gehe mit Frieden davon und kann ruhig in meinem Grabe liegen. Ich bin hier auf der Erde um nichts betrogen, und hab nichts, warum ich wiederkommen müßt. Wenn Kalle bloß dafür sorgen will, daß sie mich mit den Füßen voran raustragen, dann denk ich nich, daß ich euch beunruhigen werd'."

„Ihr könnt gern kommen und uns ab und zu mal besuchen, wenn ihr Lust dazu habt. Wir wollen euch ohne Furcht aufnehmen! So gut wie wir es hier zusammen gehabt haben," sagte Kalle.

„Ne, kein Mensch weiß, wie ihm im andern Leben zu Mute is! Du mußt mir versprechen, daß ich mit den Füßen voran komme. Ich will eine nächtliche Ruhe nich stören, so hart wie ihr bei Tage arbeiten müßt. Ihr habt euch nu auch lange genug mit mir abplacken müssen; es is gut für euch, daß ihr nu auch mal allein seid. Und ein bißchen mehr Essen is da in Zukunft auch für jeden von euch."

Marie fing an zu weinen.

„Da seh nu mal einer an!" sagte Kalle. „So'n Gerede will ich nich mehr hören. Keiner von uns hat Mangel am Essen gelitten. Wenn Ihr nu nich vernünftig seid, dann geb ich 'n großes Fest, wenn Ihr tot seid, aus lauter Freude, weil wir Euch endlich los sind!"

„Nein, das tust du nich!" sagte Großmutter ganz kraftbewußt. „Daß ihr mir keinen dreitägigen Leichenschmaus anrichtet, das sag ich euch! Versprich du mir das, Marie, daß ihr euch nich zugrunde richten wollt, um Staat aus mir alten Person zu machen. Aber die Nächsten könnt ihr ja auf den Nachmittag bitten — Lasse und Pelle nich zu vergessen. Und wenn ihr Hans Henrik bitten wollt, dann brächt der am Ende seine Harmonika mit und ihr könnt't in der Scheune spielen."

Kalle kratzte sich im Nacken.

„Dann müßt Ihr aber wahrhaftig warten und Euch nicht eher verändern, als bis ich gedroschen hab — nu die Scheune zu räumen, das paßt mir nich recht. Könnten wir denn nich lieber Jens Kure seinen Gaul leihen und am Nachmittag 'ne kleine Ausfahrt in die Heide machen?"

„Auch das! Aber die Kinder müssen mit, was ihr auch anfangt. Es wird mir 'ne Beruhigung sein, zu denken, daß sie einen fröhlichen Tag davon haben — sie haben wahrhaftig nich zuviele Festtage! Und das Geld dazu, das is ja da!"

„Ja, willst du mir wohl glauben, Lasse, Großmutter hat anderthalbhundert Kronen zusammengesponnen, wovon keiner von uns etwas gewußt hat — damit wir ihr Begräbnis feiern können!"

„Ich hab nu auch zwanzig Jahr dazu gespart. Man will ja auch gern auf anständige Manier von hier abgehen — und ohne seinen Nächsten das Hemd vom Leibe zu ziehen. Meine Leichenkleider sind auch in Ordnung, denn mein Brauthemd hab ich liegen, das hab ich man einmal angehabt. Und was anderes als das und die Mütze will ich nu mal nich gern anhaben."

„Das is doch so nackt und bloß," wandte Marie ein. „Was werden die Nachbarn nicht auf uns zu sagen haben, wenn wir Mutter nich ordentlich einkleiden!"

„Davon kehr ich mich nich!" antwortete Großmutter bestimmt. „So mocht mich Anders am liebsten leiden, und mit was anderem hab ich nu diese sechzig Jahr nich gelegen. Daß du das weißt!" Sie drehte den Kopf nach der Wand herum.

„Wir woll'n es all so machen, wie Mutter es will!" sagte Marie.

Die Alte wandte sich wieder herum und suchte auf dem Deckbett nach der Hand der Tochter. „Und dann mußt du ein recht weiches Kissen für meinen alten Kopf stopfen, denn der ist so schmerzig geworden, daß er keine Ruhe mehr finden kann."

„Wir können eins von den Kopfkissen von den Kleinen nehmen und es weiß beziehen," sagte Marie.

„Ja, danke. Und denn mein ich, sollt't ihr morgen zu Jakob Kristians rüberschicken, nach dem Tischler, er is hier ja doch in der Gegend, denn kann er gleich Maß für den Sarg nehmen. Und denn kann ich auch gleich ein Wort mitreden, wie er sein soll — Kalle gleit't das Geld so leicht durch die Finger!"

(Fortsetzung folgt.)

Umschau

Schauspielhaus

Das dreiaktige Lustspiel der Sc[illegible] auf die deutschen Bühnen verpflanzten Autoren Flers und Caillavet: Der heilige Hain ist nur ein dürftiges Gebilde. Wenn es irgendwo ernstlich [illegible] gebaut, hätte Brok gemacht hat, so müssen die Spieler ein [illegible] verrichtet haben. Die Spieler und die Regie! Bei der Dresdner Erstaufführung am Sonnabend machte sich erst die [illegible] bemerkbar. Es ließ sich ganz deutlich sehen, daß die beiden französischen Autoren [illegible] im Erfinden von Schwankmotiven und Schwankfiguren und originale Naturen gelten können. Sie bleiben im Stoff von gestern stecken und pinseln alte Schablonen [illegible], nur mit ein wenig frisch gemischten Farben durch. Der Gegenwart entnommen war die Neigung für die Gewohnheiten des Variétéstücks, das neuerdings also auch im Schauspielhause seinen Einzug gehalten hat. So hat diese Aufführung eine Bedeutung, die man besonders begrüßt haben kann. Das Autorenpaar hat vor ein paar Jahren mit dem satirischen Lustspiel Der König sein Glück gemacht. Dieses Stück zeigte durch eine [illegible] Spötterei und durch das geschickt zusammengebrachte Flickwerk einer lustigen Handlung, in der keine Figur überflüssig und jede im besonderen Art [illegible] war. Das neue Stück hält den Vergleich mit diesem Vorgänger nicht aus. Es ist nur ein Schatten dagegen, ein aufgeplusterter [illegible]. Nur vereinzelte Spuren bezeugen die gleiche Autorschaft. Die Herren Caillavet und Flers sind Gesellschaftssatiriker aristokratischen Geblüts. Sie haben eine gehörige Feindschaft vom gesellschaftlichen Treiben jener bürgerlichen Welt, der die Merkmale des Emporkömmlingstums unverkennbar anhängen. Sie sind konservativ und haben offenbar auch von dem bürgerlichen Regiment nicht allzuviel Beifall. Aber ihre Bewertung geht [illegible] starker, ganz ohne Erinnerung an die [illegible] Zeit, die [illegible] gegen ihre [illegible] Ritterdom [illegible]. Immerhin, die beiden aristokratischen Schmeichler machen sich mit dem bürgerlichen Regiment zu schaffen, wenn auch mit [illegible] Behagen, nicht gefährlich zu stechen, nur spielen soll ihre Bitternis. Nur zum Lachen soll sie reizen. Bis zum [illegible] soll das Gelegenheit geschehen, daß der Zuschauer sich aufgeheitert bedankt für die artige Ausspeit auf seine Kosten. Diese Art kennzeichnet auch das Lustspiel Der heilige Hain.

Der Titel ist ein Spottname, der dem Ministerium der schönen Künste angehängt ist. Der Apoll, der in dem heiligen Hain wohnt, ist der Staatssekretär Champmorel, und die neun Musen — ja nun, doch es neun sind, weiß allenfalls jedermann im Haine, aber von den Namen bringt das ganze Staatssekretariat nur drei zusammen und über dies Stückwerk kommt das Wissen nicht hinaus, weil das Konversationslexikon vom Ministerium des Unterrichts ausgeliehen ist. In anderen Künsten fühlt besagtes Staatssekretariat sich besser zu Haus: in der Frage, wie man Offizier der Ehrenlegion werden kann. Zumal wenn man eine schöne Frau ist. Die aus puren Zeitvertreib Romane schreibende Madame Francine Marguerite spottet über das Ordenskreuz am roten Bande, aber als eine Kollegin sich, wie es heißt, ausschließlich um den Orden bewirbt, befehlt sie sich von ihrem Spott. Freilich gehört sie zur Kategorie der denn im sogenannten Lustspiel unvermeidlichen armbändigen Frauen und so versteckt ihr erster Bewerbungsbesuch im heiligen Hain mit einer schallenden Ohrfeige, die der greise Lüstling Champmorel von ihrer Hand erntet. Nun gibt's nur noch einen Weg: Francine bringt ihren Gatten Paul, der ganz wie sie niemals ehrlich in Treue fiel, er solle sich an Champmorels Gattin Adrienne heranpirschen und so eine Fürsprecherin für ihre Ordensschnalle gewinnen. Der in Liebessachen gänzlich ungeübte Paul sträubt sich zwar, aber das sterile Adriennes ist allzeit gern zur Schwäche bereit, und so macht sich alles, trotz Francines alsbald einsetzender Reue aus Eifersucht, wie der Weg zum Kreuz der Ehrenlegion es verlangt. In welcher Weise dann noch die moralistische Wendung gebildet wird, daß Paul das Abenteuer nicht an der Brust Francines sehen mag, daß Francine es glatt bestreitet und alle Sünde ebenso glatt vergeben und vergessen ist. Um diese magere satirische Spötterei dreiaktig zu machen, haben die Autoren noch einen abenteuernden russischen Grafen Ludmilla ins Spiel gesetzt, der in den Gräbern der Vesta von einer bezahlten alte Heimatdrecke haben dürfte. Er muß erwarten, daß die Schwarze knackt, muß Frauenherzen beim ersten Anblick fangen, und muß tanzen. Pantomime werden und abermals tanzen. Er ist nur lose verbunden in die Handlung verknüpft, aber schließlich wird er dem Publikum die Hauptsache. Varieté! Nichts weiter.

Die Aufführung setzte gleich wenig versprechend ein. Weder Frau Basté als Francine noch Herr Becker als Paul lösten ihre Aufgabe in der Art humoristisch ab, daß der Zuschauer von Anfang an Fühlung finden konnte mit der Absicht des Stückes und mit dem Wesen, das die Autoren in feinlich durchsprechender Konversation geben können. Beide Künstler hielten ihr Spiel zu lebendig ernsthaft, auch im Lachen, und man wußten ihre Szenen [illegible]. Frau Basté legte diese Haltung durch das ganze Stück hin nichts hinzu, und auch Herrn Becker gelang kein Zug, keinen Humor, an dem man seinen Spaß haben konnte. Auch Herrn Fischers Graf [illegible] blieb in äußerlichem Scherz hängen, und für die reale Schablone des [illegible] Tölpels [illegible], den Herr Wierth übernahm, konnte das Interesse auch nicht lange wach bleiben. Der ganz schwache erste Akt hätte ohne Frau Körners Adrienne schwerlich schwer Schiffbruch erlitten. Die Adrienne war dort meisterlich eingestellt; später wurde ihre Aufgabe flach und einfältig, und das Interesse [illegible]. Freilich, ein Teil des Publikums schien sehr auf seine Kosten zu kommen, als im letzten Akte Frau Körner mit Herrn Fischer sich pantomimisch in russischem Hochzeitsanzug bewährte. Gleich ein Beifall! Und welch eine Aufgabe für echte Künstlerkraft! Widerwillig stieg aus. Das Beste gab neben Frau Körner Herr Wiekert als Champmorel; er hatte feste Fühlung mit ernsthafter Kunst und brachte seine Szenen im zweiten Akte wirksam auf. Der letzte Akt hinderte dann wieder erstaunlicher hin. Das Schauspielhaus hätte das Stück vermeiden sollen.

frd.

Kulturbilder Ein „poetisches Talent". Herr Dr. jur. [illegible] Weiß in Breslau hat an die Firma E. Piersons Verlag, Inhaber Richard Linke, K. u. K. Hofbuchhändler in Dresden, den folgenden Brief gerichtet, um einmal festzustellen, ob an dem Gerücht über zu großes „Entgegenkommen" durch gewisse Firmen was Wahres ist:

Umstehend ein Gedicht.

Habe ein Buch Gedichte geschrieben. Sind sehr schön. Mein Freund findet sehr gut. Bitte mir zu schreiben, ob Sie meine Gedichte drucken wollen, und was kostet es!

Mit aller Hochachtung Voll
K. Wolff, Dreygeld, Breslau, Breitstr. 9

Sende anbei Rückporto. Bitte mir gleich höflich schreiben, ob ich Dichter bin und 20 Gedichte was mir drucken wollen. Höre, daß auch [illegible] Dichtern helfen. Will ganz alles ersetzt, geben, was ich selbst [illegible] gespart 500—600 M. nur nicht, noch aber in [illegible] Höhe, daß [illegible] ist.

Das ist mein bestes.

Die Quelle.

Die Quelle durch die Wälder geht
Und durch die Täler leise
Mein Herz ist immer und geht
Hinauf, hinab.